

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. April 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntag-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Raum 30 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengedichte und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Das Steigen der Bodenpreise.

I.

Allen Argumenten gegen den Brotwucher sehen die Agrarier die Behauptung entgegen, ohne die Zölle auf Lebensmittel würde „die Landwirtschaft ruiniert“. Ganz abgesehen davon, daß in Ländern, die ebenso wie Deutschland, Lebensmittel einführen müssen und trotzdem keine „Schutzzölle“ haben, die Landwirtschaft technisch und wirtschaftlich Fortschritte macht — z. B. in England, Holland, Dänemark —, wird dieses Gerücht durch die einfache Tatsache widerlegt, daß die Preise für landwirtschaftlich genügten Boden unablässig steigen.

Es ist ja auf den ersten Blick klar, daß steigende Bodenpreise mit abnehmender Rentabilität der Landwirtschaft durchaus unvereinbar sind. Der landwirtschaftliche Unternehmer, der sich entschließt Boden zu hohem Preise zu kaufen, während er mit abnehmender Rentabilität rechnen muß, würde absolut unwirtschaftlich handeln und verdiente unter Kuratel gestellt zu werden. Allerdings gibt es von dieser, wie von jeder national-ökonomischen Regel Ausnahmen. Es ist z. B. bekannt, daß sehr oft Parzelleninhaber den Boden zu teuer kaufen, weil für sie die Rentabilität überhaupt nicht in Betracht kommt. Der Parzellenbesitzer, der sein Einkommen nur zu geringem Teil aus dem landwirtschaftlichen Betriebe erzielt, in der Hauptsache aber aus dem Verkauf seiner Arbeitskraft, handelt wohl unwirtschaftlich, wenn er den Boden so teuer kauft, daß eine Rentabilität ausgeschlossen ist; aber er setzt sich dadurch nicht dem Ruin aus. Er wird dann einfach gezwungen, Verluste, die ihm entstehen, aus seinem Arbeitslohn zu decken. Auf der anderen Seite kommt es vor, daß für Landgüter Liebhaberpreise gezahlt werden, bei der die Rentabilität von vornherein ausgeschlossen ist. Das Motiv ist dann Proptentum, die Sucht nach „gesellschaftlicher Stellung“, die der Bodenbesitz verleiht. Schließlich mögen Bauern des öfteren Preise für ihre Höfe zahlen, bei denen sie unmöglich die Zinsen herauswirtschaften, einfach, weil sie nicht zu rechnen verstehen und sich in einer Zwangslage befinden. Sie können nur als Ackerbauer leben, wehren sich dagegen, auf eine tiefere soziale Stufe zu sinken und setzen ihre Arbeitskraft zu, statt ihr Kapital zu verzinsen. Aber all das kann die Regel nicht umstoßen, daß auch das in der Landwirtschaft angelegte Kapital sich rentieren muß, da ja sonst die landwirtschaftlichen Besitzer, indem sie jahrein jahraus zusehen, verarmen müßten.

Es genügt auch nur zu beachten, wie in der Praxis die Bodenpreise festgesetzt werden. Ihre Grundlage bildet der Reinertrag, der unter normalen Verhältnissen bei der Bewirtschaftung des gegebenen Gutes erzielt wird. Dieser Reinertrag wird kapitalisiert, indem man ihn mit 20 bis 25 multipliziert (je nach dem landesüblichen Zinsfuß) und das Resultat gilt als der normale Preis. Wirft das Gut 10000 M. Reinertrag ab und ist der Zinsfuß 5 Proz., so wird man 200 000 M. als den normalen Preis dieses Gutes betrachten. Wird dieses Gut nach einer Reihe von Jahren für 250 000 M. verkauft, während der landesübliche Zinsfuß unverändert geblieben ist, so unterliegt keinem Zweifel, daß der Käufer, der diesen erhöhten Preis zahlt, damit rechnet, statt der bisherigen 10 000 M., 12 500 M. herauszuwirtschaften.

Freilich spielen bei jedem einzelnen derartigen Kaufe die verschiedensten Gründe mit. Spekulationslust auf Seiten des Käufers, Notlage auf Seiten des Verkäufers, der Wunsch des Käufers, gerade dieses Gut (z. B. zum Zwecke der Arrondierung) in seinen Besitz zu bringen und mancherlei andere Umstände mögen dabei in Betracht kommen, so daß Güter bald über, bald unter dem normalen Preise verkauft werden. Die zufälligen Schwankungen gleichen sich indessen aus und der Durchschnittspreis ist der normale Preis. Ein allgemeines Steigen der Güterpreise zwingt daher unweigerlich zu dem Schlusse, daß der Reinertrag gestiegen ist.

Um indessen den Vorgang richtig zu erfassen, müssen wir uns von der rohen Empirie zur Theorie wenden, zur Theorie der Grundrente, und folgendes festhalten. Der landwirtschaftliche Unternehmer schindet aus seinen Arbeitern genau so Mehrwert heraus wie der Industrielle. Es besteht indessen ein Unterschied: der zur landwirtschaftlichen Produktion geeignete Boden ist beschränkt; es ist nicht möglich, die Produktion von Nahrungsmitteln willkürlich zu steigern. Bei wachsender Nachfrage — und sie wächst naturgemäß mit der Vermehrung der Menschen — haben daher die landwirtschaftlichen Produzenten die Möglichkeit, den Preis zu steigern. Deshalb scheint die Möglichkeit gegeben, auch den Profit der landwirtschaftlichen Unternehmer über den normalen Profit der Unternehmer in anderen Produktionszweigen hinaus zu steigern; die landwirtschaftliche Profitrate hat die Tendenz, über die durchschnittliche Profitrate zu steigen. Durchbrochen wird diese Tendenz nur dann, wenn plötzlich die Zufuhr von Lebensmitteln über den Bedarf hinaus steigt und die Preise sinken, wie das zur Zeit der „amerikanischen Konkurrenz“ der Fall war. Dieser Tendenz zur Steigerung der Profitrate in der landwirtschaftlichen Produktion wirkt aber entgegen das Steigen der Grundrente. Den landwirtschaftlichen Unternehmern wird so viel von ihrem Profite abgezogen, bis ihre Profitrate der in anderen Sphären der kapitalistischen Wirtschaft üblichen gleich kommt. Wo, wie in England, Bodeneigentümer und landwirtschaft-

licher Unternehmer zwei verschiedene Personen sind, da vollzieht sich dieser Prozeß sehr einfach: Steigt die Profitrate in der Landwirtschaft über das normale Maß hinaus, so werden sofort die Pachtzinslinge erhöht, bis der Ausgleich stattgefunden, bis die Profitrate der Pächter auf den Durchschnitt herabgedrückt ist. In Deutschland, wo das Pachtssystem wenig ausgebildet ist, wo die landwirtschaftlichen Unternehmer zumeist auch Eigentümer des Bodens sind, vollzieht sich dieser Prozeß auf Umwegen. Hier tritt eine Scheidung zwischen dem landwirtschaftlichen Profit und der Bodenrente erst beim Besitzwechsel ein, das Mittel, reine Bodenrente einzuführen, ist der Verkauf des Bodens. Es wird bei einem solchen Verkauf die Bodenrente kapitalisiert, und gerade dieser Vorgang dient auch dazu, die Profitrate herabzudrücken. Je höher nämlich die Profitrate, die in der Landwirtschaft erzielt wird, über der Durchschnittsprofitrate steht, desto höher wird auch der Betrag der kapitalistischen Rente bemessen, und der neue Käufer wird nun, da er eben die Rente vorweg gezahlt hat, eine geringere Profitrate erzielen, als sein Vorgänger. Zum Beispiel: ist die Durchschnittsprofitrate 10 Proz., das gegebene Landgut wirft aber seinem Besitzer eine Profitrate von 15 Proz. ab, so wird er beim Verkaufe trachten, diese 5 Proz. im Preise zu kapitalisieren, vorwegzunehmen. Er wird dabei auch Erfolg haben, da für den neuen Besitzer immer noch die Durchschnittsprofitrate von 10 Proz. verbleibt.

So betrachtet, und es ist die einzig stichhaltige wissenschaftliche Betrachtungsweise, ergibt das Steigen der Bodenpreise einen noch viel weiter gehenden Schluß, nämlich den, daß die Profitrate in der Landwirtschaft in einer Periode steigender Preise höher ist als in der Industrie, und erst durch die Vorwegnahme der Grundrente in den hohen Bodenpreisen wieder herabgedrückt wird auf die Durchschnittsrate.

Profitrate ist das Verhältnis des erzielten Profits zu dem aufgewendeten Kapital. Der Profit hängt ab in erster Linie vom Mehrwert, von dem Grade der Ausbeutung des Arbeiters. Je geringer der Lohn, desto höher der Profit. Aber der Profit hängt auch ab vom Preise: je höher der Unternehmer den Preis der landwirtschaftlichen Produkte schrauben kann, desto höher wird offenbar sein Profit. Drittens hängt auch der Profit ab von den Produktionskosten abgesehen von dem Lohn: gelingt es, die Produktionskosten herabzudrücken, so steigt selbst bei unverändertem Preise der Profit.

In der Landwirtschaft hat sich nun eine Reduktion der Produktionskosten gerade in den letzten Jahrzehnten in ganz ungeahntem Maße vollzogen. Das ist die Folge vor allem der Errungenschaften der Wissenschaft. Die Chemie, die Biologie im allgemeinen und speziell ihr jüngster Zweig, die Bakteriologie, haben ganz ungeahnte Fortschritte gemacht, und die Lehren kamen der landwirtschaftlichen Produktion zugute. Man kam so zu dem rationalen Fruchtwechsel, zur Anwendung der Lehren vom Stoffwechsel auf das System des Düngens. Schon das auf Grund dessen die Brache aufgehoben, also vermieden wurde, daß ein Drittel des Ackerlandes brach liegt, steigert die Erträge der Landwirtschaft. Außerdem aber hat sich infolge dieser rationalen Ausbeutung des Bodens der Ertrag an Korn und Hackfrüchten pro Hektar bei gleichem Aufwand von Arbeit gewaltig gesteigert. Auch in der Viehzucht führten die Lehren der Biologie zu einer rationellen Auslese der Zuchttiere, zu einer möglichst vollständigen Ausnutzung des Futters bei der Fleischproduktion, während die Entwicklung der Bakteriologie dazu führte, die Natur der Seuchen zu erkennen und diese Seuchen zu bekämpfen, was die Verluste des Landwirts reduziert. Ebenso sind die Fortschritte der Mechanik, durch Verbesserung der Maschinen, und die Fortschritte der Ingenieurwissenschaft, durch Erleichterung der Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen der Landwirtschaft zugute gekommen. Alle diese Errungenschaften sind das Produkt der geistigen Arbeit der ganzen Menschheit, sie kosten den landwirtschaftlichen Unternehmer gar nichts, aber sie erhöhen seinen Profit, indem sie die Produktivität der Arbeit steigern.

Und noch auf anderen Gebieten ergaben sich Fortschritte, die wiederum den landwirtschaftlichen Unternehmern Nutzen brachten, indem sie die Produktionskosten herabsetzten. Hierher sind zu zählen die Entwicklung des Verkehrswezens und der Ausbau der Genossenschaften. Es hat in den letzten Jahrzehnten der Bau von Chausseen eine gewaltige Ausdehnung gewonnen und ebenso ist das Eisenbahnetz vervollkommenet, und zwar nicht nur die Fernbahnen, sondern ganz besonders die Nebenbahnen. Das hat eine immense Bedeutung, denn es ist auch für den Laien sofort klar, was es heißt, wenn der Besitzer sein Getreide zur Bahnstation schafft, die dicht am Gutshofe gelegen ist, oder doch auf ein paar Kilometern guter Chaussee zu erreichen ist, oder ob er seine Getreidefuhren meilenweit auf schlechten Wegen transportieren muß, wobei Pferde, Wagen und Geschirr ruiniert werden und enorme Zeitverluste entstehen. Allerdings sucht der Händler den Preis des Getreides um die verringerten Transportkosten zu drücken, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die Gutsbesitzer Vorteile erzielen, wofür der beste Beweis ist, daß der Preis eines Gutes sofort steigt, wenn in der Nähe eine Bahnstation eröffnet wird. — Das Genossenschaftswesen wiederum führt dazu, daß sowohl die Produktionskosten durch Einkauf der Produktionsmittel (Sämereien, künstliche Dünger, Zuchtvieh, Maschinen) zu billigem Preise reduziert werden, daß andererseits die Produkte durch Ausschaltung des Zwischenhandels besser verwertet werden (Molkerei-Genossen-

schaften, Viehvertierungs-Genossenschaften, genossenschaftliche Kornlagerhäuser).

Ferner ist zu berücksichtigen, daß die rapide Entwicklung der Städte den landwirtschaftlichen Unternehmern die Möglichkeit bietet, zu rentablen Formen der Wirtschaft zu schreiten, die früher unmöglich waren, weil der Absatz fehlte: Milch- und Fleischproduktion, Anbau von Gemüse und Obst, Anbau von sogenannten Handelsgewächsen.

Schließlich ist ein weiterer Umstand zu erwähnen: die Verbilligung des Kredites. Es ist der Zinsfuß für Hypotheken in den letzten Jahrzehnten zweifellos gesunken und es ist der Personalkredit in ganz enormem Maße erleichtert und verbilligt worden. Dies bewirkt, daß der landwirtschaftliche Unternehmer einen bei weitem geringeren Teil seines Profites an den Geldkapitalisten in Form des Zinses abtreten muß, als das früher der Fall war.

Alle diese Umstände bewirken, daß die Produktivität der Arbeit gerade in der Landwirtschaft enorm gesteigert worden ist, daß die Produktionskosten verringert wurden. Von diesen sind zwar die Arbeitslöhne im Laufe der letzten Jahrzehnte gestiegen (obwohl nicht allgemein, weil durch Herbeiziehung billiger Saisonarbeiter dem entgegengewirkt wird). Aber diese Steigerung ist über und über wettgemacht durch die anderen Faktoren. Nur so erklärt es sich, daß selbst in der Zeit der fallenden Getreidepreise, in der Periode der scharfen amerikanischen Konkurrenz, in jenen Ländern, die nicht zu der künstlichen Erhöhung dieser Preise griffen, die Profitrate in der Landwirtschaft nicht gesunken ist, daß die Pachtzinslinge in England im allgemeinen nicht gesunken sind, ebensowenig wie die Bodenpreise in Holland und Dänemark.

In Deutschland aber kam zu all jenen Faktoren der Hebung der Produktivität der Arbeit und der Reduktion der Produktionskosten noch hinzu die künstliche Hochhaltung der Preise landwirtschaftlicher Produkte durch das Schutzollsystem und die Grenzsperrren, ferner die Zuschung von Ertragsprozenten für die Großgrundbesitzer auf Grund der „Liebesgaben“ an die Schnapsbrenner, der Ausfuhrprämien für die Produzenten der Zuckerrüben. Somit liegt der Gedanke nahe, daß die Profitrate der landwirtschaftlichen Unternehmer in Deutschland ganz enorm steigen mußte. Diese Profitrate wird dann auf den landesüblichen Durchschnitt reduziert, durch die Steigerung der Rente, was zum Ausdruck kommt im Steigen der Bodenpreise.

Es liegt nun eine wissenschaftliche Arbeit vor, die uns Aufschluß gibt über die tatsächliche Gestaltung der Bodenpreise in Preußen, und wir werden in einem zweiten Artikel diese Preisbewegung darlegen.

Lehrreiche Zahlen.

In diesem Augenblick, wo sich die Verleumdungen anhäufen, den letzten Ansturm gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen mit ihrem Scheitern über „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Kassen zu sekundieren, ist es angebracht, einmal eingehend zu untersuchen, wie sich die Ortskrankenkassen unter der tatkräftigen Mithilfe der Arbeiterschaft entwickelt haben. Die amtliche Statistik ist allerdings so mangelhaft, daß sie kein annähernd zutreffendes Bild gibt, es läßt sich nur an einigen Beispielen zeigen, wie sich die Kassen, trotz der großen Zersplitterung und trotz der einer Erweiterung der Leistungen sehr hinderlichen gesetzlichen Bestimmungen seit 1885 geradezu glänzend entwickelt haben.

Das Gesetz unterscheidet bekanntlich Pflichtleistungen, welche die Kassen unter allen Umständen einhalten müssen, und Mehrleistungen, die die Kassen freiwillig gewähren können. An dem Umfang der Mehrleistungen könnte man die Vorteile der Selbstverwaltung der Krankenkassen ermessen. Leider verfügt aber gerade hier die amtliche Statistik gänzlich. Nur einige nebensächliche Dinge können festgestellt werden.

Soweit zunächst das Krankengeld in Betracht kommt, stieg bei allen Kassen der auf ein Mitglied entfallende Durchschnittsbetrag von 5,68 M. im Jahre 1885 auf 10,74 M. im Jahre 1909. An dieser Zunahme sind die Ortskrankenkassen, die weit mehr als die Hälfte aller gegen Krankheit versicherten Personen umfassen, am hervorragendsten beteiligt. Das Krankenversicherungsgesetz schreibt vor, daß das Krankengeld vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung an gewährt werden soll. Es ist indes den Kassen freigestellt, diese Wartezeit abzuschießen. Im Jahre 1909 hatten 1805 Ortskrankenkassen, das ist mehr als der dritte Teil aller Ortskassen, die Wartezeit ganz oder zum Teil beseitigt. 749 Ortskrankenkassen bezahlten das Krankengeld auch Sonntags.

Die Krankheitskosten bei sämtlichen Kassen stiegen von 47 Mill. Mark im Jahre 1885 auf 305 Millionen Mark im Jahre 1909. Bei den Ortskrankenkassen allein stiegen diese Aufwendungen von 14 auf 157 Millionen Mark oder etwa um das elffache, bei den Betriebskrankenkassen von 17 auf 99 Millionen Mark oder etwa um das fünffache, bei den Gemeindekrankenkassen von 4 auf 21 Millionen Mark oder ebenfalls nur um das fünffache.

Unter den Gemeindekrankenkassen, die bekanntlich überhaupt keine Selbstverwaltung haben, war im Jahre 1909 keine einzige, die ihre Krankenunterstützung über die Dauer von 26 Wochen hinaus ausgedehnt hatte. Von den Jungerkrankenkassen, bei denen die Arbeiter ebenfalls nichts zu sagen haben, gewährten nur 15 eine über 26 Wochen hinausgehende Unterstützung. Unter den Ortskrankenkassen gab es 55, die über 20 bis 30 Wochen; 50, die über

30 bis 52 Wochen, und eine, die über 52 Wochen Unterstützung gewährt.

Von 1888 bis 1900 stieg die Zahl der Krassen, die mehr als die Hälfte, und zwar bis zu zwei Drittel des Lohnes als Krankengeld gewährt, von 705 auf 2070 oder um 193,6 Proz., und der mehr als zwei Drittel gewährenden Krassen von 265 auf 455 oder um 71,7 Proz. Im Jahre 1900 gewährt von den 8254 Gemeindefrankenversicherungen nur 11 (elf) oder 0,1 Proz. ein über die Hälfte des Lohnes (bei diesen noch dazu des „ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter“) hinausgehendes Krankengeld. Bei den 4775 Ortskrankenversicherungen waren dies indes 796 oder 16,7 Proz.

Die verhältnismäßige Zahl der Erkrankungsfälle ist bei den Betriebskrankenversicherungen eine größere; das ist auf die häufigeren Unfälle und die mit dem Großbetriebe verbundenen erhöhten Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter zurückzuführen. Die durchschnittliche Dauer der Unterstützung mit Krankengeld ist aber bei den Ortskrankenversicherungen ständig länger gewesen und zwar am längsten unter allen Krassenarten. Sie betrug im Jahre 1900 bei den Betriebskrankenversicherungen 19,1, bei den Ortskrankenversicherungen aber 21,3 Tage.

Die Ausgaben für Schwangere und Wöchnerinnen sind bei den Ortskrankenversicherungen von 2 936 499 M. im Jahre 1905 auf 4 187 323 M. im Jahre 1909 oder um 42,0 Proz., bei den Betriebskrankenversicherungen indes nur von 1 592 420 M. auf 1 848 950 M. oder um 18,4 Proz. gestiegen. Für diese Unterstützung gewährten 1909 pro Mitglied die Ortskrankenversicherungen 64 Pf., Betriebskrankenversicherungen 69 Pf., Zwangskrankenversicherungen 14 Pf. und Gemeindefrankenversicherungen gar nichts. Auch hier stehen die Ortskrankenversicherungen oben an, namentlich da sie vielfach statutarisch die Schwangerschaftsversicherung eingeführt haben, worüber aber auch die Statistik keine Auskunft gibt.

Die Fürsorgeleistungen für Gesehnde nach Beendigung der Krankheitsunterstützung — auch eine Mehrleistung — wendeten 1900 die Ortskrankenversicherungen 156 637 M., die Betriebskrankenversicherungen aber nur 45 981 M. auf.

Hinsichtlich der wichtigsten Mehrleistung, der unentgeltlichen Gewährung ärztlicher Behandlung und Heilmittel an die Familienangehörigen der Krassenmitglieder läßt uns die Statistik gänzlich im Stich. Sie sagt nicht, von wieviel Krassen diese Fürsorge eingeführt ist, sondern gibt nur an, wieviel Krassen hierfür Zusatzbeiträge nach § 4a Absatz 1 Ziffer 5 des Krankenversicherungsgesetzes erheben. Das läßt aber nur einen unzulänglichen Rückschluß auf die Zahl der Krassen, welche die Mehrleistung genießen, zu. Die Ortskrankenversicherungen, die in sehr großer Zahl die Fürsorge eingeführt haben, gewähren sie meist allgemein, also ohne Erhebung von Extrabeiträgen. Am jämmerlichsten stehen auch hier wieder die Gemeindefrankenversicherungen da. Sie haben 1909 nur 10 605 M. solcher Beiträge erhoben. Damit ist aber auch die ganze Familienunterstützung dieser Versicherungen erschöpft, denn nach § 9 Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes muß diese Krassenart für solche Unterstützungen Zusatzbeiträge erheben.

Die Zahlen zeigen, daß die Arbeiter ihren Aufgaben und Pflichten innerhalb der Krassenverwaltungen vollkommen gerecht geworden sind. Würde für die Betriebsunternehmer nicht die Möglichkeit bestehen, ohne weiteres aus einer Ortskrankenversicherung auszutreten (wenn ihm dort die Beiträge zu hoch erscheinen) und eine eigene Betriebskrankenversicherung zu gründen, so würde noch manche Ortskrankenversicherung in der Lage gewesen sein, ihre Beiträge zu erhöhen. Sollte bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wirklich nur das Interesse der Versicherten maßgebend sein, so müßte das Selbstverwaltungswort der Arbeiter nicht nur anfruchtbar, sondern erweist werden.

Sozialistische Wahlziele in Amerika.

New York, 9. April. (Fig. Ver.)

Die sozialistische Partei erzielte bei den Kommunalwahlen während der letzten Wochen ganz überraschende Erfolge, hauptsächlich in den Weststaaten. Etliche Stadt- und Gemeindefrankversicherungen wurden erobert, eine Anzahl Bürgermeister, Stadträte und andere städtische Beamte erwählt und selbst in die Schulbehörden drangen unsere Genossen ein. Wo keine direkten Erfolge erzielt wurden, ist ein Stimmengewinn zu verzeichnen. So stieg in Chicago, wo der Demokrat Harrison zum Oberbürgermeister erwählt wurde, unsere Stimmzahl von etwa 13 000 bei der vorigen Bürgermeisterwahl auf über 24 000, trotzdem die Demokraten und Republikaner den Stimmenkauf im großen betrieblen und am Wahltag das Geld durch ihre Schlepper mit vollen Händen ausgaben. In St. Louis entfielen auf die sozialistischen Kandidaten 12 000 Stimmen gegen 8000 im November letzten Jahres; hingegen erlitten Demokraten und Republikaner bedeutende Stimmenverluste. In Wichita, einer größeren Stadt in Kansas, schnellten die sozialistischen Stimmen von wenigen Hundert auf 5400 empor, in Fort Worth innerhalb eines Jahres von 120 auf 1270 Stimmen, und so weiter.

Wohl die beachtenswertesten Erfolge sind jene in der bedeutenden Industriestadt Butte in Montana und in Flint in Michigan. In Butte, das 40 000 Einwohner zählt, wurde Genosse Lewis J. Duncan, ein früherer Unitarier-Prediger, zum Bürgermeister erwählt, Bergarbeiter Genosse Schevelin zum Stadtschachmeister und Genosse Thomas Boyer zum Polizeirichter; außerdem eroberte die Partei 5 von insgesamt 8 Stadtratsstellen. In Flint, einer Stadt von 30 000 Einwohnern, wurden sämtliche sozialistischen Kandidaten mit Ausnahme des Bewerber um den Stadtschachmeisterposten, erwählt. Dort wuchs die Zahl unserer Stimmen — auch die Frauen haben das Wahlrecht — von 700 auf über 7000. Genosse Menton, ein Zigarrenmacher, ist der neue Bürgermeister der Stadt. Ebenso sind die Gemeindefrankversicherungen in Frankfurt im Staate Michigan und in Victor im Staate Colorado jetzt in sozialistischen Händen. Sozialistische Bürgermeister wurden ferner erwählt in Berkeley, dem Sitze der Universität des Staates Kalifornien, wo Genosse Stitt Wilson, der Gouverneurkandidat der Partei bei den letztjährigen Wahlen, mit 289 Stimmen Mehrheit über seinen Gegner siegte, in Girard, Kansas, dem Erscheinungsorte des einflussreichen Parteiwochenblattes „Appeal to Reason“, in Two Harbers im Staate Minnesota, wo wir auch trotz des Druckes des Stahlstricks die Mehrheit im Stadtrate (4 von 7) eroberten, in Mantowoc in Wisconsin (hier siegten außer dem Bürgermeisterkandidaten Genossen Henry Stojke ein Stadtratskandidat und ein Magistratskandidat), in Cardwell in Missouri (ebenfalls Stadträte und ein City-Marschall erwählt), in Greenville in Michigan (ebenfalls Stadtschachmeister, etliche Stadträte und Aufsichtsbeamte) und in Green Bay in Wisconsin.

Stadtrats- und Gemeinderatsmitglieder und andere Gemeindefunktionäre eroberte die Partei in Krebs in Oklahoma (3 Stadträte), in Belleville in Illinois (1 Stadtrat), wo unsere

Stimmzahl sich von 129 im Jahre 1900 auf 957 erhöht hat, in Eron in Wisconsin (1 Stadtrat), in Boyne City in Michigan (1 Stadtrat) und in Caspar in Iowa (1 Stadtrat).

Nur die Wahl in der Großstadt Milwaukee (Wisconsin), deren Bürgermeister Genosse Seidel ist, brachte eine Enttäuschung. Nach den wiederholten Siegen während der letzten Jahre hatten die dortigen Genossen gehofft, auch einen Kreisrichter, der sich einer Neuwahl unterziehen mußte, durch einen Sozialisten ersetzen zu können; aber den vereinten Demokraten und Republikanern gelang es, den Posten zu behaupten, trotzdem wir unsere Stimmzahl vermehrten. Auch die Schulratswahlen in Milwaukee endeten mit einem Misserfolg der Partei. Seit Monaten hatte die Kaplanokratie in der stark katholischen Stadt gegen die Sozialisten mobil gemacht und einen ekelhaften Verleumdungsfeldzug nach München-Bladbacher Art (als Giesberts im vorigen Jahre in den Vereinigten Staaten weilte, erteilte er die nötigen Anweisungen) gegen unsere Partei geführt. Im Reichstuhle wurde gegen die Sozialdemokratie agitiert, von den Kanzeln herab gegen sie gemotzt und am Wahltag wurden die „katholischen Männer und Frauen“ — bei den Schulratswahlen haben auch die Frauen das Stimmrecht — herdenweise von den Pfaffen nach den Wahllokale geführt und die des Lesens unfähigen und jeder politischen Schulung baren Italienerinnen und Polinnen von den Geschorenen in der Ausübung der Wahlhandlung „unterrichtet“. Auf diese Dreieinigkei der katholischen Kirche, des republikanischen und demokratischen Geldsacks und auf die Wahlkorruption ist unser Misserfolg zurückzuführen. Aber was will angesichts der vielen glänzenden Erfolge — jede Post bringt neue Siegesnachrichten — und angesichts der steigenden Abkehr der Wählermassen von den durch und durch korrupten „großen Parteien“, die weder fähig noch gewillt sind, Wandel zu schaffen — was will demgegenüber das Milwaukeeer Wahlergebnis besagen? Die Genossen in Milwaukee werden überdies die Scharte bei der nächsten Wahl ausweihen. Schon am Tage nach der Wahlschlacht wurden Schritte zur baldigen Herausgabe einer sozialistischen Tageszeitung in Milwaukee unternommen, um den Verleumdungen der Pfaffen mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Ihres „Sieges“ dürfte sich die Kaplanokratie nicht lange erfreuen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. April 1911.

Ein neues Verlegenheitsprojekt des Fuzelblocks?

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ zu melden wissen, soll in gewissen einflussreichen Regierungskreisen der Wunsch bestehen, daß der Reichstag nicht nur zu einer Herbsttagung berufen, sondern auch nach Weihnachten so lange als möglich zusammengehalten wird, damit von ihm noch der Etat für 1912 erledigt werden könne — und zwar sollen, wie das Münchener nationalliberale Blatt behauptet, die Führer des liberal-konservativen Fuzelblocks mit diesem schönen Plan einverstanden sein. Das Motiv dieser Kreise sei folgendes:

„Der Etat für 1912 würde verhältnismäßig einfach und klar sein, da die Gesetzesvorlage in diesem Jahre neu geregelt worden ist und die Warten für große Schiffe fallen. Die Legislaturperiode läuft nicht am fünften Jahrestage der Auflösung des Reichstages, sondern mit der fünften Wiederkehr des Haupttages der Neuwahl ab, so daß der Reichstag von November bis Ende Januar Zeit für die Beratung und Bearbeitung des Budgets haben würde, was ausreichend wäre. Dann hätte die Regierung freie Hand, einen ihr passenden Termin für die Wahlen anzusetzen.“

Zuzutragen ist es sicherlich den ehrsamem Leitern der profitpolitischen Schnapskoalition, daß sie in ihrem Bestreben, die nächsten Reichstagswahlen möglichst weit hinauszuschieben, sich auch mit Plänen dieser Art tragen; aber eine andere Frage ist, ob sie auch die Gelegenheit und Macht haben werden, den obigen sauberen Plan auszuführen! Oder sind die Herren bereits zu der Ansicht gekommen, daß es auf weitere offene, gewaltsame Brüche der Geschäftsordnung nicht ankommt?

Zentrum und Wahlgerechtigkeit.

Im Hauptorgan des reichsländischen Zentrums, dem „Elässer“, wird der Versuch gemacht, der offiziellen „Süddeutschen Reichs-korrespondenz“ gegenüber die Behauptung zu rechtfertigen, daß die von der Regierung vorgelegte Wahlkreiseinteilung für die Zweite Kammer in Elsaß-Lothringen das bestimmte Ziel verfolgte, die Liberalen und Sozialdemokraten auf Kosten des Zentrums im künftigen Landtage zu begünstigen. Es ist an dieser Stelle sofort nach dem Bekanntwerden dieser angeblich vom Unterstaatssekretär Wandel herrührenden Einteilung, welche dem Zentrum zuliebe von der Reichsregierung bereits wieder preisgegeben worden ist, hervorgehoben worden, daß die gouvernementale Wahlkreisgeometrie ganz zweifellos — z. B. durch die Bildung eines einzigen Wahlkreises mit vier Mandaten aus Straßburg-Stadt innerhalb der Verwaltung — die Liberalen begünstigt; es ist aber direkt absurd, zu behaupten, daß die Mandelsche Einteilung auch die Sozialdemokratie begünstige.

Die genaue Prüfung der Wahlkreiseinteilung mit Würdigung aller Chancen unserer Partei durch industrielle Entwicklung und Parteikonstellation ergibt, daß selbst bei Ablehnung des vorgeschlagenen Pluralwahlrechtes die Sozialdemokratie im günstigsten Falle ein halb Duzend Mandate im ganzen Lande gewinnen könnte, — ein Befehl, der der Stärke der Partei bei den letzten Reichstagswahlen nicht entfernt entspricht, da am 25. Januar 1907 von den im Lande abgegebenen gültigen Stimmen 23,7 Proz. auf die Sozialdemokratie entfallen sind. Auf 90 Mitglieder, welche die zukünftige Zweite Kammer zählen soll, wären das 14 Mandate. Warum wehrt sich das Zentrum denn gegen das Verhältniswahlrecht, wenn es, wie es vorgibt, Gegnerin jeder einseitigen Begünstigung ist?

Auf diese Frage bleiben die Zentrumsblätter wie die Zentrumsabgeordneten in der Antwort schuldig. Der „Elässer“ wehrt auch jetzt wieder nur zu drohen: Die Regierungspresse habe mit dem Hinweis auf die „Merikal-nationalistische Parlamentsmehrheit“ schon im Jahre 1910 ihren Zweck nicht erreicht, als sie damit den Proporz empfehlen wollte; es werde ihr heute mit der Wahlkreiseinteilung nicht besser ergehen. Mit anderen Worten: die parlamentarischen Nachmittel vor und hinter den Kulissen, durch welche das Zentrum im Verein mit dem mißinteressierten Lothringer Block im Jahre 1910 die Aufnahme des noch kurz vorher vom Zentrum ebenfalls vertretenen Proporzgedankens in die Verfassungsvorlage verhindert, werden auch jetzt wieder zur Anwendung kommen, um nur eine dem Zentrum gefällige Wahlkreiseinteilung zustande kommen zu lassen. Und nicht einmal der Versuch wird gemacht, die Ablehnung des Proporzgedankens aus Gründen

der Wahlgerechtigkeit zu rechtfertigen — aus denselben Gründen doch, aus welchen das Zentrum angeblich die Mandelsche Wahlkreisgeometrie verwirft! Ein solcher Versuch wäre ja auch aussichtslos. Das Zentrum bekämpft das angeblich Mandelsche Wahlkreismrecht, um ein eigenes, dem Zentrum dienendes Unrecht an dessen Stelle zu setzen.

Noch deutlicher wörtlich redet in dieser Beziehung die Haltung des Zentrums gegenüber dem vorgeschlagenen Pluralwahlrecht. Vor wenigen Wochen ist im Landesausschuß für Elsaß-Lothringen ein von 43 Abgeordneten unterzeichnetem Antrag eingebracht worden, der auch die Unterchriften der Merikalen Langel, Heinrich, Pfleger, Preis, Reimann, Rißin, Wetterlé usw. trägt. Darin verlangt das Zentrum, Schulter an Schulter mit dem Demokraten Blumensthal, mit den Liberalen und mit den Abgeordneten vom Block der Lothringer, für die Neuordnung der verfassungsgesetzlichen Verhältnisse Elsaß-Lothringens u. a. die Einführung einer mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu wählenden Volksvertretung. Der „Elässer“ aber, das führende Organ des reichsländischen Zentrums, hebt jetzt in der Polemik gegen die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ scharf hervor, daß die Pluralstimmen nicht durch die Straßburger (Landes-) Regierung in den Verfassungs- und Wahlrechtentwurf hineingekommen seien, sondern durch die Berliner (Reichs-) Regierung:

„Wir erinnern daran, daß gelegentlich gewisser Vorgesprechungen vor allem Vertreter der Berliner Regierung von diesen Pluralstimmen sprachen, und nicht solche der Straßburger. Wir erinnern ferner daran, daß die „Straßburger Post“, also ein der Straßburger Regierung sehr nahe stehendes Blatt, auf die Pluralstimmen in diesem Entwurfsstadium zu sprechen war...“

Hier wird es der Straßburger Regierung und der ihr nahe stehenden „Straßb. Post“ nachgerade zum Verbrechen angedreht, daß die Pluralstimmen nicht ihre Erfindung sind, und die Landesregierung wird bei der Reichsregierung sorgfältig denunziert, weil sie durch ihre Offiziösen im Lande die Pluralstimmen nicht mit gleichem Begehren aufnehmen läßt! Daran kann man die Aufrichtigkeit des Zentrums bei der Forderung des gleichen Wahlrechts ersehen.

Die Religion in der Fortbildungsschule.

Um dem Volke die Religion zu erhalten, das heißt es in dem Glauben zu bestärken, die Mißstände der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung seien nichts anderes als notwendige Bestandteile der „ewigen göttlichen Weltordnung“, verlangen die Konservativen, daß, wie in den Volksschulen, so auch in den Fortbildungsschulen den Schülern möglichst viel christliche Religion eingepaukt werde — und zwar in streng konfessioneller, dogmatischer Fassung.

Gegen diese Forderung wendet sich auf Grund der bisherigen Erfahrungen in energischer Weise der Pfarrer Gottfried Richter im roten „Tag“. Er meint:

„Und nun gar der Religionsunterricht! Es sind mir verschiedene Fälle bekannt, wo die betreffenden Geistlichen den Unterricht in der Fortbildungsschule wieder ausgegeben haben. Es war schade um die Mäße. Den Fortbildungsschülern konnten die interessantesten Dinge geboten werden: Lebensbilder aus der Inneren Mission, Bilder aus dem Gustav-Adolf-Berein, soziale Fragen in religiöser Beleuchtung, es fruchtete alles nichts. Die Beteiligung am Unterricht war erschreckend gering. Uebrigens ist ja auch an den höheren Schulen bei den Schülern von 14 bis 18 Jahren der Religionsunterricht erfahrungsgemäß der am wenigsten beliebte, mag auch ab und zu ein besonders begabter Lehrer bessere Erfahrungen machen.“

Wenig verfehlt ist die Auffassung, daß man durch religiösen Unterricht in der Fortbildungsschule auf das sittliche Leben der jungen Leute einwirken könne. Wenn das der Kirche sonst nicht gelingt und wenn die Erziehung im Elternhause es bis zum 14. Lebensjahre nicht erreicht hat, daß die Jugend einen gewissen moralischen Halt hat, dann wird die halbe oder ganze wöchentliche Religionsstunde auch vergebens sein.

Endlich habe ich beobachtet, daß die Kirche durch Beteiligung des Geistlichen am Fortbildungsunterricht geradezu Schaden hat. Den Schülern ist — der selbstverständlich dem Staate nicht gleichgültig sein kann — der Fortbildungsschulunterricht gemeinlich eine verhaßte Institution. Wenn der Diener der Kirche in der Fortbildungsschule mit unterrichtet, dann darf er sich bei dem Ueberhand der jungen Leute nicht wundern, wenn er und die Kirche von diesem Haß etwas ab bekommen. Ob der etwaige, bei einzelnen vielleicht erzielte Nutzen diesen nicht zu unterschätzenden Nachteil aufwiegt, ist mir fraglich. Jedenfalls sollte es sich jeder Geistliche wohl überlegen, ob er nicht als Seelsorger verliert, was er vielleicht als Lehrer gewinnt.“

Das stimmt sicherlich; wird aber die Konservativen schwerlich veranlassen, auf ihre Forderung zu verzichten. Sie halten nun einmal eine Ergänzung der staatsverwaltenden Tätigkeit der Polizei durch eine geistliche Dressur für durchaus nötig im Interesse ihrer politischen Machtstellung.

Delbrücks Stellung erschüttert?

Staatssekretär Delbrück weist momentan auf Urlaub im Schwarzwald, um dort Kräfte zu sammeln für die schweren Kämpfe, die er demnächst im Reichstag auszufechten haben wird. Ein Berliner Sensationsblatt, dessen Mitteilungen freilich immer nur mit großer Vorsicht aufgenommen werden müssen, will nun von wohlinformierter Seite erfahren haben, daß die Tage der Ministerherrlichkeit Delbrücks gezählt seien. Daran soll die Elsaß-Lothringische Verfassungsfrage schuld sein. Wie bekannt, wurden die Beratungen der Verfassungskommission plötzlich abgebrochen, damit der Bundesrat zu den gestohlenen Verfassungen Stellung nehmen konnte. In Wirklichkeit mußte Zeit gewonnen werden, um hinter den Kulissen — „hühndeln“ zu können. Das Resultat des politischen „Hühndelns“ war, daß der Bundesrat nachgab. Dieses Resultat soll erreicht worden sein, weil Staatssekretär Delbrück versichert hatte, daß die Beratung der Vorlage auf weitere Hindernisse dann nicht mehr stoßen werde. Schließlich stellte sich heraus, daß auch die Frage der Wahlkreiseinteilung Beschlüsse zeitigte, die mit den Absichten der Regierung nicht in Einklang standen.

Delbrück wird deshalb der Wortwurfe gemacht, daß er den Ernst der Situation nicht erkannt und den Reichskanzler veranlaßt habe, Zugeständnisse zu machen, die erst in einem späteren Stadium der Beratungen als Kompensationen hätten in die Waagschale geworfen werden sollen. Der Reichskanzler als der „Verführte“ bleibt; Delbrück, der „Verführer“ soll gehen.

Als verspäteten Aprilscherz

Will der „Kölnener Lokal-Anzeiger“ seine abgeschmackten Betrachtungen über das Ergebnis der Reichstagswahl in Berlin IV. angehen lassen. Dieses Vahem-Organ, dessen törichte Bemerkungen wir nach der „Rheinischen Zig.“ den Auslassungen der „Kölnischen Volkszig.“ gegenübergestellt hatten, sucht sich jetzt damit herauszureiben, daß seine Woffen ja gar nicht ernst gemeint gewesen seien, sondern nur eine Retourkutsche dargestellt hätten. Es habe nämlich seine Bemerkungen ebenfalls den Auslassungen entnommen, die die „Rheinische Zig.“ selbst seinerzeit über den Wahlausfall in Koblenz-St. Vaar gemacht habe. Dort hätten die Dinge für das Zentrum ähnlich gelegen, wie für die Sozialdemokratie in Berlin IV. Auch dort habe dem Zentrumskandidaten kein

Kaffee Gegenstande gegenüberstehen, so daß aus denselben Gründen wie in Berlin IV die Wahlbeteiligung eine beträchtlich geringere gewesen sei. Da nun aber die „Rheinische Ztg.“ diesen Stimmenrückgang des Zentrums als eine schwere ultramontane Schwäche bezeichnet habe, habe es jetzt bei dem Berliner Wahl-ausfall die sozialdemokratische Kritik der Sozialdemokratie einfach zurückgegeben. Besonders viel tut sich das Zentrumsblatt darauf zugute, daß die „Rheinische Ztg.“ nicht einmal gemerkt habe, daß der Wortlaut der Kritik mit den derzeitigen Auslassungen der „Rheinischen Ztg.“ wörtlich übereingestimmt habe.

Auf diesen Triumph braucht sich das Kölnische Zentrumsblatt nun wirklich nicht allzu viel zugute zu tun. Waren doch die Auslassungen nicht weniger als drei verschiedenen Nummern der „Rheinischen Ztg.“ entnommen und teilweise derartig zusammengestellt, daß es begreiflich ist, daß unser rheinisches Bruderorgan seine ehemaligen Worte nicht mehr wiedererkennt. Was aber den Apfelsberg vollends deplaciert erscheinen läßt, ist der Umstand, daß der Wahlaußfall in Koblenz-St. Goar im Ernst gar nicht mit dem Ergebnis der Berliner Erstwahl verglichen werden kann. In Koblenz-St. Goar gingen nämlich die Zentrumsstimmen von 10 237 auf 11 402 zurück, also um mehr als ein volles Drittel, während die sozialdemokratische Stimmenzahl in Berlin IV bei Anrechnung der beträchtlichen Verminderung der Zahl der Wahlberechtigten sich kaum um ein Viertel vermindert hat. Es kommt noch hinzu, daß der größte Teil der Wähler, die sich diesmal der Wahl enthielten, sicherlich aus solchen Personen bestand, die sich durch eine Abstimmung Nachteile auszuweisen fürchteten, da ja infolge der eigenartigen Situation die Wahl diesmal geradezu zu einer öffentlichen geworden war. Ein solches Moment spielte aber für die Wahl von Koblenz-St. Goar natürlich nicht die geringste Rolle.

Der Apfelsberg des „Kölnischer Lokal-Anzeigers“ war also so geistvoll, wie man das von der Zentrumsprelle dieses Schlages nur erwarten kann!

Zur Verletzung des Weichtgeheimnisses im Vatikan.

Die Angelegenheit des aus der römisch-katholischen Kirche ausgeschickten Jesuitenpeters Berdesi, über die wir am Sonntag berichteten, zieht, wie aus Rom gemeldet wird, immer weitere Kreise. Während Don Berdesi in öffentlicher Erklärung gegen den Vater Secarelli die Anschuldigung des Bruchs des Weichtgeheimnisses aufrechterhält, kündigt der „Osservatore“ die Verleumdungslage des Vaters Secarelli gegen Berdesi an.

Berdesi veröffentlicht das folgende Schreiben:

Als Weichtvater Secarelli auf Befehl des Papstes von mir eine förmliche geistliche und schriftliche Denunziation seiner modernistischen Freunde verlangte, wandte Berdesi sich in der Weichte an den hohen Geistlichen Monsignore Bianchi Foglietti im Vat. Der Monsignore machte seinen Gehör aus dem Titel über das Vorgehen gegen Berdesi, sagte aber, als Priester müsse Berdesi gehorchen. Ich gehorchte, weil ich mich erst im Anfangsstadium des Zweifels befand. Schon zwei Monate später hätte ich die Kraft besessen, zu antworten, daß die Jurist vor einer Todeslücke nicht zum Verrat meiner Freunde verleiten könne. Ich bin heute froh, daß meinen Freunden zugestimmt werden kann, indem ich die schändlichen Mittel bekämpfe, deren die Kirche sich bediente, um mich zu fesseln!

Die Wahlsparodie der bayerischen Konservativen.

Am Osterdienstag tagte in Nürnberg die Generalversammlung der konservativen Partei Bayerns. In der Hauptsache wurde der Versuch gemacht, die Finanzreform als „nationale Tat“ zu verteidigen, wobei sich der Führer der Konservativen, Freiherr v. Ebner, den schlechten Scherz leistete, zu behaupten, in Deutschland sei Armut — ein Märchen! Als er die Frage der Erbschaftsteuer behandelte, meinte er, nach ihrer Annahme wäre es leicht möglich gewesen, daß bei einem Todesfall die Hinterbliebenen mehr Trauer über das Eingreifen der Steuerbehörde, als über den Verstorbenen empfinden müßten. Er gab damit eine neue Illustration zu dem während dem Hospital vom agrarisch-konservativen Familienstump!

Den Liberalen wollen die Konservativen bei den nächsten Reichstagswahlen eine Abfuhr bereiten. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, die nächsten Reichstagswahlen erforderten „ein treues Zusammenstehen aller national und monarchisch gesinnten Parteien“. Jede rechtsstehende Partei könne im Kampfe gegen den Umsturz auf Unterstützung durch die bayerischen Konservativen rechnen. Die „wahrheitswidrige und verwegene Agitation des Liberalismus“ gegen die Reichsfinanzreform und die Konservativen habe jedoch bei diesen eine tiefgehende Erbitterung hervorgerufen. Es müsse demnach zugeht als ausgeschlossen gelten, daß konservative Wähler einer Parole der Führer zugunsten eines liberalen Kandidaten Folge leisten würden. Der Wahlverein der bayerischen Konservativen würde seinen politischen Freunden die Unterstützung eines liberalen Kandidaten nur dann empfehlen können, wenn er seine monarchische und nationale Gesinnung „deutlich“ kundgibt, eine Befestigung der Konservativen mit Hilfe der Sozialdemokratie oder zu deren Gunsten entschieden und unzweideutig abgelehnt habe und wenn im Wahlkampf gegenseitige Unterstützung geleistet werde. — Schließlich wird empfohlen, in Bayern in möglichst vielen Kreisen selbständige konservative Kandidaten aufzustellen.

Eine Verächtigung

folgenden Inhalts geht und zu:
In Nr. 73 des „Vorwärts“ vom 25. März, 1. Beilage, Seite 2, heißt es in dem Bericht über die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann im Landtage zum Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, nicht einmal Sozialdemokraten, sondern die Hirsch-Dunderschen Sicherheitsmänner und Arbeiterausschussmitglieder der Zeche Königsgrube hätten gegen eine gemeine Fälschung der Zeche protestiert. Die Behauptung, die Zecheverwaltung habe in der fraglichen Angelegenheit eine Fälschung begangen, ist unwahr. Der Abgeordnete hat diese Anschuldigung erhoben auf Grund einer von ihm bezogenen in Nr. 48 des Hirsch-Dunderschen Organs „Der Bergarbeiter“ veröffentlichten Mitteilung zweier Arbeiterausschussmitglieder unserer Zeche. Es wird darin behauptet, letztere hätten die Unterschrift zu einer vom gesamten Arbeiterausschuss in der Presse veröffentlichten Erklärung, die sich gegen ein vom alten Bergarbeiterverband herausgegebenes Flugblatt richtete, lediglich auf Grund der auf sie von der Zecheverwaltung geübten Beeinflussung geleistet. In der Tat ist, wie auch in Nr. 40 des „Bergarbeiter“ in einer Verächtigung mitgeteilt ist, die bezr. Erklärung ohne jegliches Zutun der Verwaltung einstimmig und einmütig vom Arbeiterausschuss aus freier Entscheidung erfolgt. Die Reklamation des „Bergarbeiter“ hat, anknüpfend an diese Verächtigung, die auch in Nr. 200 des „Vorwärts“ abgedruckte Mitteilung veröffentlicht, sie sei nach der Aussprache mit der Zecheverwaltung zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese den Artikel des Arbeiterausschusses nicht veranlaßt habe. Im Anschluß daran ist ferner eine Zuschrift der beiden Arbeiterausschussmitglieder aufgenommen, in der diese selbst erklären, daß die Angaben in dem von ihnen unterzeichneten, im „Bergarbeiter“ veröffentlichten Schriftstück nicht den Tatsachen entsprächen.

Hochachtungsvoll
Magdeburger Bergwerks-Aktien-Gesellschaft.
Braucher, Schmidt.

Genosse Hoffmann hat die Erklärung der beiden Sicherheitsmänner Peter Vohn und Paul Rehm im Wortlaut wiedergegeben und dann laut stenographischen Bericht vom 21. März 1911 wörtlich hinzugefügt:

„Also nicht einmal Sozialdemokraten, sondern die von Herrn Imbusch auch anerkannte Gewerkschaft der Hirsch-Dunderschen erhebt Protest gegen die gemeine Fälschung der angeblichen Arbeiterausschussmitglieder.“

Daß die Zeche selber die Fälschung vorgenommen oder den Arbeiterausschuss mobil gemacht habe, hat Genosse Hoffmann also nicht gesagt. Er konnte es auch nicht sagen, da dafür Beweise natürlich nicht zu erbringen sind. So unvorsichtig, etwas Derartiges selbst zu inszenieren, ist natürlich keine Zecheverwaltung.

Wenn später die genannten Sicherheitsmänner ihre Erklärungen eingeschränkt oder teilweise zurückgenommen haben, so konnte Hoffmann schon deswegen davon keine Mitteilung machen, da ihm weder bekannt war, daß eine solche Erklärung später veröffentlicht worden ist, noch auch, wie dieselbe zustande gekommen ist.

Frankreich.

Die Intervention in Marokko.

Paris, 10. April. In einer offiziellen Zeitungsnote wird erklärt, daß es augenblicklich noch unmöglich sei, zu sagen, ob eine Expeditionskolonie nach Fes entsandt werden müsse oder nicht. Sollte die Lage in Fes verzweifelt erscheinen und das Leben der französischen Instrukteure und der Europäer gefährdet sein, so werde Frankreich keinen Augenblick zögern, Hilfe zu leisten. Die Expedition, welche ohne jeden Hintergedanken unternommen würde, werde in internationaler Hinsicht keinerlei Schwierigkeiten hervorrufen können, weil alle fremden Regierungen wählten, daß die Politik Frankreichs in Marokko ehrlich und aufrichtig sei und von der Algeriesache und den mit verschiedenen Mächten abgeschlossenen Verträgen nicht abgehen werde.

Der Ordensschwindel.

Paris, 10. April. Die Untersuchung der Angelegenheit des Ordensschwindels hat ergeben, daß einige Sekretäre von Deputierten sich der Namen dieser Deputierten bedienten, um Auszeichnungen für andere zu erhalten. Mehrere teils mit Valensi die Summen, die von den Bewerbern gezahlt wurden. Valensi bediente sich gleichfalls der Namen gewisser Deputierter, um Diplome des tunesischen Ordens Nizam Nisfar zu erlangen, die er nach Bedarf weiter verkaufte. Sein Mitschuldiger Clementi lieferte ihm gefälschte Diplome für 2000 bis 5000 Francs.

Im Verlauf der Untersuchung erklärte der verhaftete Leiter der „Diplomatischen Revue“ Neulemans, er habe auf die Aufforderung zahlreicher Personen, insbesondere zweier Freunde aus Holland und der Direktoren eines deutschen Provinztheaters hin, welche Auszeichnungen zu erhalten wünschten, mit Valensi darüber gesprochen, mit dem er in engen Beziehungen stand. Valensi habe versprochen, seinen Einfluß geltend zu machen, und ihm einige Tage darauf zwei Diplome übergeben, in denen die beiden Holländer zu Offizieren der Akademie ernannt wurden. Neulemans beteuerte seinen guten Glauben; er habe nicht vermutet, daß die Diplome gefälscht oder gestohlen sein könnten.

Die Unterschleife im Auswärtigen Amt.

Paris, 10. April. Der Untersuchungsrichter beschloß gestern den Reichthum Chébanne wegen des Verschwindens gewisser Teppiche und sodann über die Rechnungslegung über 30 000 Fr. für Arbeiten im Wiener Volkshospitals, für die der Unternehmer seinerzeit nur eine Rechnung von 17 000 Fr. eingereicht hatte, wovon er übrigens nur 8000 Fr. erhielt. Auch zahlreiche andere Fälle kamen zur Sprache. Da die Erklärungen Chébannes ungenügend waren, beschuldigte ihn der Richter der Mitschuld an den Veruntreuungen im Ministerium des Auswärtigen und ließ ihn verhaften.

Chébanne gilt als sehr reicher Mann und als einer der hervorragendsten Künstler seines Fachs. Als Verdachtsmoment gegen Chébanne wird die Tatsache angesehen, daß er im Dezember vorigen Jahres 500 000 Franc lieh, um dessen Kostenabgänge zu decken. Ferner melden die Blätter, daß eine Anzahl kostbarer Tapissereien, die dem Ministerium des Auswärtigen gehörten, verschwunden sind und Chébanne auch in diese Angelegenheit verwickelt sei. Chébanne hat gegen die verschiedenen Beschuldigungen energischen Einspruch erhoben.

Portugal.

Die Trennung von Staat und Kirche.

Paris, 10. April. Der „New York Herald“ meldet aus Lissabon, daß die Erregung unter der Bevölkerung über die in fünf Tagen in Aussicht stehende Trennung von Staat und Kirche immer größere Dimensionen annimmt. In verschiedenen Bezirken plant man große Demonstrationen. Die Bewohner des Nordens von Portugal, die besonders kräftig gestimmt sind, stehen einer Trennung von Staat und Kirche äußerst unsympathisch gegenüber. Eine offizielle Note des Justizministers sucht die Bevölkerung zu beruhigen, indem sie erklärt, daß in religiösen Dingen die größtmöglichen Freiheiten gewährleistet werden sollen und daß auch den Priestern für ihre amtliche Tätigkeit nicht die geringsten Vorbehalte gemacht werden würden. Ferner wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Trennung von Kirche und Staat ohne Opposition der Bevölkerung vor sich gehen wird.

England.

Eine Dauer Sitzung.

London, 10. April. Das Unterhaus hielt bis 4 1/2 Uhr morgens Sitzung, um die Debatte über die erste Klausel der Parlamentsbill abzuschließen. Die Annahme erfolgte mit 143 gegen 78 Stimmen.

Mexiko.

Keine Intervention.

Washington, 10. April. Präsident Taft hat mit den Vorstehenden der Senate- und Abgeordnetenhauskommissionen für die auswärtigen Angelegenheiten Cullom und Sulzer Vespredenungen über die Lage in Mexiko gehabt. Cullom war der Ansicht, daß zurzeit kein Grund zu einer Intervention vorliege; ebenso versprach Sulzer, daß der Kongreß nicht voreilig handeln werde. Sulzer sprach sich aber dafür aus, daß, um die Gefahr für die amerikanischen Bürger in der Nähe der Grenze zu beseitigen, eine neutrale Zone von fünf bis zehn Meilen Breite längs der Grenze vereinbart werden müsse.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes.

Mexiko, 10. April. Beim Auswärtigen Amt ist von dem Leiter der mexikanischen Junta in Washington der Abschluß eines Waffenstillstandes angeregt worden. Die Antwort der mexikanischen Regierung auf die Waffenstillstandsbedingungen enthält einige Bedingungen von geringerer Bedeutung, gegen die, wie man glaubt, von revolutionärer Seite keine Anwendung erhoben werden wird. Man nimmt an, daß man keine Zeit verlieren wird, um über die Bedingungen für den Abschluß eines dauernden Friedens einig zu werden. Es geht das Gerücht, die Revolutionäre stellten als Bedingung: Rücktritt des Präsidenten Diaz, eine sofortige Abänderung der Wahlgesehe und die Ernennung von de la Barra zum provisorischen Präsidenten bis zur Entscheidung der vorzunehmenden Wahlen.

Ein Erfolg der Aufständischen.

Washington, 10. April. Wie dem Staatsdepartement gemeldet wird, haben die Aufständischen Papasquiara eingenommen. Die Verluste auf beiden Seiten beziffern sich auf mehr als 100 Mann.

Aus der Partei.

Kulturarbeit im Osten.

Durch intensive Agitation ist es den Genossen in Danzig Stadt gelungen, im letzten Quartal die Mitgliederzahl um 222 zu erhöhen. Der dortige Sozialdemokratische Verein zählte am Schlusse des ersten Quartals 1911 1406 Mitglieder. Bis zur Reichstagswahl hoffen die Genossen, noch das zweite Tausend Mitglieder voll zu machen. Auch eine an den beiden letzten Sonntagen vorgenommene Hausagitation zur Gewinnung von Abonnenten für die „Vollwacht“ war von bestem Erfolge begleitet. Es gelang, der „Vollwacht“ 620 neue Abonnenten zuzuführen. Ein erfreuliches Zeichen, daß die Sünden der schwarzblauen Reaktionen in den Domänen der Junter verständnisvoll gewürdigt werden.

Der Tod einer Kämpferin.

In Paris ist vor einigen Tagen die Genossin Wanda Genzarqua Wojnarowska gestorben. Sie gehörte zu der Schar jener, die als erste die revolutionären sozialistischen Ideen unter die Arbeiter in Polen trugen. Im Jahre 1879 wurde sie in Warschau verhaftet und verurteilt eine langjährige Kerkerstrafe. Dann begannen für sie die Qualen des Flüchtlingslebens. Sie ging nach Paris und war hier als Schriftstellerin für ihre Ideen tätig. Stets mit der Entwicklung der sozialistischen Bewegung fortwährend, schloß sie sich bei Entstehen der Sozialdemokratie Russisch-Polen und Litauens dieser Partei an (in den neunziger Jahren) und vertrat sie eine Zeitlang im internationalen sozialistischen Bureau. Gleichzeitig arbeitete sie auch nach Kräften für die proletarische Bewegung in Frankreich, wo sie sich der Gruppe der Guesdisten angeschlossen.

Unter den schweren Lebensbedingungen des Exils übte Genossin Wojnarowska stets die aufopfernde und treue Mithelpferin des Proletariats. Ehre ihrem Andenken.

Ein Mandat durch das Los.

Vor kurzem starb der einzige Vertreter unserer Partei in der Ersten Schwedischen Kammer, der Genosse Blomberg. Er war erst bei den letzten Wahlen für den Kreis Gesele gewählt. Nach ihm hatten ein Konservativer und der Genosse Wikman, der Hauptkassierer der schwedischen Partei, eine gleiche Anzahl Stimmen. Zwischen diesen beiden mußte nun das Los entscheiden, wer der Nachfolger Blombergs werden sollte. Diesmal war Fortuna gerecht, denn das Los entschied für unseren Genossen, so daß uns das einzige Mandat in der „Kammer der Edlen“ erhalten blieb.

Jugendbewegung.

Konferenz der Jugendauschüsse Thüringens.

In Jena tagte an den beiden Oftertagen eine Konferenz der Thüringer Jugendauschüsse, an der sich 86 Ausschüsse, vertreten durch 40 Delegierte, beteiligten. Außerdem hatten die Zentralkomitee in Berlin und mehrere Parteiorganisationen Thüringens Vertreter entsandt. Den Bericht der Jugendzentrale Thuringens gab Schumann-Jena. Der Zentralkomitee sind jetzt 38 Orte angeschlossen; das letzte Jahr brachte der Thüringer Jugendbewegung einen erfreulichen Aufschwung. Die Tätigkeit der Zentralkomitee beschränkte sich vorläufig darauf, das Arbeitsfeld gründlich kennenzulernen. Ueber den gegenwärtigen Stand der Jugendbewegung in Deutschland sprach Peters-Berlin.

Am zweiten Verhandlungstage beschäftigte sich die Konferenz mit Fragen der Organisation und Agitation. Die Konferenz arbeitete ein Regulator für die Thüringer Zentralkomitee aus, wobei beschlossen wurde, die Bezeichnung „Zentralkomitee für Thüringen“ in „Jugend-Agitationsbezirk für Thüringen“ umzuwandeln. Die Frage der Beitragsleistung wurde nach äußerst lebhafter Diskussion durch einstimmigen Beschluß geregelt. Die Einrichtung eines Mittelungsblattes wurde einstimmig abgelehnt, da der Nutzen vorläufig die Kosten nicht lohnen würde. Dagegen soll der Zentralkomitee in Berlin die Anregung gegeben werden, ein Korrespondenzblatt für die Funktionäre in der Jugendbewegung Deutschlands zu schaffen. Die Vorschläge für den Jugendtag, der zu Pfingsten in Weimar stattfinden, wurden angenommen. Die Konferenz im Jahre 1912 findet wieder in Jena statt. Als Vorsitzender des Agitationsbezirks für Thüringen wurde Schumann-Jena, als Kassierer Lieb-Jena gewählt. Den Schriftführer und die zwei Beisitzer wählte der Ausschuss, dem der Vorsitzende angehört. Der nächste Jugendtag soll im Jahre 1912 in Almsau abgehalten werden.

Soziales.

Ein Fehlspruch.

Gesekundementals des Richter Gewerbegerichts, Magistratsassessor Dr. Marzahn, liegt vor bei einer Entscheidung, die genannter Herr unter dem 3. April in einer Sache Sch. gegen R. 20. 1. 1911 erlassen hat.

Der Kläger hatte einen Anspruch von insgesamt 205,77 M. für ausgeführte Arbeiten geltend gemacht. Durch Urteil vom 27. März dieses Jahres wurde die Klage in Höhe eines Teilbetrages von 171,27 M. abgewiesen. Inwiefern die Entscheidung zu Recht oder zu Unrecht ergangen ist, interessiert hier nicht, darüber wird das Landgericht als Berufungsinstanz entscheiden. Wegen des Restbetrages von 124,50 M. erkannte das Gericht auf einen Eid für den Beklagten. So weit, so gut. Verhängnis waren bis dahin die formalrechtlichen Vorschriften erfüllt. Nun folgt aber das ungesetzliche Verfahren, das in seinem Resultat bewirkt hat, daß dem Kläger wegen des Restanspruchs von 124,50 M. eine Instanz entzogen ist. Das Gewerbegericht hat nämlich am 27. März, nach Verkündung des Urteils, einen neuen Termin auf den 3. April 1911 anberaumt zwecks Abnahme des dem Beklagten auferlegten Eides, dieser Eid wurde dann auch im Termin am 3. April abgenommen und daraufhin der Kläger durch sogenanntes Läuterungsurteil mit dem Restanspruch endgültig abgewiesen. Das war unzulässig. Nach § 55 des Gewerbegerichtsgesetzes ist gegen Urteile des Gewerbegerichts Berufung zulässig, sobald der Wert des Streitgegenstandes 100 M. übersteigt. Nach § 516 der Zivilprozessordnung beträgt die Berufungsfrist einen Monat. Nach § 400 Absatz 2 der Zivilprozessordnung, welche Bestimmung auch für die Gewerbegerichte Geltung hat, darf die Eidesleistung erst nach Eintritt der Rechtskraft des Urteils erfolgen. Da im vorliegenden Falle das Urteil vom 27. März am 6. April zugestellt worden ist, trat die Rechtskraft dieses Urteils erst am 6. Mai ein. Erst nach diesem Zeitpunkt durfte das Gewerbegericht den Eid abnehmen, falls nicht der Kläger Berufung eingelegt hätte. Nach § 403 Abs. 1 der Zivilprozessordnung wird durch die Leistung des Eides voller Beweis der behaupteten Tatsache erbracht. Da diese behauptete Tatsache von allein ausschlaggebende Bedeutung für den Ausgang des Prozesses ist, — Beklagter hat Zahlung der Klagesforderung behauptet und bewiesen — ist dem Kläger die Berufungsmöglichkeit genommen. Die Berufung hätte zu einem anderen Resultat führen müssen, schon deswegen, weil das Gewerbegericht in Verkennung der Vorschriften über die Beweislast dem Beklagten den Eid über seine eigene Behauptung der erfolgten Zahlung auferlegt hat. Zudem erklärt Kläger, daß er den Beweis des Gegenteils hätte führen können.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts ist zu dem Zwecke juristisch vorgebildet, um zum mindesten die formalrechtlichen Gesetzesbestimmungen zu kennen. Eine Regreklage gegen den Gewerbegerichtsversagenden dürfte nicht aussichtslos sein.

Gewerkschaftliches.

Pollzeifürsorge im Streikbrecherquartier.

Wir brachten wiederholt Mitteilungen über das Massenquartier von Streikbrechern der Firma Thomas in Spandau, die gerade nicht von erbaulichen Zuständen berichteten. Der Polizei sowohl, als auch der Besitzerin jenes Massenquartiers waren jene Veröffentlichungen offenbar unangenehm, beide zwangen uns durch den § 11 des Preßgesetzes, das von uns Mitgeteilte zu „berichtig“.

Wie sieht es nun in jenem Massenquartier wirklich aus? Obgleich wir für die von uns aufgestellten Behauptungen den Beweis zu erbringen in der Lage waren, haben wir doch vorsichtigerweise eine erneute Prüfung der Verhältnisse vorgenommen und müssen nun schon sagen, daß wir nicht nur nichts von dem Berichteten zurückzunehmen haben, sondern daß die Zustände noch weit grauenhaftere sind.

Eine Polizeibehörde, die durch das, was wir im Massenquartier der Witwe Heyn in Tiefwerder 7a festzustellen vermochten, befriedigt wird, ist, rundheraus gesagt, zur Aufsicht über solche Massenquartiere ungeeignet. Entweder sieht sie nicht, was dort zu tadeln und zu bessern wäre, oder sie stellt zu geringe Anforderungen an eine menschenwürdige Wohnung. Beides macht sie unbrauchbar, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Als „Bettstellen“ dienen in jenem Quartier aus roten Kistenbrettern zusammengestellte Behälter, in denen sich als Unterlage ein Strohsack befindet. Derartige „Bettstellen“ — wie Frau Heyn sie in ihrer „Berichtigung“ nennt — befinden sich Reihe an Reihe im Saale sowie im Tunnel (Keller), in welchem ebenfalls Leute beherbergt werden.

Der Geruch in diesen fahlen Räumen ist ein geradezu pestilenzialischer, was in einem derartig angelegten Quartier ohne weiteres begreiflich ist.

Die „Kopfstellen“ bestehen zum Teil aus Strohlöffeln, welche mit einem „Meberzug“ versehen sind. Die Unterlaken starren zum Teil vor Schmutz. Bezüglich der Handtücher konnten wir feststellen, daß die „Streikbrecher“ acht Tage lang überhaupt keine Handtücher (!) hatten, da Frau Heyn diese zu spät bestellt und keine mehr im Besitz hatte. Allerdings soll Herr Thomas erklärt haben, daß er alles selbst liefern würde, was aber unterblieb.

Die „häufige Revidierung“ des Massenquartiers erfolgt erst nach Erscheinen unseres Artikels.

Die „Schlafstelle“ kostet allerdings 2,50 M. inklusive einer Tasse „Kaffee“ und zwei Bröckchen pro Woche. Für eine derartige Verherbergerung aber dennoch ein allerdings unerhöhter Preis.

Die Speisen und Getränke, die sich in einem nicht gerade sehr appetitlichen Raume befinden und, ihrem Aussehen nach zu beurteilen, nicht besonderer Qualität sind, sind ebenfalls, wie erwähnt, den Verhältnissen entsprechend zu teuer. Als Abendbrot erhalten, wie wir uns überzeugt, die Arbeiter ein paar Kartoffeln und eine dünne Scheibe gekochten Schweinebauch zu dem Preise von 40 Pf.

Die hauptsächlichsten Inzassen des Quartiers sind polnische Arbeiter, die am Bahndam usw. beschäftigt werden. Daß in einem solchen Raume, wo alle Arten Menschen zusammengepfercht sind, sehr leicht Epidemien ausbrechen können, ist selbstverständlich, von Ungeziefer gar nicht zu reden. Die Leute entscheiden sich zum größten Teil gar nicht, sondern gehen, um sich vor der Kälte zu schützen, mit Stiefel und Sporn in ihr „Bett“.

Die polizeiliche Anmeldung der Schlafstellen erfolgt bei den polnischen Arbeitern nach drei Tagen, bei den deutschen nach sechs Tagen, so daß die Polizeiverwaltung überhaupt nicht feststellen konnte, daß sich „keine stoffbrüchlich verfolgten Elemente“ in dem Quartier aufgehalten haben. In einem Falle hat ein von der Behörde gesuchter Streikbrecher zwei Tage bei der Witwe Heyn gewohnt und sich alsdann, als ihm der Boden zu heiß wurde, aus dem Staube gemacht.

Wir müssen schon dabei bleiben, daß die polizeiliche Fürsorge in diesem Massenquartier alles zu wünschen übrig läßt. Oder glaubt die Polizeiverwaltung, daß durch „Ausgang der Polizeiverordnung über das Schlafstellenwesen“ alles in schönster Ordnung und sie weiterer Pflichten entbunden sei?

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ordnungsverwaltung Spandau.

Berlin und Umgegend.

Allgemeiner Arbeiterinnenstreik im Glühlampenwerk von Bergmann.

Die über 800 Arbeiterinnen des Glühlampenwerkes der Firma Bergmann Aktiengesellschaft, Cessstraße, streiken seit gestern morgen einmütig im Streik. Die Ursache der Arbeitsniederlegung sind Lohnabzüge, die das Werk des Erträglichkeit weit übersteigen und allgemeine Empörung unter den Arbeiterinnen hervorgerufen haben. Am Montag voriger Woche hatte die Firma durch Anschlag im Betriebe diese Abzüge bekannt gegeben, und sie betragen 30 bis 40, ja bei einzelnen Arbeiten bis zu 60 Proz. von den bisherigen Akkordpreisen. Eine Kommission der Arbeiterinnen wurde vorstellig und hatte damit auch den Erfolg, daß der Direktor versprach, die Abzüge vorläufig rückgängig zu machen. Am Mittwoch wurden gleichwohl in einzelnen Abteilungen die neuen herabgesetzten Akkordpreise in Anwendung gebracht. Zur Entschuldigung wurde gesagt, daß die betreffenden Meister von der Zurücknahme der Abzüge noch nicht gewußt hätten. Die Kommission wurde von neuem vorstellig und erhielt nun die Antwort, daß sie der Direktion Zeit und Mühe lassen müsse, mit den Meistern zu beraten, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werden könnte. Die Direktion hat der Kommission keine weitere Antwort zuzulassen lassen, sondern es vorgezogen, am vorgestrigen Dienstag durch Anschlag folgendes bekannt zu geben:

„Die Wünsche der am Donnerstag, den 13. April, vorstellig gewordenen Kommission können nicht erfüllt werden. In unserem Bedauern sehen wir uns mit Rücksicht auf die stille Saison und die angeammelten Lagerbestände genötigt, die Anzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen erheblich zu verringern. Wiedereinstellungen werden in ungefähr sechs Wochen erfolgen.“

Damit war es also klar, daß die Firma trotz ihres acht Tage vorher gegebenen Versprechens die Abzüge durchsetzen wollte und diesem Vorhaben durch Drohung mit Massenentlassungen weiteren Nachdruck zu verleihen suchte. Die Arbeiterinnen, die sich diese ungeheuerliche Herabsetzung ihrer so wie so schon geringen Löhne nicht bieten lassen konnten, beschlossen darauf am Dienstagmorgen in einer Versammlung, die den großen Pharusaal bis auf den letzten Platz füllte, einmütig die Arbeitsniederlegung.

Gestern vormittag hielten sie im selben Saale ihre erste Streikversammlung ab. Die Kommission hatte dem Direktor von dem Streikbeschlusse Mitteilung gemacht und die Antwort erhalten, daß die Abzüge aufrechterhalten werden sollten. Inzwischen hat die Firma schon versucht, durch große Versprechungen Streikbrecherinnen heranzuziehen, aber damit so geringen Erfolg erzielt, daß es ihr gewiß nicht möglich werden wird, ihren Betrieb auch nur einigermaßen aufrecht zu erhalten. Die kleine Zahl Arbeitswilliger wird der Firma wohl auch noch wieder abtrünnig werden, wenn sie erst einmal richtig vom dem Stand der Dinge unterrichtet ist. Die Streikversammlung bot ein Bild glänzender Solidarität und Einmütigkeit, wie man es bisher selten bei großen Arbeiterinnenstreiks beobachten konnte, und die Aufforderung G a n d l e s, des Vertreters des Metallarbeiterverbandes, nun treu im Kampfe auszuharren, wird sicherlich von allen befolgt werden.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

Ein Streikbrecheragent

in der Liebenwalder Str. 40, 4. Etage, sucht durch Inserat in der „Morgenpost“ unorganisierte Dreher und Stanzler, angeblich nach Sachsen. Offenlich mißlingt der schöne Plan.

Die Streikbewegung in den Handeldgärtnereibetrieben Groß-Berlins, die vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden und Minimalwochenlohnätze von 24 und 22 M. zum Ziele hat, vollzieht sich recht lebhaft, jedoch ohne besondere Schärfe hüten und drüben. Die Unternehmer wissen, daß die aufgeregten Forderungen sich in berechtigten und bescheidenen Grenzen bewegen. Demgemäß hatten einige bessere Firmen bereits bewilligt; ausständig wurden 252 Mann. Am 14. April waren in 63 Betrieben mit 200 Gehilfen die Forderungen anerkannt. Besonders erfreulich bei dieser Bewegung ist, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr solem Wiberstande begegnet, wie das der Fall war in den Jahren 1900 und 1903, wo selbst die Einführung des Elftundentages sich nur langsam und schwer eingebürgert hat.

Der Streik der Holzplasterarbeiter und der Jalousiearbeiter in der konstitutionellen Fabrik von H e i n r i c h F r e e s e in Nieder-Schönhausen dauert noch unverändert fort. Herr F r e e s e versucht, so schwer wie ihm dies auch wird, sich mit den „lieben Arbeitswilligen“, die ihm die Kirche und Christlichen liefern, auszuheilen. Seine aufsichtsführenden Beamten sind am allerwenigsten mit diesen Arbeitskräften zufrieden. Sie klagen darüber, daß die Arbeiter nicht vorwärtsgehen, weil die Leute nicht sachkundig sind. Die Reparaturarbeit auf der Kaiser-Wilhelmbrücke und Neue Wilhelmstraße ist bis heute, nach vierwöchiger Dauer, kaum fertig. Eine Arbeit, die nach Reinigung der Streikenden in 5-6 Tagen zu erledigen war, wenn sie diese Arbeit ausgeführt hätten. Durch diesen Umstand ist wochenlang der Verkehr durch die Sperrung von Straßen an den genannten Stellen behindert und das Geschäftsleben geschädigt. Was sagt Herr v. J a g o n hierzu? Die Strafe soll doch dem Verzehe dienen! Der Kammerherr S c h i p u l l sagte vor einigen Tagen treuherzig zu den Streikenden: „Nach Ostern werdet Ihr wohl wiederkommen. Bis dahin werdet Ihr wohl ausgehungert sein.“ Diesen Gefallen werden die streikenden Arbeiter Herrn F r e e s e nicht tun. Es sei denn, daß er die Erklärung abgibt, das Koalitionsrecht seiner Arbeiter respektieren zu wollen. Herr F r e e s e will aber lieber, wie er sich ausgedrückt haben soll, 50 000 M. ans Bein binden, als die freien Verbände in seinem Betriebe anzuerkennen. Besonders ist Herr F r e e s e schlecht auf den „Vorwärts“ zu sprechen, weil dieses Blatt niemals für sein Lebenswerk, seine Konstitution, eine Anerkennung übrig hatte, im Gegenteil, dies in böshafter Weise kritisiert habe. Aber auch das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ hat Herrn F r e e s e geärgert, weil es in seiner Literaturbeilage vom 7. Mai vorigen Jahres sein Buch: „Die konstitutionelle Fabrik“ angeblich unfreundlich kritisiert haben soll. Herr F r e e s e scheint keine Kritik vertragen zu können, er will neben seiner Konstitution selbstherrlicher Monarch sein, und da find wir derselben Meinung wie das „Korrespondenzblatt“ in seinem Schlußsatz: „Betracht ich die Sache ganz genau, so brauchen wir gar keinen Kaiser!“

Zurzeit versucht die Firma, in Posen, Hannover, Hamburg, Breslau, Dortmund, Bonn a. Rh. und Leipzig Arbeitskräfte anzuwerben, weil sie dort Holzplasterarbeiten auszuführen hat. Auch hier in Berlin hat die Firma an solche Arbeiter, die schon früher bei ihr tätig waren, schriftliche Aufforderungen auf Annahme von Arbeit bei ihr gerichtet. Herr F r e e s e hat aber auch hiermit wenig Glück.

Wir machen die gesamte Arbeiterschaft daher nochmals besonders darauf aufmerksam, daß der Betrieb von F r e e s e gesperrt ist und bitten dringend, jeden Zugang fernzuhalten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.
Deutscher Transportarbeiterverband,
Deutscher Holzarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Transportarbeiterstreik.

Im Expeditionsverein B a l t i w i h a s e n bei Dessau sind wegen Nachregelung von 21 ihrer Kollegen 80 Arbeiter in den Streik eingetreten. Eine Betriebsverklammerung hatte beschlossen, die Direktion zu erziehen, die bis vor drei Jahren gezahlten Akkordsätze wieder einzuführen und den bisher 28 Pf. betragenden Stundenlohn zu erhöhen. Noch bevor die Forderung eingereicht war, erfolgte die Entlassung. Eine von den Organisationsleitungen versuchte Vermittlung wurde vom Direktor des Betriebes kurzerhand abgewiesen. Er, der selbst Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes ist, duldet keine organisierten Arbeiter und will in allen Dingen nur mit seinen Leuten verhandeln. — Die streikenden Arbeiter bitten um Fernhaltung von Zugang nach B a l t w i g h a s e n.

Der Streik in den Kinderwagenfabriken in Zeitz ist beendet. Nachdem mit zwei weiteren Fabriken eine Verständigung stattgefunden hatte, blieb nur noch die Firma Käthe übrig. Bei dieser war nicht mehr viel zu holen, da dort eine ganze Anzahl Arbeitswilliger vorhanden war. Bei Käthe wird die Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden verkürzt und findet auch hier eine entsprechende Erhöhung der Lohn- und Akkordsätze statt. Unter diesen Umständen beschlossen die Streikenden, den Kampf auch bei Käthe für beendet zu erklären.

Der Erfolg der Bewegung ist nun: Bei zwei Firmen wird die Arbeitszeit sofort von 57 auf 56, bei einer sofort von 60 auf 57, ab 1. Juli d. J. auf 56 Stunden verkürzt, bei einer Firma sofort von 60 auf 58 und am 1. Januar 1912 auf 57, und bei drei Firmen, darunter auch Käthe, wird die Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden herabgesetzt. Die Zeitslöhne werden pro Stunde um 2-4 Pf. und die Akkordsätze um 5-15 Proz. erhöht. Bei dem vorhandenen Organisationsverhältnis und den sonstigen widrigen Umständen dürfen die Arbeiter mit dem Erfolg sehr zufrieden sein und die Fabrikanten dürfen, wenn die Arbeiter die richtigen Kampfmaßnahmen aus dem verflochtenen Kampfe ziehen, so leicht einen Kampf nicht wieder suchen.

Achtung, Gipsarbeiter! In den drei Gipsfabriken in W a d e n h a u s e n am Harz haben etwa 80 Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer gegenüber eingereichten Lohnforderungen der Arbeiter sich ablehnend verhielten. Um Fernhaltung des Zuganges von Gipsarbeitern, besonders Gipsmälkern, wird ersucht.

Zu den Streikbrecherlieferungen aus Hamburg leidet das Gewerkschaftsblatt von Hamburg-Altona folgendes mit: Auf verschiedene Anfragen von Vertretern aus Gewerkschaftskreisen wegen aus Hamburg-Altona kommender Streikbrecher diene folgendes zur Aufklärung:

Die durch Agenten der Hamburg-Altonaer Privat-Arbeitsnachweise vermittelten Streikbrecher sind nicht organisierte Hamburger Arbeiter; wenigstens dürfte dies nur ausnahmsweise der Fall sein. Die Streikbrecher werden durch Agenten besagter Arbeitsnachweise irgendwo, auch in Hamburg, gewonnen, an Eisenbahnnotenpunkten gesammelt und je nach Anweisung der Arbeitsnachweise nach den Streikorten dirigiert. Die Inhaber der privaten Arbeitsnachweise in Hamburg beziehen von den auf diese Art angeworbenen Streikbrechern die zu zahlenden Vermittlungsgebühren. Die von oder über Hamburg geschickten Streikbrecher bleiben in der Regel in geschlossenen Eisenbahnwagen auf Abstellgleisen, von wo aus die Wagen umgeloppelt und die Streikbrecher dann nach den Bestimmungsorten weiter transportiert werden. Von den organisierten Hamburger Arbeitern kann an diesen Dingen vorläufig wenig geändert werden. Sache der sich im Lohnkampf Befindlichen wird es sein, diesem Treiben mit der nötigen Aufmerksamkeit zu begegnen.

H. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Zum Ausstand der Schuhmacher in Groß-Stuttgart.

In der bürgerlichen Presse wird gegen die Streikenden Stimmung zu machen versucht. Es wird berichtet, daß der Zentralverband der Schuhmacher den Christlichen gegenüber Terrorismus geübt habe und ein gemeinsames Vorgehen mit ihnen abgelehnt habe. Die Christlichen hätten diesen Terrorismus dadurch pariert, daß sie mit den Meistern einen Tarifvertrag abgeschlossen hätten, der eine Lohnerhöhung von 2,00 bis 3,00 M. pro Woche mit sich bringe. Dieser Erfolg dürfte in einem anderen Lichte erscheinen, wenn wir mitteilen, daß der Zentralverband zur Ablehnung eines gemeinsamen Vorgehens mit den Christlichen seine guten Gründe hatte, die aus dem sonderbaren Verhalten der Christlichen bei der Lohnbewegung im Jahre 1907 erklärlich sind. Diesmal haben die Christlichen zur selben Zeit, als sie an die Leitung des Zentralverbandes das Anerbieten stellten, gemeinsam vorzugehen, an die Meister die Mitteilung gerichtet, daß sie eventuell geneigt seien, zu den Bedingungen des alten Tarifes weiter zu arbeiten. Mit ihrem jetzigen Erfolg bei dem „Tarifabschluß“ ist es eine eigentümliche Sache. Bei einigen ganz unmesentlichen Positionen wurden ihnen einige Pfennige Zulage gewährt, bei anderen Positionen dafür aber Abstriche gemacht, so daß in Wirklichkeit eine Lohnreduktion als Schlusergebnis dieser Tarifberatung herauskommt. Bei rund 200 Positionen des Tarifes wurde kein Pfennig zugelegt. Selbst der Kassierer des christlichen Verbandes erklärte, daß er sich schäme, zu diesen Bedingungen arbeiten zu müssen, und er hat denn auch die Arbeit niedergelegt. Welches Verlegenheitsprodukt dieser „Tarifvertrag“ ist, geht daraus hervor, daß vereinbart wurde, er solle nur so lange Gültigkeit haben, bis ein anderer Tarif zustande kommt. Wird also durch die Macht der Zentralorganisation ein besserer Tarif geschaffen, so war der christliche Tarifvertrag quasi nur ein Streikbrecherabkommen.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma W. Keller, Schuhfabrik in Ebingen (Württemberg) hatten die Arbeiter einige ganz minimale Forderungen gestellt, wie Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden, Vergütung für Überstunden, alles Dinge, die in allen anderen Betrieben in Ebingen längst durchgeführt sind. Die Firma zeigte sich anfangs nicht direkt ablehnend, und es bestand alle Hoffnung, die Angelegenheit auf gutlichem Wege regeln zu können. Nun aber legte die Firma den Arbeitern plötzlich einen Mebers zur Unterzeichnung vor, worin sich diese verpflichten sollen, aus dem Zentralverbande der Schuhmacher Deutschlands auszutreten bzw. diesem nicht beizutreten. Ein Teil der Arbeiter ließ sich einschließen und unterzeichnete den Mebers. Der andere Teil aber, zirka 70 Mann, reichte die Kündigung ein. — Zugang nach Ebingen ist streng fernzuhalten.

Beim Mannheimer Hofenarbeiterstreik, für dessen kapitalistenfreundlichen Verlauf sich die bewaffnete Macht des badischen Staates so tüchtig ins Zeug legt, haben auch die Privat-Nachwächter eine Mission zum Streikbrecherstreik übernommen. Es sind die Beamten der „Wach- und Schließgesellschaft“, dort im Volksmunde Krad- und Schließgesellschaft genannt. Die meisten dieser bewaffneten Schloßwächter haben von dem Sicherheitsdienst der Polizei keine Ahnung; sie genießen einen so geringen Sold, daß ihnen schon deshalb die Lust vergehen müßte, den um ihren Dissen Brot kämpfenden Arbeitern hindernd in den Weg zu treten und das in einer Weise, wie das von staatlichen Polizeibeamten nicht geschieht. Es gäbe die Verwendung solcher Privatgrößen, die mit Säbel und Revolver ausgestattet sind, Veranlassung, die Frage der Verantwortlichkeit für die Bewaffnung solcher Leute, die meist nur vorübergehend solche Posten bekleiden, offiziell zu prüfen. Wenn sich die streikenden Arbeiter diesen Neigen gegenüber nur etwa auch bewaffnen?

Der Genosse O t t i l i e, der am Ostermontag als Gewerkschaftsbeamter seinen Dienst bei Matrosen im Hafengebiet tat und rechtswidrig von der Polizei auf kurze Zeit festgenommen wurde, beklagt sich über die unwürdige Behandlung durch die Polizei, die mit dem Gewerkschaftsfunktionär wie mit einem Verbrecher umgegangen sei. Und es handelte sich nur um Feststellung der Personalien Ottlies, der in Mannheim sonst bekannt und als Beamter im Wrechbuch eingetragen ist. Vier Schuhleute machten sich mit ihm zu schaffen, der beim Anfaßen die Empfindung hatte, als sollten ihm die Knochen zur Erlangung einer Schlangengemeinschaft eingerichtet werden. Ein anderer Parteigenosse, der den Vorfall beobachtete und neugieriger Arbeiter Auslaß gab, wurde ebenfalls zur Feststellung der Personalien festgenommen.

Ran scheint offizielles Material zur Begründung eines Streikschutzes zu sammeln. In Kasatt machten die Mühlen der Streikbrecherjustiz noch immer fertig. In Karlsruhe hat eine Verammlung der dortigen Hofenarbeiter sich zur solidarischen Unterstützung der streikenden Mannheimer Kollegen verpflichtet.

Letzte Nachrichten.

Die französische Regierung und die Eisenbahngesellschaften.

Paris, 10. April. (B. L. Z.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat an die Präsidenten der Eisenbahngesellschaften ein Schreiben gefandt, in welchem er ihnen die am 14. April von der Deputiertenkammer angenommene Tagesordnung, betreffend die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahnbeamten, mitteilt und hinzufügt: „Ich bin sicher, daß Sie dem formellen Wunsch, den Ihnen die Regierung im Namen der nationalen Vertretung in der einzigen Sorge um das allgemeine Interesse und den öffentlichen Frieden übermittelt, durch Taten entsprechen werden.“

Die französischen Wingerunruhen.

Reims, 10. April. (B. L. Z.) Heute wurden wieder mehrere Personen wegen Teilnahme an den Wingerunruhen in den Arrondissements Reims und Epemah verhaftet. Die Zahl der in dem letzten sechs Tagen Verhafteten beträgt nunmehr etwa 150.

Zu dem Rathausbrand in Schaerbeel.

Brüssel, 10. April. (B. L. Z.) Wie das Gericht festgestellt hat, ist der Brand im Rathaus der Vorstadt Schaerbeel an sieben verschiedenen Stellen angelegt worden. Nach einem Abendblatt steht die Verhaftung eines der Brandstiftung Verdächtigen unmittelbar bevor.

Sturm auf dem Schwarzen Meere.

Sebastopol, 10. April. (B. L. Z.) Auf dem Schwarzen Meere herrscht ein heftiger Sturm, der bereits viele Schiffsunfälle im Gefolge gehabt hat.

Kampf gegen die Trusts in Amerika.

Washington, 10. April. (B. L. Z.) Der Vorsitzende des Ausschusses für Mittel und Wege legte dem Hause den Bericht der Mehrheit des Ausschusses vor, der sich zugunsten der Bill betreffend die Liste der goldreichen Gegenstände für die Farmer ausspricht. Der Bericht, der als ein demokratisches Manifest anzusehen ist, erklärt, das Abkommen mit Kanada habe alle Schutzzölle für Erzeugnisse der Landwirtschaft treibenden abgeschafft, ohne zu gleicher Zeit in entsprechender Weise die drückenden Zölle für die Bedürfnisse aufzuheben, die sie kaufen müßten, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. Die Herstellung der landwirtschaftlichen Geräte werde von Trusts beherrscht, die sie billiger im Ausland als im Inlande verkauften. In dem Bericht werden ähnliche Anschuldigungen gegen die Stahl-, Bauholz- und Fleischtrusts erhoben.

Antarktische Expedition.

Buenos Aires, 10. April. (B. L. Z.) Die „Prom“, das Expeditionschiff Amundsens, ist, aus der Antarktis kommend, hier eingetroffen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Französischer Parteitag.

2. Tag.

St. Quentin, 17. April. (Fig. Ver.)

Die Diskussion über den Fraktionsbericht wird fortgesetzt. Fernand Faure-Dordogne: Ich teile nicht die Anschauung meines Freundes Rappoport, der in der Politik unserer Fraktion etwas Heroisches findet. Die Opposition gegen Briand war eine Selbstverständlichkeit. Der Enthusiasmus, der Monis entgegengebracht wurde, scheint mir mit der revolutionären Massenpolitik unvereinbar.

Raffin-Dugens: Ich habe im Fall Walby für die Kreditbewilligung gestimmt. Die meisten anderen Genossen hätten das gleiche getan, wenn das Ministerium in Gefahr gewesen wäre. (Stürmischer Beifall bei einem Teil des Parteitags. Der Vorsitzende Compère-Morel bemerkt: Das ist eine persönliche Ansicht.)

Baronne erklärt, warum er bei der Wahl in St. Claude keine Kandidatur im zweiten Wahlgang gegen einen Republikaner aufrechterhalten hat, und bemerkt weiter: Als der gemäßigte Sozialist, der ich bleibe, bin ich doch der Überzeugung, daß sich die bürgerlichen Parteien gegen uns mehr und mehr zusammenschließen werden. Sicher will die große Mehrheit dem radikalen Experiment des Kabinetts Monis kein Hindernis in den Weg legen. Bewahren wir aber Vorzicht und Zurückhaltung!

Jaurès: Ich verkenne nicht die Notwendigkeit der an unserer Fraktion geübten Kritik, besonders wenn sie bei aller Entschiedenheit so freundlich wie diesmal ausgeübt wird. Niemand war die Fraktion in ihrer Gesamttätigkeit mit der Partei und mit sich selbst in solcher Harmonie wie in der jetzigen Legislaturperiode. Gegenüber den in Verletzung übergebenen bürgerlichen Parteien stehen wir in froher Kraftbereitschaft da. Die Einigkeit in der Fraktion braucht man nicht erst herzustellen, sie ist eine gegebene Tatsache. Mit Rappoport bin ich ganz einverstanden. Zwei Regeln müssen uns leiten: unsere fundamentale Opposition gegen die kapitalistische Gesellschaft, die erst mit dieser selbst aufhören kann und die Ausnutzung der wechselnden Situationen im Interesse der Arbeiterklasse. Keine Regierung will die sozialistische Idee verwirklichen. Jede ist ein Ausdruck des Kapitalismus, aber mit einem wechselnden Einschlag neuer Elemente. Rappoport zieht mit Recht 50 Schläge 100 Schlägen vor. Aber er sollte sich an das Marxsche Wort von den Quantitätsdifferenzen erinnern, die in Qualitätsdifferenzen umschlagen. Rappoport sprach von einer heroischen Periode. Wir haben schwere Kämpfe ausgetragen. Hätten wir nicht in der entscheidenden Stunde des Eisenbahnerstreiks eine Verantwortlichkeit, die nicht die unsere war, auf uns genommen, wären wir Verräter an der Arbeiterklasse gewesen. (Stürmischer Beifall.) Aber gerade in dieser Zeit war es leicht für uns, unseren Weg zu finden. In Wahrheit fängt die heroische Periode erst da an, wo wir einem Ministerium gegenüberstehen, das uns unsere Entscheidungen nicht so leicht macht. Wir müssen da in jedem Augenblick die Interessen des Proletariats wahren, ohne von unserem Programm etwas aufzugeben. Wir sind vollständig unabhängig. Hätten wir uns der Regierung gegenüber gebunden, würden wir beim Proletariat mehr verlieren als bei ihr gewinnen. Faure unterschätzt die Bedeutung des Sturzes Briands. Damals sagte ich den Radikalen, als sich die kapitalistische Clique bemühte, Briand als den unentbehrlichen Mann wieder zurückzubringen. Laßt Euch Euren Sieg nicht stehlen! Zeigt, was Ihr könnt, wir werden Euch keine Steine in den Weg legen. Verwirklicht Euer Programm — aber wir werden unsere Unabhängigkeit bewahren. Unabhängig entscheiden wir, sei es, daß wir uns über die einzelnen Fragen beraten haben oder in der Kammer eine Vespersion improvisieren müssen. Praktisch ist die Einstimmigkeit bei uns fast stets vorhanden. Beanstandet wird eigentlich nur die Abstimmung im Fall Walby. Wir haben da aber nicht dem Ministerium das Vertrauen, sondern einen Kredit bewilligt, bei dem es allerdings die Vertrauensfrage aufgeworfen hatte. Die Uebertragung des Strafvollzuges aus dem Ressort des Ministeriums des Innern und der Polizei in das des Justizministeriums hatten wir von jeher gefordert. Die Aut der Briandisten und Konservativen zeigte uns ihren Wert. Als es dann zur Sturmzene im Parlament kam, waren es nur ein paar arme Reformisten, die in ihrer Vanität sitzen blieben. Wir stimmten für den Kredit. Ihr revolutionäres Temperament aber hatte sich in stürmischer Draufgängerei die vorherige Kompensation für die folgende lästige Abstinenz verschafft. (Heiterkeit und Beifall.) Die Errichtung des neuen Unterstaatssekretariats hatte die Freilassung der verhafteten Eisenbahner und Redakteure, die Bewährung des für politische Häftlinge geltenden Regimes und — sprechen wir es offen aus — auch die Entscheidung des Kassationshofes in der Frage der Mitschuld an allen auf

französischem Boden verübten Sabotagen zur Folge. Alles dies haben wir ohne Kompromisse erreicht. Die Verhandlung über die Eisenbahner war charakteristisch, weil die Radikalen gezwungen wurden, die Gewaltakte, die sie mit auf ihr Gewissen geladen hatten, wieder gutzumachen. In Frankreich sind Regierungen nicht mehr möglich, die gegen die Arbeiterklasse eine dauernde Gewalttätigkeit ausüben — eine Ordnung einer wenigstens halben Gerechtigkeit muß ihnen folgen. Was wird nun geschehen? Entweder werden die Gesellschaften nachgeben und das wird ein großer Sieg für die Sache der organisierten Arbeiterschaft sein. (Zwischenruf Rappoport: Nur der status quo!) Nein! Die Armee, die nach einer Niederlage das Schlachtfeld zurückgewinnt und ihre Gefangenen befreit, erlangt mehr als den status quo! Geben die Gesellschaften nach, so ist das eine weittragende Bekräftigung der Macht der Arbeiterklasse. Wenn die Gesellschaften aber widerstehen, so wird entweder die Regierung und ihre Mehrheit jämmerlich untergehen und wir bleiben einzig mit bewahrter Ehre zurück oder sie erhält die verlangten Waffen und dann wird ein Kampf zwischen der Republik und den monopolistischen Gesellschaften, eine neue Periode sozialer Entscheidungen ansetzen. Der Redner schließt mit einem Appell, im revolutionären, die Wirklichkeit wahrnehmendem Handeln dem Geiste Baboeufs treu zu bleiben. Minutenlanges sich wiederholendes Beifall der Parteitage-mehrheit folgt der Rede.

Nachmittagsitzung.

Die Diskussion über den Fraktionsbericht — in Wirklichkeit zieht sie allerdings eine Menge anderer Gegenstände in ihren Bereich — dauert fort. Prof. Edgar Richaud-Rhône, ein Spezialist für die Fragen der Staats- und Gemeindegere, beantragt eine Resolution für die allgemeine Verstaatlichung der Bahnen. Guesde und seine Freunde sind gegen eine Erörterung dieser Frage, die nicht auf der Tagesordnung stehe. Die Unterbrechungen nehmen einen sehr stürmischen Charakter an und der Redner schließt im Kärm unter andauerndem demonstrierendem Beifall der Mehrheit.

Der Ministerialismus unmöglich.

Bailiant bestätigt, daß noch niemals die Fraktion unter sich und mit der Partei so einig war. Wir alle wissen, daß jede Regierung die Geschäftsführerin der Kapitalisten ist (Beifall, besonders bei den Guesdisten) und die so notwendige Anpassung an die gegebenen Situationen uns nicht in Widerspruch mit unseren gegen den Staat und den Kapitalismus gerichteten Ideen bringen darf. Man hat vom Ministerialismus gesprochen. Aber seit Amsterdam sind wir mit ihm fertig. (Donnernder Beifall, an dem sich auch die Umgebung Jaurès: Renaudel, Albert Thomas u. a. beteiligen.) Dieses Experiment wird sich nicht mehr wiederholen. Nicht nur die Alten der Bewegung, auch die Jungen sind darüber einer Ansicht. Kein Ministerialismus ist mehr möglich. (Minutenlanges Beifall, besonders demonstrativ bei den Guesdisten.)

Compère-Morel bringt eine Resolution in diesem Sinne ein. Renaudel ruft: Das steht schon im Einigungspakt!

Pressens' spricht über den Proporz und wendet sich gegen das „Apparentement“, das im schärfsten Widerspruch zu unseren Anschauungen stehe. Wir wollen den Konfusionsismus, diese ärgste Plage der französischen Politik, beseitigen und die Parteien organisieren. Das Apparentement würde aber die üblen Sitten des zweiten Wahlgangs schon vor den ersten verlegen. Ich frage mich, ob einem System, das das Apparentement mit Listenpanaschierung vorzieht, nicht die einstweilige Aufrechterhaltung des heutigen Systems vorzuziehen ist. Wenn erst einmal eine Reform gemacht ist, vergeht vielleicht ein Menschenalter, bis es zu einer neuen kommt.

Groussier, der Berichterstatter der Wahlreformkommission der Kammer erwidert: Das Apparentement ist immer noch besser als das jetzige Wahlssystem. In Belgien, wo sie das gute System des Proporztes herrschen glauben, gibt es fast überall Wahlkollaterale.

Sembat will eine Kampagne gegen das Apparentement. Sollte aber die Frage im Parlament praktische Bedeutung bekommen, so soll die Fraktion im Einvernehmen mit dem Parteivorstand die Entscheidung treffen. Nehmen wir jetzt schon das Apparentement an, so läßten wir die Bewegung dagegen, lehnen wir es bedingungslos ab, so nähren wir vielleicht denen, die auf das gefährlichste aller Systeme, das Listenstratagem, lauern.

Guesde wendet sich in einer scharfen Rede gegen den Antrag, die von Richaud beantragte Resolution in der Kommission zu verhandeln. Ueber die Frage der Rationalisation hat keine Föderation diskutiert. Keine Kommission kann sich den Föderationen und dem Parteitag substituieren. Ich fordere Rückverweisung an den nächsten Parteitag. Man fordert die Rationalisation im Interesse der Eisenbahner. Dasselbe Recht haben aber auch die Textilarbeiter usw. Man fordert ja auch die Verstaatlichung der Bergwerke. Wo aber sind die nötigen Milliarden vorhanden? Wir

sind nicht eine Partei des Rücklaufs, sondern eine Partei der Expropriation. (Beifälliger Beifall.) Dazu kämpfen wir um die politische Macht. Der Rücklauf dient oft nur der Bereicherung der Kapitalisten. Ich begreife, daß die Kapitalisten es vorziehen, sich heute auszulassen, statt sich später enteignen zu lassen. Uebergeben wir die Angelegenheit regelrecht den Föderationen und ersparen wir uns Manifestationen für etwas, was manchen Kapitalisten sehr zupass käme.

Jaurès: Nicht die Kommission soll ja das letzte Wort sagen, sondern der Parteitag. Dies aber erscheint mir wohl am Blähe. Erstens, weil die Debatte über die kommunale Regie ohnehin die Frage der öffentlichen Dienste aufrollen wird. Zweitens aber ist die Fraktion oft gezwungen, Stellung in Fragen zu nehmen, die noch nicht von einem Parteitag diskutiert sind. Niemand wird die sofortige allgemeine Rationalisation der Bahnen verlangen. Wir müssen aber entscheiden, wie wir uns bis zu dem Tag, wo wir die kapitalistische Gesellschaft expropriieren, zu verhalten haben. (Guesde: Wenn Sie sie ausgekauft haben, können Sie sie nicht expropriieren!) Gerade weil die Frage schwierig ist und weil sie im Parlament praktische Bedeutung bekommen kann, muß der Kongreß Stellung nehmen. In einem Jahre kann die Fraktion den Parteitag vor ein fait accompli gestellt haben.

Compère-Morel wendet sich gegen Jaurès' Antrag, die Resolution Richauds der Kommission für municipale Regie zuzuweisen. Wir haben kein Mandat für diese Frage mitzubekommen. Stellen wir — der Parteitag — nicht die Partei vor ein fait accompli! Der Fraktionsbericht wird einstimmig genehmigt.

Internationales Bureau.

Bailiant erlattet den Bericht und gedenkt besonders der Haager Konferenz der niederländischen und belgischen Genossen und der geplanten österreichisch-italienischen Manifestation.

Louquet meint, auch wenn man nicht in die Uebertreibung der englisch-deutschen Konfliktgefahr versalle, müsse man eine Aktion des Proletariats namentlich im Hinblick auf die mögliche Rückkehr der englischen Konservativen zur Macht wünschen. Auch in der Marokkofrage sei der Stuttgarter Ententeschluß für Frankreich und Spanien anzuwenden.

Lafargue fragt, ob der internationale Sekretär Huchmans mit dem „Flammgenet“ identisch sei, der den Völkern nahe. Bailiant erwidert, daß Huchmans nicht gegen die französische Kultur, sondern für Rechte der Völkern, die er für gerecht halte, kämpfe und beruft sich auf das Zeugnis des Wallonen Demblon aus Lüttich, der ihm beim neulichen Besuche der belgischen Bürgermeister in Paris Auskunft gegeben hat.

Sembat meint, man müsse sich wohl etwas mit dieser blämischen Agitation beschäftigen, worauf Bailiant repliziert, daß Sembat als Sekretär der interparlamentarischen Konferenz Gelegenheit zu weiteren Erörterungen habe.

Der Bericht wird einstimmig genehmigt und hierauf die Sitzung geschlossen.

Kongreß der belgischen Sozialdemokratie

Brüssel, 17. April. (Eigenbericht.)

Der 28. Jahreskongreß der belgischen Arbeiterpartei erhielt ebenso wie der letzte Parteitag seine Phyfiognomie durch die Diskussion einer Frage taktischer Natur. Die Vorlage des liberalen Schulprojekts in der Kammer hat im sozialdemokratischen wie im liberalen Lager eine ungeheure Gärung hervorgerufen und hier wie dort wird die Anspannung aller Kräfte gefordert, um das verhängnisvolle Attentat abzuwehren.

Es muß dabei gesagt werden, daß die belgischen Liberalen, für die die Entwicklung hierzulande noch nicht abgeschlossen liegt, mit den blutlosen und feilen Liberalen Deutschlands schlechthin nicht zu vergleichen sind. Sie treiben hier noch ihre Wurzeln im Bürgerstum; sie haben ihre Organisationen, ihre „Coursen“ sogar, wenn man will; sie gehen fleißig in Versammlungen und sind darum weniger volkstremd, als etwa das liberale Koliber des schwarzen blauen Bloks. Die letzten Wahlen haben sie sogar als vordringende Partei gezeigt und auch im jetzigen Kampf gegen die Schulvorlage beweisen sie Schwung und Fleiß. Daß allerdings Temperament und Aktivität der Liberalen zu neun Zehnteln von dem Ehrgeiz und der Ungebild, an die Macht zu kommen, gespeist werden, ist eine andere Sache. Wie die Dinge nun in Belgien liegen, hat die politische und parlamentarische Situation die Parteien der Linken besonders in der letzten Zeit öfter zum gemeinsamen Ansturm gegen die liberale Regierung zusammengeführt und eine Parallelität des Kampfes ergeben, die wie im Falle der Protestmanifestation in Charleroi (es handelte sich um die von der Regierung verweigerte Anerkennung des Defensivrechts für die Lehrseminare des Hennegau) zu einer

Nähe machen und überläßt die Sache der privaten Initiative. Es scheint demnach auch hier mit dem stolzen Wort von Deutschland, das in der Welt voran marschiert, seine eigene Bewandnis zu haben!

Wieviel Einwohner hat China? Dieses an Naturschönen ungemein reiche Land, in dem dank der kulturellen Rückständigkeit und schlechten Verwaltung die Mehrzahl der Bevölkerung an ständiger Hungersnot leidet, beherbergt in seinen Grenzen rund ein Viertel des gesamten Menschengeflechts. So lautet das Ergebnis der ersten genauen Volkszählung, die 1910 in China von militärischen Gesichtspunkten aus vorgenommen wurde. Allerdings kann man von der Genauigkeit dieser Volkszählung nur in sehr bedingtem Sinne reden, denn die chinesische Bevölkerung brachte in diesem Falle, wie immer, den administrativen Organen ein unverhofftes Mißtrauen entgegen und hat vielfach die richtigen Angaben betweigert. Außerdem kann man auch die wissenschaftlichen Methoden der chinesischen Statistik nicht allzu hoch bewerten. Jedenfalls aber besitzt auch diese Zählung, so unvollkommen sie sein mag, ein großes Interesse als erster Versuch, die viel umstrittene Frage über die chinesische Bevölkerungszahl auf dem Wege der modernen Statistik zu lösen. Demnach beträgt die Gesamtbevölkerung Chinas 449 214 000 Köpfe. Auf einzelne Provinzen verteilt sie sich wie folgt: Mandchurie 17 Mill., Tschili 29,4 Mill., Schantung 38 Mill., Szu-huan 70,5 Mill., Ju-nan 22 Mill., Gu-pej 34 Mill., Kiang-si 24,5 Mill., An-hui 36 Mill., Kiang-su 23,9 Mill., Tsched-kiang 11,8 Mill., Fuh-ken 30 Mill., Canton 32 Mill., Kan-si und Jun-nan je 8 Mill. und fünf Provinzen: Shan-si, Ho-han, Chen-si, Kan-su und Kwei-tschou zusammen 55 Mill. Einwohner.

Frei dich mager! Diesen erstaunlichen Rat gibt ein kleiner Arzt seinen fettlichen Zeitgenossen. Und seine Theorie hat nicht etwa in einem vagen „Amerika“, sondern in Paris das Licht der Welt erblickt. In der letzten Sitzung der dortigen medizinischen Akademie legte Dr. Robin dar, daß die Fettsucht durch nichts besser bekämpft werden könne als durch häufiges und ausgiebiges Essen. Er empfiehlt den Dicken, am Morgen mit kaltem Braten oder Fisch anzufangen, warmes aromatisches Wasser und ungezuckerten Tee dazu zu trinken und hiernach eine halbe Stunde spazieren zu gehen. Um 10½ Uhr nehme man ein kleines Gabelstrüßchen, z. B. zwei Eier, und gehe wieder 30 Minuten spazieren. Für Mittag ist eine große Mahlzeit mit beliebiger Zusammenfügung empfohlen, nur vermeide man, mehr als 40 bis 50 Gramm Brot zu essen, und ersehe es wemöglichst ganz durch Salat. Wasser bzw. Tee und Spaziergang wie oben. Um 4 Uhr ein Weipertimbik, um 7 Uhr Abendbrot. Man hätte sich aber vor Sauten! Dr. Robin hat nach dieser Methode einen 52jährigen Mann von 130,9 Kilogramm Gewicht in 90 Tagen um 30 Kilogramm erleichtert. Sie ist aber, wie man sieht, nur bei wohlhabenden Leuten anwendbar, die auch Zeit zum Spazieren haben. Fettsüchtigkeit wird zur Proletarierkrankheit.

Kleines feuilleton.

Die Wiederkehr des Frühlings nach dem 14 Tage dauernden Winterfall ist während der Ostertage erfolgt und hat sofort zu einer ganz beträchtlichen Steigerung der Temperaturen geführt, ähnlich der rapiden Erwärmung, wie sie die letzten Wintertage so unermittelt gebracht hatten. Nachdem schon Ostermontag das Thermometer an einzelnen Orten 20 Grad überschritten hatte und zu Frankfurt am Main 23 Grad Celsius erreicht waren, erhob sich Dienstag das Quecksilber fast im ganzen Lande weit über 20 Grad hinaus. Berlin und viele andere Orte hatten mittags 23—25 Grad Wärme; im Westen und Nordwesten des Landes, zum Teil auch in Mitteldeutschland, wie in Dresden, lagen Dienstag bereits die Morgentemperaturen 12—13 Grad über Null. Bemerkenswert bei dieser Erwärmung war die ungewöhnlich geringe relative Feuchtigkeit der Luft; diese betrug z. B. Dienstag mittags in Berlin nur 23 Proz., ein ungewöhnlich geringer Wert, der selbst im heißesten Sommer nur selten registriert wird. Den früheren Anlaß zu der Umgestaltung der Wetterlage gab das Erscheinen eines neuen, tiefen Wirbels im hohen Norden Europas, dessen Minimum unter 737 Millimeter Tiefe Sonnabend im nördlichen Skandinavien lagerte. Während dieser Wirbel unter ziemlich lebhaften Westwinden ostwärts wanderte, drang auch gleichzeitig das atlantische Maximum endlich ostwärts vor. Westlich von Irland ist Dienstag ein neues tiefes Minimum erschienen, das in Wechselwirkung mit dem östlichen Hoch Winde aus südlichen Richtungen verursachte. Bei seiner Annäherung an den Kontinent dürften die Temperaturen noch weiter steigen, worauf zunächst im Südwesten des Landes, später auch in Nordwest- und Mitteldeutschland verbreitete Wärmegewitter zur Entladung kommen werden.

Reinhardt auf Reisen. Herr Reinhardt entwickelt sich immer mehr zu einem Universalregisseur und Bühnenunternehmer größten Stils. Im Münchener Künstlertheater wird er diesen Sommer als Operettenregisseur auftreten. Inzwischen aber beghäftigt er die östlichen und nördlichen Völker mit seinem Zirkus-Dedipus. Nach einem längeren Verweilen in Petersburg ist er jetzt in Stockholm „reformatorisch“ tätig.

In Petersburg hat die in Berlin maßlos überschätzte Zirkusregieat künstlerisch keinen besonderen Eindruck gemacht. Es wird darüber berichtet:

Der Zirkus Cimelli war trotz der selbst für unsere Verhältnisse enorm hohen Preise sehr gut besucht. Die künstlerische Ausbeute freilich war geringer; es war im wesentlichen der Erfolg einer ungewöhnlichen Sensation, nicht aber einer zwingenden künstlerischen Tat. Wenn Moissi nicht die Dedipusrolle gespielt hätte, wäre das Gastspiel wohl kaum auf sechs Abende gekommen, da die übrigen Darsteller nach russischen Begriffen zur sogenannten dritten Garnitur

gehören. Die Petersburger Kritik anerkennt die Regiekünste Reinhardts, verschweigt aber nicht, daß diese Künste den Eindruck des Gemachten hervorrufen und Stimmungswerte erzeugen, die nicht aus der Handlung fließen, sondern ausgefälscht seien und keinen Vergleich mit der delikaten Regiekunst unseres Stanislawski oder Mauerhold aushalten können, weil diese von jeder „brutalen Effekthascherei“ absehen und das Schwergewicht auf die ausgeglichene Einheitslichkeit der Darstellung verlegen, die bei Reinhardt vermist werden müßte.

Die maßgebende Kritik ist von Moissi entzündet, wenngleich sie erklärt, daß dieser wunderbare Darsteller den Dedipus auf den Kopf stellt, indem er ihn des Heroischen entleidet und einen modernen Neurotiker mimi. Die übrigen Darsteller tut die Kritik entweder mit einer abweisenden Handbewegung ab, oder sie gebraucht so harte Worte, als sie der russischen Kritik, die für Deklamation gar nichts übrig hat, zu Gebote stehen. Sehr energisch und zielbewußt sind die Ausstellungen, die man hinsichtlich der nichts weniger als schönen Kostüme und sonstiger Ausstattung gemacht hat. Unverständlich bleibt es den Petersburger Theaterfreunden und Kritikern, wie man sich mit „einer ganz mittelmäßigen Truppe, aus der nur die künstlerische Persönlichkeit Moissis sich hoch hervorhebt“, in fremde Lande gehen kann. Das Urteil der russischen Kritik geht dahin, daß in der Reinhardt'schen Inszenierung viele interessante und brauchbare Momente enthalten sind, namentlich bewundert man seine geniale Verwendung bewegter Massen; doch man sieht in ihr nicht den Ausgang einer neuen deutschen Bühnenkunst, sondern den Gipfelpunkt des Verfalls oder, wie man hier sagt, der Dekadenz. Inponiert hat Reinhardt den Russen nicht, eher hat er sie verblüfft.

Ueber Fortschritte in der Rechtspflege — leider nicht in Deutschland — wird in „O. Groh' Archiv für Kriminal-Anthropologie“ (Bd. 41) berichtet. In Holland wurde in der letzten Zeit ein großer aufsehenerregender Prozeß, die sogenannte „Papendrechtse Strafsache“, (Papendrecht ist ein Dorf) verhandelt. Dabei ergab sich die Notwendigkeit, auch die Zeugen psychiatrisch und psychologisch zu untersuchen, was auch ausgeführt wurde. Die Ergebnisse der Untersuchung waren geradezu verblüffend. Mehrere Zeugen wurden für geisteskrank befunden, und einer davon entpuppte sich als Lucrulant. „Das Faktum müßten wir zur Nachahmung unserer Juristen niedriger hängen und besonders leigtere auf den geistigen Zustand eben des Zeugen hinweisen, der bei der Urteilsfällung das größte Unheil anrichten kann“ — bemerkt hierzu die zitierte Zeitschrift. Ob sie mit ihrer Anregung bei der deutschen Justiz Erfolg haben wird, ist sehr zweifelhaft. Auch auf eine andere nachahmenswerte holländische Einrichtung — Beobachtungsstationen für verbrecherische Minderjährige — wird in derselben Notiz hingewiesen. Die Stationen arbeiten in Holland mit bestem Erfolg; die deutsche offizielle Rechtspflege will sich aber damit keine

Gemeinsamkeit der Aktion führen. Es lag nach allem nicht fern, daß auch der Kampf gegen die Schulvorlage eine solche Gemeinsamkeit irgendwie fördern würde. Zu der Tat haben die Liberalen und sozialistische Fraktion gemeinsame Beratungen gepflogen und insbesondere Wanderinger hat die Taktik eines gemeinsamen Widerkampfes gegen das Schulprojekt mit großer Wärme verteidigt und durch eine in diesem Sinne gehaltene programmatische Rede in einem von den Liberalen veranstalteten Meeting sozusagen durch die Tat demonstriert. Die Tagesordnung, die Wanderinger als Berichterstatter über den Punkt „Wahlkampf und Schulvorlage“ dem Kongress vorlegte, empfiehlt dem auch die Taktik eines gemeinsamen Vorgehens und Zusammenwirkens mit den Liberalen zum Zwecke einer wirksamen und siegreichen Abwehr des liberalen Anschlages. Wenn aber der Parteitag einig in dem Einen war: daß um jeden Preis die Gesetzgebung des Schulprojekts verhindert werden muß, so schloß es andererseits doch nicht an Stimmern, die der Ansicht Ausdruck gaben, daß in einer solchen gemeinsamen Aktion mit einer bürgerlichen Partei Gefahren für die Autonomie der Partei liegen, die zur Trübung der Reinheit ihrer Kampfmethoden führen können. De Crouder und Meymans verwiesen dabei auf die vom letzten Kongress angenommene Tagesordnung, die verlangt, daß die Arbeiterpartei bei allen ihren Kämpfen ihren Klassenkampfcharakter zum Ausdruck zu bringen hat, gleichwie alles, was sie von dem Ziel und der Tätigkeit aller bürgerlichen Parteien scheidet und unterscheidet. Seit aber eine Kampfgemeinschaft mit dem aus einem prinzipiellen Gegner zum politischen Bundesgenossen gewordenen bürgerlichen Feind nicht voraus, daß man zumindest während der Dauer dieses Bündnisses die Angriffe und Feindseligkeiten ruhen läßt? Dies waren die Bedenken, die de Crouder und seine Freunde dem Kongress zu erwägen gaben und die sie veranlaßten, für die Tagesordnung Wanderingers Änderungen beziehungsweise Amendements vorzuschlagen. Nach der anderen Richtung hat die Diskussion über diesen Gegenstand auch gezeigt, daß nicht alles des Optimismus Wanderingers in bezug auf die Schlagkraft und Zuverlässigkeit der Liberalen teilt und manche Genossen von einem auf die eigenen Kräfte der Arbeiterpartei gestellten Kampf gegen das Schulprojekt einen nicht minder höheren Gewinn erwarten, der den Vorteil hätte, noch durch moralische Werte erhöht zu sein. Uebrigens soll von dieser Diskussion, deren Niveau ebenso erfreulich war wie der gemäßig-kameradschaftliche Ton der Redner beider Tendenzen, noch in anderem Zusammenhang gesprochen werden.

Der Kongress fand an den Osterfeiertagen im Brüsseler „Maison du Peuple“ statt. Vertreten waren 412 Gruppen durch 561 Delegierte. Auf Vorschlag Wanderingers wird einer der Senioren der Partei, Louis Bertrand zum Vorsitzenden gewählt. Auf der Tribüne sitzen der Parteivorstand und die Vertreter der regionalen Föderationen. In seiner Eröffnungsrede erinnert Bertrand an den ersten Kongress der belgischen Partei — vor eben 28 Jahren. Hundert Delegierte waren damals da, die kaum 4 Dutzend schwache Gruppen vertraten. Heute zählt die Partei 1100 Vereinigungen, die eine Zahl von 200 000 Mitgliedern repräsentieren. Als Blätter besaß die Partei bloß den blänkischen „Boezert“, der fünfmal wöchentlich erschien, und noch zwei Wochenblätter. Heute verfügt die Partei über acht Tagesblätter und 60 Blätter, die 14tägig, wöchentlich oder monatlich erscheinen. Im gleichen Maß sei der politische Einfluß der Partei gewachsen und die Arbeiterpartei hat ihre Vertretung in der Kammer, im Senat, in den Gemeinde- und Provinzvertretungen, und aller Fortschritt auf politischem und sozialem Gebiet ist ihr Werk. Die Arbeiterpartei hat im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien den Gedanken der gesetzlichen Regelung der Arbeit und eine Anzahl, freilich unvollkommener Arbeiterschutzgesetze durchgesetzt. Und die Sozialdemokratie selbst bietet dem aufstrebenden Arbeiter immer mehr geistige und moralische Mittel, sich zu entwickeln und der Gesamtheit zu dienen. Er schließt mit der Hoffnung, daß der Kampf der Arbeiterpartei gegen das Pluralwahlrecht und das Schulgesetz zum Sieg führen möge.

Der Kongress tritt in die Tagesordnung ein: Diskussion über die Verträge.

Der parlamentarische Bericht bringt zunächst Beschwerden über das Fehlen der sozialistischen Deputierten bei wichtigen Abstimmungen in der Kammer, wie z. B. letzten bei einer Abstimmung über einen Artikel des Gesetzes für die Bergarbeiterpensionen. Ein Genosse regte da eine Mißbilligung gegen die liberalen Abgeordneten an, von denen gleich 22 die Hälfte der Partei, fehlten. Diese Taten der Liberalen ständen nicht im Einklang mit den Worten einer Partei, die mit der Arbeiterpartei in den Kampf gegen die Regierung eintreten will. . . . Der Präsident bemerkte, daß es dem Kongress nicht zustehe, an die Deputierten einer anderen Partei ein Tadelvotum zu richten.

Beachtenswerte Ausführungen macht ein ältester Delegierter, Lebanc, über die unerspriechliche Form der parlamentarischen Arbeit. Er wünscht, daß von Seiten der Sozialisten mit etwas Weisheit vorgegangen werde und die Redner nach Vereinbarung das Wort ergreifen. Der Berichterstatter, Deputierter Banters, beklagt gleich ihm das Uebel, dem nur zu seinem sei, wenn das Prinzip der Arbeitsteilung und Disziplin in der Arbeit der Fraktion sich durchsetzen. Es müssen aber auch die Wählermassen dahin erzogen werden, die Lässigkeit ihres Vertreters nicht nach der Länge und der Häufigkeit der Reden abzumessen, dann werden Reden, die nur Wiederholungen sein können, verschwinden und nützlicherer interner Arbeit werden.

Wael stellt die Frage der „Poirage“, gegen die sich die sozialistische Meinung schon öfters erhoben hat, zur Diskussion. Im belgischen Parlament ist es Sitte, daß Abgeordnete, die verhindert sind, an einem Votum teilzunehmen, mit einem Mitglied der gegnerischen Partei eine Vereinbarung treffen, damit dieses sich der Stimme enthalte. Diese Vereinbarungen, die für geheime Fälle von Vorteil sein können, haben sich aber zu einem unerhörten Mißbrauch entwickelt, zumal die „Poirage“ aus den niedrigsten Gründen geübt wird. Wael verlangt ein diesbezügliches Verbot des Parteitag, Wanderinger hält dafür, daß man nicht zu einem direkten Verbot schreiben soll, weil auch die Sozialisten dadurch zu Schaden kommen könnten. Es möge dem Kongress ein Protest gegen die mißbräuchliche Anwendung genügen. Andere Redner, insbesondere Deputierter Delporte, lehnen die „Poirage“ auch aus prinzipiellen Gründen ab. Die Auforderung zur „Poirage“ sei eine Befälligkeit, und wenn man von einem Gegner diesen Dienst verlangt, sei man zur Reziprozität verpflichtet — ein Einwand, dessen Vermeidung Wanderinger allerdings bestreitet. Der Antrag Wael auf Verbot der „Poirage“ wird mit großer Majorität angenommen, beglichen der Vorschlag Lebancs, der auf eine wirksame Organisation der parlamentarischen Arbeit zielt.

Aus Industrie und Handel.

Ein feudaler Reinsfall. Die unadeligen Namen der Fürsten Fürstenberg, Hohenlohe, Hengel v. Donnersmarck und anderer bedeuten für den modernen Großkapitalismus ein Programm. Die Mehrzahl der agrarischen Grundbesitzer hat in Deutschland schon längst mit der wirtschaftlichen Entwicklung seinen Frieden gemacht und einen großen Teil ihres Vermögens in der Industrie angelegt. Das Passage-Kaufhaus in der nördlichen Friedrichstraße ist ein Stück vermittelte Finanzpolitik der Fürsten Fürstenberg und Hohenlohe. Da haben sie allerdings weniger Freude gehabt als an anderen Transaktionen. Es sind jetzt rund zwei Jahre her, daß der mächtige Warenhausbau als Sammelhaus für Detailgeschäfte, eröffnet wurde. Der offizielle Gründer des im Aufwandsstil und deswegen außerordentlich teuer gebauten Hauses war die Terrain- und Baugesellschaft, in der die Interessen der fürstlichen Herren stark vertreten waren. Das Kaufhaus Neuburger, damals noch mit sämtlichem Vertrauen beehrt — heute ist's bankrott — betrieb die finanziellen Vorgeschäfte. Die bekannte Firma Marxweiler gab den Grund und Boden her. Sie erhielt rund vier Millionen Mark dafür. Die Kaufirma Postau u.

Anauer übernahm den Bauauftrag. Die Hauptanteileigner dieses Bauunternehmens waren die Deutsche Ent. resp. ihre bergisch-märkische Tochtergesellschaft und die Darmstädter Bank. Die mit übernommene Verpflichtung der Bau-Terraingesellschaft, 7 1/2 Millionen Mark Baugelder heranzuführen, zumal in der damals sehr gespannten Geldlage, war das Sprungbrett, auf dem die Deutsche Ent. in ihr die Macht gewann, eine Verschmelzung mit der Kaufirma Postau u. Anauer durchzuführen. Fürstenberg wurde somit seinem Aktienbesitz an Bau- und Terrainaktien dem Bankier Neuburger untreu, die Deutsche Ent. übernahm die Führung. Nach manderlei Laborieren stieß das Detailgeschäftslaufhaus endgültig. Das Ausschüßgeschäft, das für den Bau des Hauses notwendig war, wurde ja auch nicht mehr gebraucht. Zur rechten Zeit zankten sich die Brüder Wertheim. Damit war ein neuer Name gefunden, der die im Warenhaule stehenden Werte erhalten konnte. Es ist seitdem aber anders geworden. Die Gewinne der B. Wertheim G. m. b. H. blieben aus und die Terrain- und Baugesellschaft, mit anderen Worten die Palastinabank der Fürsten interessierten muß fortgesetzt Geld zuschießen. Die Deutsche Ent. hat sich als kluge Geldgewerin für die von ihr übernommenen Schuldverrichtungen der Terrain- und Baugesellschaft von den Fürsten selbstschuldnerische Bürgschaften geben lassen. Wertheim ist schon seit dem Juni vorigen Jahres nicht mehr der wirkliche Inhaber des nach ihm benannten Kaufhauses, dafür hat es aber allein 1910 5,6 Mill. Mark Kredit gebraucht und damit momentan einen Gesamtkredit — allein bei den fürstlichen Freunden — von rund 14 Millionen erreicht. Die auf dem Grundstücke lastenden Hypotheken übersteigen schon beträchtlich den Wert des Grund und Bodens und des ganzen Bauwerks, sogar dann noch, wenn man die Feuerlasseneinschätzung zu Grunde legt. Das schadet aber alles nichts. Die Geschäfte der Warenhausfirma Wolf Wertheim gehen fröhlich weiter. Ueberall ist man fleißig am bauen. Es wird solange gehen, als die Fürsten Kredit geben, und wenn es nicht mehr geht, nun dann haben wir einen Bankrott und dazu noch einen gründlichen Krach mehr.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht in französischer Beleuchtung.

Ueber die politische Gleichberechtigung von Mann und Frau veröffentlicht Fernand Mazade in den „Documents du Progrès“ eine Enquete und fügt hinzu:

„Der produziert, muß auch die Bedingungen seiner Produktion diskutieren dürfen, und es ist unbillig und unlogisch, den sieben Millionen Frauen, die durch ihre Arbeit jährlich für mehr als drei Milliarden zum Nationalreichtum beitragen, das Recht zu weigern, diejenigen zu wählen, die in der Gesetzgebung die Bedingungen dieser Arbeit regeln. Die Frauen, die Steuern bezahlen, müssen das Budget kontrollieren dürfen.“

Marcel Proust schreibt:

„In keinem Lande der Welt ist die Majorität der Frauen feministisch gesinnt, einhundertundzwanzig Jahre nach der französischen Revolution.“

Als Verächterinnen des politischen Rechts begeben die Frauen denselben Irrtum wie die Wähler, die sich ihres Wahlrechts enthalten, die aus Absehen vor den Kleinigkeiten der herrschenden Politik darauf verzichten, zu wählen.

Das heißt ins Wasser springen, um dem Regen zu entgehen, denn jede Stimmenthaltung aus Verachtung vermehrt die Kraft der Verachteten.“

Maurice Barrès sagt:

„Wenn die Frauen das Stimmrecht haben, werden sie es ebenso verdienen haben wie drei Viertel der Männer.“

Er sieht kein ernstliches Hindernis für das allgemeine Wahlrecht der Frauen. — Alfred Fouillée denkt, daß die Frauen zu politischer Kompetenz gelangen werden. Deschanel und Clarelle sprechen sich kategorischer für das Frauenstimmrecht aus. Paul Viollet äußert als Historiker, daß das Frauenstimmrecht keine Neuerung ist. Es fährt uns einfach auf alte Gebräuche zurück.

In den ersten Jahrhunderten des Mittelalters sprachen Frauen Recht, andere regierten. Frauen waren Bürgermeister, Schiedsrichter und nahmen teil an politischen Versammlungen. Im Jahre 1315 tagte Mahant, Gräfin von Artois mit den Pairs. 1378 wählten zwei Pairsessen den Parlamentspräsidenten bei.

1496 war Mlle. Dorval Mitglied der provincialen Staaten von Limousin. 1808 vereinigten sich die Frauen aus dem Volke von Ferriers mit den Männern, um die Deputierten für die Generalstaaten von Tours zu ernennen. Im Jahre 1860 und 1878 nahmen sie teil an verschiedenen Versammlungen für die Wahl der Generalstaaten. 1812 zur Abfassung der Gemeindegartel usw.

Laut Dekret vom 28. Oktober 1793 schlossen sich die Wittwen, die Familienmütter waren, den Familienvorständen und Vormündern an, um die Ernennung des Gemeindegartel zu bewerkstelligen. Ein Dekret vom 10. Juni 1793 bewilligte den Frauen dasselbe Recht wie den Männern in bezug auf Abstimmung der Frage der Verteilung von Gemeindegarteln. Paul Viollet kommt zu dem Schluß:

„Wenn die Natur der Frau sich seit hundert und etlichen Jahren nicht sehr schärfen verändert hat, wenn ihre Intelligenz nicht geringer wurde, so ist es nur natürlich, ihr die Rechte zuerkennen, die Papst Innocenz IV. ihr im 13. Jahrhundert zugestanden und die sie im Jahre 1793 noch nicht völlig eingeblüht hatte.“

Jedoch hoffe ich, daß man die Grenze politischer Reife nicht auf das 14. Lebensjahr verlegt, wie Innocenz IV. es tat.“

Ch. Dumas, der sozialistische Abgeordnete, gibt seine Meinung in folgender Erklärung ab:

„Wenn man will, daß die Frau aufhöre die ewige Sklavin der Unwissenheit zu sein, so muß man sie teilnehmen lassen an dem heiferen Leben der Nation und der Städte“. . . . Im Anfang des dreizehnten Jahrhunderts stand das politische Recht der Frau höher als bei uns im zwanzigsten Jahrhundert! Während damals der Papst Innocenz IV. die Teilnahme der Frauen an der Politik anerkannt hat, nimmt der deutsche Kaiser bekanntlich eine gegenteilige Stellung ein und stützt dadurch die Reaktion in ihrem Bestreben der politischen Entrechtung der Frau. Die Frauen haben am 19. März gezeigt, wie sie über die kulturwidrigen Bestrebungen denken. Aber der Protest der Frauen, der sich bei der nächsten Reichstagswahl bemerkbar machen wird, soll unserer blau-schwarzen Reaktion noch ganz anders in die Ohren klingen.“

Lesende.

Bohnndorf. Heute abend 8 1/2 Uhr in „Villa Kohl“: Vortrag der Genossin Friedländer. Berlin über: „Warum müssen sich die Frauen politisch organisieren“.

Steglich. Freitag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Heilmann, Flor., Ede Dänkerstraße: Vortrag der Genossin E. Wiffel über: „Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Organisation“. Vereinsangelegenheiten.

Gerichts-Zeitung.

Der Kampf gegen Wilder.

Auch in der Osterwoche ist die Liste derjenigen Händler, gegen die wegen Verbreitens unächtiger Wilder und Scherzartikel gerichtliche Anträge erhoben wurde, nicht unwesentlich vermehrt worden. U. a. ist gegen den Hauptvertreiber der sogenannten „Pariser Salon-Postkarte“ im objektiven Verfahren vorggegangen worden. Das Gericht erkannte auf Einziehung der in großer Menge beschlagnahmten Postkarten, die als Reproduktionen von Bildern des Pariser Salons eine weite Verbreitung fanden. In

derselben Sitzung der Strafkammer wurde die Einziehung von 5000 Postkarten der sogenannten „Pariser-Serie“ verfügt. In diesem Falle wurde der Verbreiter zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Ferner nahm das Gericht Veranlassung, über 34 Postkartfiguren, Scherzfiguren, Fischbein u. dergl. die Einziehung zu verhängen. Die beiden Kaufleute, die diese Artikel feilschten, wurden zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt. Endlich wurden in Düsseldorf auf Grund eines rechtskräftigen Urteils einer Berliner Strafkammer 5500 Exemplare der Postkarte „Keine Fleischerei“ beschlagnahmt.

Ein gewerbmäßiger Geldstranknader.

der sich durch einen mit großer Kaltblütigkeit verübten Trick à la Hennig der Festnahme auf frischer Tat entzogen hatte, wurde gestern von der 7. Strafkammer des Landgerichts I auf längere Zeit unschädlich gemacht. Wegen versuchten schweren Diebstahls im strassbüchsenden Rückfalle mußte sich der „Reisende“ Hermann Scharnowsky verantworten. — Der Angeklagte ist der Berliner Kriminalpolizei seit vielen Jahren als gewerbmäßiger Geldstranknader bekannt. Vor mehreren Jahren wurde er nach Verübung eines großen Einbruchs plötzlich geisteskrank und erreichte damit auch, daß er auf Grund des § 31 freigesprochen wurde. Er wurde damals als gemeingefährlicher Geisteskranker der Irrenanstalt Herberge überwiesen, wo er fünf Jahre lang interniert wurde. Da ihm wohl allmählich die Ueberzeugung gekommen war, daß er seine Situation nur verschlechtert hatte, wurde er plötzlich wieder gesund. Vorher hatte er schon einmal einen Ausbruchsdurchlauf aus einer anderen Irrenanstalt unternommen. — Am 6. Februar d. J. einem Sonntage, gegen 7 Uhr abends, bemerkte die in einem Hause der Leipziger Straße als Haushälterin beschäftigte Frau Amlang einen Mann, der sich an der Tür der Bureauräume des Justizrats Rippmann-Wulff in verdächtige Weise zu schaffen machte. Sie hatte die Geldstranknaden, eine Verbindungstür schnell abzuschließen, so daß der Verdächtige in der Halle saß. Frau A. alarmierte sofort die Polizei und bald erschienen drei Schutzleute und ein Kriminalbeamter, um den Eindringler zu verhaften. Auf der Treppe kam ihnen ein Mann in Hemdkärmeln entgegen, der den Schutzleuten zurief, daß die Eindringler noch oben wären. Die Beamten ließen den Mann ruhig seines Weges gehen, in der Meinung, daß es ein Ausbrecher oder eine in dem Hause beschäftigte Person sei. Später mußten sie zu ihrem Leidwesen erfahren, daß es der Eindringler selbst gewesen war, der sie in dieser Weise täuselt hatte. Der Frau A. wurde dann das Verbrechensalbum vorgelegt, aus welchem sie den Angeklagten Scharnowsky als den Täter wiedererkannte. Als diesem die am Tatorie vorgefundenen Einbrechertwerkzeuge, darunter eine Bohrmaschine und sog. „Anabberer“, welche zum Aufreißen der Stahlwände der Geldstranknaden dienen, gezeigt wurden, behauptete er, daß er diese Werkzeuge zwar kenne, aber mit dem Diebstahl nichts zu tun habe. Die Werkzeuge gehörten einem gewissen Hauch, der als Geldstranknader bekannt sei. Mit dieser Angabe hatte Sch. aber Pech, denn es ergab sich bald, daß dieser Hauch im Zuchthaus saß, also gar nicht als Täter in Frage kommen konnte. Außerdem wurde Sch. auch von der Frau A. mit aller Bestimmtheit wiedererkannt. — Der aus dem Zuchthaus vorgeführte Hauch, der von dem Angeklagten der Tat beschuldigt wurde, erklärte vor Gericht, daß er zweifelslos angeklagt und verurteilt worden wäre und er es als ein weisses Wied betraute, daß er im Zuchthaus gefessen habe. — Der Angeklagte wurde für völlig überführt angesehen und dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu 3 Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Umfangreiche Hausdiebstähle

hat der ehemalige Diener des Unterstaatssekretärs Stenrich, herrschaftlicher Diener Robert Hührik, der gestern unter der Anklage des wiederholten Diebstahls vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I stand, ausgeführt. Hührik war vom 1. April 1910 an bei dem Unterstaatssekretär Stenrich im Hause Alsenstraße 10 angestellt und genoss als Diener ein großes Vertrauen. Mitte Dezember u. J. verließ der Unterstaatssekretär und übergab dem Angeklagten u. a. auch die Schlüssel zum Wäffelt, in welchem die silbernen Besteck und das silberne Tafelgerät aufbewahrt wurden. Am 15. Februar d. J. sah sich der Koch Jaim genötigt, den Angeklagten wegen seines ausdauernden Lebens zu entlassen, und nun stellte es sich heraus, daß Hührik die Gelegenheit benutzte hatte, um unter den Silberfachen seines Herrn eine „fürchterliche Musterung“ zu halten. Es fehlten zwei Dutzend silberne Messer und Gabeln, 9 silberne Teelöffel, ein silbernes Salatbesteck, ein Fischbesteck und andere Sachen. Der Angeklagte hat alle diese Dinge teils verkauft, teils versteht. Hührik hat sich aber hiermit nicht begnügt, sondern auch noch andere Diebstähle im Hause Alsenstraße 10 ausgeführt. So wurde dem dort wohnenden Postwärtler Werner ein Versteckspiel im Werte von 500 M. vom Boden gestohlen, der Kommerzienrat Selberg hatte den Verlust von 30 Flaschen Sekt zu beklagen. Auch in diesen Fällen mußte der Angeklagte die Täterschaft zugeben. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis.

Der Prozeß gegen den Naturheilkundigen Paul Wiseloh, der sich vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I wegen Betruges in mehreren Fällen verantworten sollte, ist in letzter Stunde einer Vertagung anheimgefallen, da von einem der Prozeßbeteiligten ein Antrag eingegangen ist, nach welchem dessen Erscheinen wegen Krankheit unmöglich ist. Ein neuer Termin ist noch nicht wieder angelegt.

Aus aller Welt.

Wie die Junker das Land verfeuchten.

Mit frommem Augenaufschlag versehen unsere Agrarier, daß nur die Sorge um die Gesundheit des deutschen Volkes sie zwingt, die Sperrung der Grenzen gegen die Einfuhr ausländischer Viehes zu verlangen. Die dadurch bedingte Steigerung der Fleischpreise sei eine unangenehme Begleiterscheinung, die aber im Interesse der Gesundheit mit in Kauf genommen werden müsse. Wie besorgt unsere Agrarier um die Erhaltung der Gesundheit des Volkes sind, erhellen folgende Meldungen:

Waltenried, 15. April. Schwarze Boden. Auf der Domäne Wiedigshof sind dieser Tage die russisch-polnischen Arbeiter eingetroffen. Gestern starb ein Kind an schwarzen Boden.

Wassdorf, 15. April. Die schwarzen Boden. Unter Wodenwerdacht erkrankte hier eine aus Galizien stammende Arbeiterin. Sie wurde sofort auf Anordnung des Amtsarztes dem Krankenhaus Eddien überwiesen, wo der Ausbruch der Woden durch den Kreisarzt festgestellt wurde.

Stahfurt, 15. April. Schwarze Boden. Bei einem nach Förderstedt zur landwirtschaftlichen Arbeit gekommenen polnischen Mädchen sind die schwarzen Woden festgestellt worden. Das Mädchen fand sofort Aufnahme im hiesigen Krankenhaus.

Gängerode, 15. April. Woden. Bei einem hier zugezogenen ausländisch-polnischen Saisonarbeiter sind die Woden ausgebrochen. Sämtliche Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. Der Erkrankte ist nach dem Krankenhaus in Wleherode geschafft.

Dieselben Herren, die nicht laut genug über die Gefährdung der Gesundheit durch den Genuß ausländischen Fleisches selern können, importieren durch ihre Agenten Tausende ausländischer Arbeiter, die ohne eine genügende Kontrolle bei der Ueberföhrung der Grenzen eine ungeheure gesundheitliche Gefahr darstellen. Aber die Junker haben die Macht und nähren sie rücksichtslos aus, bis — eine andere stärkere Macht ihnen die Klins der Gesetzgebung aus der Hand schlägt. Hoffentlich liegt dieser Tag in nicht allzu fernem Zukunft.

Auf der Reise verhungert und erfroren.

Wie aus Ottawa (Kanada) telegraphiert wird, sind vier Polizeioffiziere des Fort Mac Pierson auf einer Reise elend verhungert und erfroren. Die vier Offiziere begaben sich am 22. Dezember mit drei Hundeschlitten vom Fort Mac Pierson nach Dawson City. Etwa 300 englische Meilen vom Fort Pierson entfernt überraschte sie ein Schneesturm. Erst jetzt wurden sie infolge der Nachforschungen auf der Strecke verhungert und erfroren aufgefunden.

Strandung eines portugiesischen Postdampfers.

Wie ein Telegramm aus Kapstadt meldet, ist der portugiesische Postdampfer „Lufitania“, von Mozambique nach Lissabon unterwegs, bei Sello's Rod auf Grund geraten und schließlich gesunken. Die Strandung erfolgte in dichtem Nebel. Der dritte Offizier des Schiffes und eine Dame sind ertrunken, ein Schiffsjunge wird vermisst. Während der Ausladung der Passagiere kenterte ein Rettungsboot, während es auf den Strand gesetzt wurde. Hierbei erkrankten zwei Insassen des Bootes, die übrigen Passagiere sind gerettet worden.

Liebe deinen Nächsten . . .

Die Sekt der Mormonen, die in letzter Zeit besonders viele Missionare nach England geschickt hat, um Mädchen für ihre Religionsbegründungen anzuwerben und zum Uebertritt zu ihrer Kirche zu veranlassen, ist wiederholt von den Geistlichen der englischen Kirche scharf angegriffen worden. Im ganzen Lande wird die Mormonenfrage eifrig diskutiert, und es wird vielfach versucht, der weiteren Ausbreitung dieser Sekte Einhalt zu tun. In recht kräftiger Weise wandte sich gegen die drohende Gefahr vor einigen Tagen der bekannte englische Geistliche Bernard Vaughan gelegentlich der Einweihung einer katholischen Kirche in Runcorn. Er sagte dabei in bezug auf die Mormonen, ein sich christlich nennendes Land dürfe die Mormonen nicht länger dulden, wie England es tue. Man solle sie beim Genick packen, durch das Land schleifen und ins Wasser werfen. Sie wären ein schreckliches Uebel, das nur dazu diene, ein frommes Land wie England zu entchristlichen. Allzuviel christliche Duldsamkeit und Nächstenliebe kann man beim besten Willen aus den Worten des streitbaren frommen Mannes nicht herauslesen.

Kleine Notizen.

Dreitausend Morgen Wald niedergebrannt. In der holländischen Grenze sind am Mittwoch auf deutschem Gebiet etwa 3000 Morgen größtenteils dem Grafen von Loos gehörige Wälder niedergebrannt. Zahlreiches Vieh ist in den Flammen umgekommen. Es wird Brandstiftung angenommen, da man von der Grenze einen Holländer gesehen haben will, der das Feuer anlegte.
Im Namen des Königs! Auf dem Hofe des Landgerichtsgefängnisses in Gleiwitz wurde gestern früh der Bahnarbeiter Kempe hingerichtet. Kempe hatte seinem Arbeitskollegen, dem Weichensteller Biellas die Hände auf den Rücken gebunden und ihm die Kehle durchgeschnitten.
Ein schweres Automobilunglück ereignete sich auf einer Chaussee in der Nähe der französischen Stadt Aix. In voller Fahrt fuhr das mit drei Herren und einer Dame besetzte Automobil in einen Strahengraben und stürzte um. Ein Insasse wurde lebensgefährlich, die übrigen schwer verletzt. Ein vierjähriges Kind, das auf der Straße spielte, wurde von dem umschlagenden Wagen getroffen und erlitt schwere Verletzungen.
Niedergegangene Lawine. In dem russischen Kirchdorf Petropawlowsk hat eine Lawine die Dorfkirche zerstört. Drei Menschen sind umgekommen, drei wurden schwer verletzt.

Nachruf.

Am 15. April verstarb nach langem, schwerem Leiden in Davos (Schweiz) unser ehemaliger Chef und Direktor

Herr Georg Knorr.

Der Dahingeschiedene genoss infolge seines natürlichen, aufrichtigen Charakters die größte Achtung seitens der Arbeiterschaft.

Ehre seinem Andenken!

Die Arbeiter der Firma Knorrbremse A.-G.

**Verband der Hut- u. Filzwaren-
arbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands.** (Ortsverwaltung
Berlin.)

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, Landtags-
abgeordneter und Stabsverord-
neter

Hermann Borgmann

am 16. April, nachmittags nach
langem, schwerem Leiden im
Alter von 55 Jahren verstor-
ben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, mittags 12 Uhr, vom
Trauerhause Rydener Str. 192
aus nach Friedrichshofe statt.

Die Beteiligung aller Kollegen
und Kolleginnen erwartet
76/3 Der Vorstand.
H. A. R. R. S. d. L.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.**

Den Parteigenossen zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Vizepräsident

Friedrich Liebigt

(19. Dez.) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. d. M., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Vizepräsident

Friedrich Liebigt

am 18. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des neuen Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes am Mariendorfer Weg
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Tanzlehrerverband
„Solidarität“.**

Am 18. d. M. verstarb unseres
Kollegen Frau,

Emma Wilke

Rixdorf, Malzer Str. 10.
Ehre ihrem Andenken.

Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 21. d. M., nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Jerusalemmer Kirchhofes, Hermann-
straße 81, aus statt.

200/1 Der Vorstand.
Die Kollegen veranlassen sich
um 1/3 Uhr Anrufbezug. 48/49.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schlosser

Richard Nauendorf

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. d. M., nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt. 115/13

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Sattler
und Portefeuller.**

Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Sattler

Edmund Sanger

Verfasser W. Nyrow u. Co.
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 20. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Luisen-Kirchhofes, Her-
mannstraße, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
150/17 Die Ortsverwaltung.

**Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass meine
liebe gute Frau**

Auguste Strehblow

geb. W a h o l z
am Montag nach langem schweren
Leiden sanft entschlafen ist.
Um hilfes Bittend
Julius Strehblow.

Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachm. 2 Uhr, vom
Trauerhause Wiener Str. 53 aus
nach dem alten Thomaskirchhof,
Rixdorf, statt. 134/3

**Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass meine
liebe Frau und gute Mutter**

Emma Wilke geb. Prüfer

am Dienstag, den 18. April, nach
schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an, um
hilfes Bittend

Franz Wilke
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Freitag,
den 21. April, nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle des Jerusa-
lemmer Kirchhofes in Rixdorf, Her-
mannstraße, aus statt. 133/3

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
mit unerschütterlichem Glauben, unersch-
ütterlichen Gutes, Heubers und Schwä-
gers, der uns viel zu früh entziehen
wurde, sagen wir allen Freunden und
Bekanntem, sowie dem Metzgerverein,
dem Metallarbeiterverband, sowie den
näher bekannten Kollegen unseren
herzlichsten Dank.

Wwe. Auguste Reiche
und Sohn.

Kurzer Saison-Ausverkauf

Frühjahrs- { Kostüme } in guter
{ Mäntel } Verarbeitung
{ Jacketts } und neuesten
Fassons

Kimonos x Kleider x Röcke x Blusen

in immenser Auswahl, z. T. für die
 Hälfte der regulären Preise

nach folgenden Beispielen:
4, 5, 7 1/2, 10, 14, 18, 24, 28, 30, 44 bis 140 M.
reg. 8, 10, 15, 20, 28, 36, 48, 50, 72, 80 bis 220 M.

WESTMANN

Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemstr.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Liberty-Mäntel

wie Abbildung, reine Seide, ca. 130 cm lang, mit
schwarz-weißen Aufschlägen

28.75 36.— 45.— 68.—

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy

Gibson Girl

DICHE DÄCHER

an Lauben, Restaurants
etc. erzielt Dachpiz u. Dachpizpappen.
man durch
weiß - grau - rot - grün leuchtend,
garantiert wetterbeständig, streichfertig,
sofort trocknend, billiger als Oelfarbe.

Prospekte, Muster gratis.
Dachpiz-Gesellschaft, Berlin S. 61, Planufer 38.
Telephon IV. 1936.

Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet, zwelfelhaft,
Fäll. durch wissenschaftl. Untersuchung,
sofort; desgl. Horn- (bes. auf Go-
norrhoe-Böden) u. Spinitum-Analysen.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 169, str. Kronen- und
Robrenstraße, L. 5724. Verf. Bildspr.
dist. u. kostenl. Gedhnet von 8-8
Sonntags von 12-1.

Blumen- und Kranzbindererei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Betrifft Herren,

welche elegant und gut gekleidet gehen wollen.

Neue Herren-Bekleidung
oder
getragene Massgarderobe,

letztere teils aus englischen Stoffen und in ersten Werkstätten ge-
arbeitet, für jede Figur passend am Lager, zu folgenden Preisen:

Jackett-Anzüge	14 18 22 etc.
Herren-Palotots	12 16 22 "
Rock-Anzüge	18 20 27 "
Gebrook-Anzüge	20 24 32 "
Smoking-Anzüge	25 28 36 "
Frack-Anzüge	25 29 38 "
Herren-Hosen	5-12 "

Abemantentauschen von 20 M. aufwärts.
Fracks, Gesellschafts-Anzüge werden versehen.
Herren-Garderoben-Haus, Friedrichstraße 127.
11-12 Uhr Pausen-Schluss.
Sonntags geöffnet! 703

Phänomenen-Gold Feinste Cigarette **Stk. 2, 3, 4, 5 Pf.**
Ueberall zu haben

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser, Weißbinder und Stukkateure Deutschlands („Grundstein zur Einigkeit“).

Zahlstelle Charlottenburg.

Am Sonntag, den 23. April, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus (Kleiner Saal), Rosinenstr. 3:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere diesjährige Generalversammlung. 2. Wahl von 2 Abgeordneten zur Generalversammlung und Kassenangelegenheiten.

Erst erscheinen aller ist notwendig.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Der Befehlungsfeier des Genossen Borgmann wegen findet die

Übungsstunde und Anschlußübung

Mittwoch, den 26. April, abends 9 Uhr,

in der Brauerei Friedrichshain.

Der Vorstand.

NB. Bitte die Billets der Premier Konzerte gleich abzurechnen.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Donnerstag, den 27. April 1911, abends pünktlich 8 1/2 Uhr,

im großen Saale der

„Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Ordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung für das Jahr 1910 durch den Rentanten.
2. Bericht des Rechnungsausschusses bzw. Erteilung der Entlastung.
3. Ersatzwahl für 2 Vorstandsmitglieder (1 Arbeitgeber, 1 Arbeitnehmer).
4. Verschiedenes.

Der Vorstand

J. Blenz, Vorsitzender.

O. Wontakl, Schriftführer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Col I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Sonntag, 23. April,

vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,

finden die

Wahlen der 36 Delegierten

für den diesjährigen Verbandstag in Mannheim

sowie der

zwei Beisitzer für die Ortsverwaltung

in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Festsäle, Ravenstr. 6.
- Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
- Volgt-Theater, Badstr. 55.
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Karsowskys Restaurant, Bernauer Straße 82.
- Hoffmanns Festsäle, Dragonerstr. 15.
- Lachnichts Restaurant, Maxstr. 13b.
- Funkes Gesellschaftshaus, Triftstr. 63.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Patzenhofer Brauerei, Turmstr., Ecke Stromstr.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Heitmanns Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Neue Rathaussäle früher Obst (im Tunnel), Schöneberg, Martin Lutherstr. 51.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Litfins Festsäle, Memeler Str. 67.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Elysium, Landsberger Allee 40/41.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56.
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückheims Restaurant, Bergstr. 98.
- Tempelhof, Wilhelmshagen, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 44 in Köpenick.
- Steglitz, Clements Restaurant, Düppelstr. 7.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Warnekes Restaurant, Wilhelmshagen-Straße 18.
- Weißensee, Penkeris Restaurant, Chaussee 38.
- Pankow, Rozyckis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
- Spandau, Restaurant Böhle, Havelstr. 20.
- Tegel, Halfes Restaurant, Brunowstr. 23.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen! Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitstr. 3. Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse

für das Goldschmiede-Gewerbe zu Berlin.

Am Sonntag, den 29. April 1911, abends 8 1/2 Uhr, findet die

Ordentliche

General-Versammlung

sämtlicher Delegierten im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5, Saal.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung des Protokolls.
2. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1910.
3. Bericht d. Revisoren.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

H. U. Otto Almondinger, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin, Weinmeisterstraße 3.

Freitag, den 28. April 1911, abends 8 Uhr:

Ordentliche

General-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstraße Nr. 27e (oberer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Bericht der Revisionskommission und Entlastung des Vorstandes und des Rentanten.
3. Verschiedenes.

Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher oder Akten notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich beifügig Verantwortung derselben in der Generalversammlung bis spätestens 26. April er. dem Vorstande mitgeteilt werden.

Als Legitimation dient die zu dieser Versammlung gesandte Einladungskarte.

Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Dito Ulrich, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

der Maler und verw. Gewerbe Berlin.

Montag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1910.
2. Bericht der Prüfungskommission.
3. Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

H. U. R. Oertel.

Stickerei-Blusen etc.

der Jahreszeit entsprechend, in den neuesten Stoffarten, streng modernen Farben, erstklassiger Ausführung und reichlich Stoff — trotzdem billig — werden auf Wunsch in Kommission gegeben. — Güter Nebenverdienst für Damen u. Herren. Restanten belieben ihre Dst. unter O. 714 an Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 8, einzulenden. 189/14

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

- abgepaßte Fenster, weiß und crème
- p. Fenster 2³⁵ 3, 4-20 M.
 - Imit. Point-lace-Künstlergardinen, p. Fenster, M. 675
 - Elegante Sezessions-Tüll-Stores M. 195
 - Gestickte echte Spachtel-Stores M. 775
 - Goldfarbige reichgestickte Band-Stores M. 985
 - Tüllbettdecken, Größe 180/220 cm M. 250
 - Reichgest. Erbstüll-Bettdecken M. 535
 - Elegante Tüll-Bettdecken M. 675
 - Brise-Bise (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfennig.
- Nach auswärts p. Nachnahme.
- Spezial-Katalog**
650 Abbildungen gratis u. franko.

4 Extra-Angebote



Pelerine

für Knaben und Mädchen, Strickloden, grau oder oliv, mit Kapuze, Armdurchgriffen und Taschen, lang 4.50

Pyjack

blau Cheviot, ganz gefüttert, Aermel und Kragen mit Abzeichen, für das Alter von 3 Jahren . 4.25

Blusen-Anzug

blauer Kammgarn-Cheviot, Bluse u. Hose ganz gefüttert, Aermel mit Abzeichen, Ueberkragen m. Besatz, für das Alter v. 3 Jahren 6.00

Jedes ältere Jahr 25 Pf. mehr | Jedes ältere Jahr 50 Pf. mehr

ca. 3000 Knaben-Wasch-Blusen . . . 1.85, 0.95, 50 Pf.

Baer-Sohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.

Continental

Pneumatik

Gesamt-Personal

1900 — 1650

1905 — 4516

1910 — 7500

Seit Jahren widmet sich ein Stamm altgeschulter Kräfte der Spezialaufgabe, gute Automobil- und Fahrradreifen zu fabrizieren. „Gute“ Reifen, die das Geld wert sind. Wenn Sie vor Enttäuschungen sicher sein wollen, so verlangen Sie nur Continental-Pneumatik.



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover

Wanzen

tötet unerbittlich mit Brut Reichels Wanzenfluid „Radikal“ fl. 50 Pf. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 52., 53., 54., 55., 56., 57., 58., 59., 60., 61., 62., 63., 64., 65., 66., 67., 68., 69., 70., 71., 72., 73., 74., 75., 76., 77., 78., 79., 80., 81., 82., 83., 84., 85., 86., 87., 88., 89., 90., 91., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98., 99., 100.

Schwaben

vernichtet mit Brut radikal und sicher Reichels Spezial-Schwaben-Poudre „Martial“ fl. 50 Pf. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 52., 53., 54., 55., 56., 57., 58., 59., 60., 61., 62., 63., 64., 65., 66., 67., 68., 69., 70., 71., 72., 73., 74., 75., 76., 77., 78., 79., 80., 81., 82., 83., 84., 85., 86., 87., 88., 89., 90., 91., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98., 99., 100.



Seht nur — die Köchin Hanne. — Wie sie die alte Pfanne als Spiegel gebenutzt. Seit sie mit echtem

Dr. Landmann's
Putz-Pulver prima
in Paketen à 5, 10 u. 20 Pf.

Möbel

kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik Stallschreiberstraße 57 (Wortplatz). Verkauf im Fabrikgebäude

R. Harnack
Tischlermeister.
Sablungs-Verleicherungen.

Der Zentralverband des technischen Bühnenpersonals

hielt am Karfreitag seinen diesjährigen Verbandstag im Gewerkschaftshaus ab. Vertreten waren Berlin, Hamburg, Dresden und Schwerin durch 9 Delegierte. Laut Vorstandsbericht wurden im letzten Jahre 8 Zahlstellen verloren und 9 gewonnen, so daß die Zahl derselben jetzt 12 beträgt. Kassenbestand am 31. Dezember 1910 7160,93 M., Mitgliederzahl 308. Zwecks intensiverer Agitation wurde der Vorsitzende Paul Schäfer auf Antrag der Hamburger fest angestellt. Der Verband führt fortan den Namen „Zentralverband der Theater- und Kinoangestellten“; das Fachorgan heißt nicht mehr „Der Bühnenarbeiter“, sondern „Theater und Kino“. Alle anderen statutarischen Änderungen sowie Zusätze treten am 1. September d. J. in Kraft. Der nächste Verbandstag findet am Karfreitag 1912 in Berlin statt.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Morgen, Freitag, den 21. April, 7 Uhr abends beginnend, findet die schon angekündigte Flugblattverbreitung statt. Wir hoffen, daß sich alle Genossen und Genossinnen beteiligen.

Die Beisetzung des verstorbenen Genossen Borgmann erfolgt am Sonntag, den 23. April, 12 Uhr mittags, vom Trauerhause aus. Alles Nähere hierüber wird in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ bekannt gegeben. Wir weisen aber auch heute darauf hin und erwarten, daß die organisierte Arbeiterschaft dem Dahingeshiedenen in reicher Zahl die letzte Ehre erweisen wird.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Steglich, Freitag, den 21. April, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von allen Bezirkslokalen aus. Der Vorstand.

Johannisthal, Freitag abend von 1/8 Uhr ab: Flugblattverbreitung von Sobin, Koonstr. 2, aus. Der Vorstand.

Gohrethamer-Wildau. Heute Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokale Heiser-Wildau: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Ein Vergleich zwischen Betriebskassenanstalten und Konsumgenossenschaften. Referent: Gewerkschaftssekretär Karl Siebel-Berlin. Diskussion.

Mahlsdorf (Ostbahn). Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonnabend, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Obst, Berliner Chaussee, statt. Tagesordnung: 1. Vierteljahresbericht. 2. Bericht der Gemeindevertreter. 3. Maiseier. 4. Verchiedenes. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-West, Freitag abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Zahlstellenlokalen aus. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Maukforb-Freiheit.

Das edle Geschlecht derer von Kötter auf Spreewäldchen wird im Kalender den 1. Mai des denkwürdigen Jahres 1911 blau anstreichen. Kein Geringerer als der Polizeipräsident v. Jagow, der in Potsdam den Leierkastenmännern so abhold war, daß sie in gebührendem Umkreise seiner Wohnung ihre lieblichen Dodelweisen nicht ertönen lassen durften, hat in Berlin seine mitfühlende Seele für die reichshauptstädtische Hundezucht entdeckt. Wenn es richtig ist, daß Tierfreunde auch Menschenliebhaber sind, läßt diese plötzliche schöne Wandlung im Gemüte des Alexanderplatz-Präsidenten noch Besseres erhoffen. Vorläufig ahnen die Groß-Berliner Kötter noch nicht, welches Glück ihnen bevorsteht. Sie sind nicht alle so gelehrt, wie der sprechende Försterhund, mit dem man sich auch über eine Polizeiverordnung unterhalten kann. Das Scherblatt will diesem aus der Art geschlagenen Kötter sogar einen Interviewer in den Wintergarten schicken mit der weltbewegenden Frage: „Wie denken Sie, Mister Don, über die geniale Maukforb-freiheit?“ Und Don wird ein paar Male die bekannte wegwerfende Bewegung mit der Hinterlosse machen, nachdenklich sich hinter den langen Ohren frauen und aus dem Vorn seiner hündischen Weisheit antworten: „Es ist einfach zum Hundefassen. Unser Geschlecht wird es zu würdigen wissen, daß die Rollen vertauscht sind und der feinsüßliche Herr Polizeipräsident dem geduldeten Hundebieh den Maukforb abnimmt, um ihn vielleicht den Erdenzweibeinen desto fester vorzubinden. Wir beabsichtigen, am 1. Mai zu Herrn v. Jagow eine Deputation zu entsenden, ihm ein Ständchen zu bringen sowie eine Dankadresse zu überreichen. Und ich werde dabei der Sprecher sein. Wahrscheinlich werden wir auch dem großen Hundebefreier irgendwo in Berlin ein gemeinsames Denkmal setzen.“

Minna von Geheimrats, zu der aus Konkurrenzneid natürlich auch Ulsteins einen Ausfrager schicken, wird sagen: „Jottedoch... davon haben wir Küchenjungen jarnischt. Oder flooben Sie etwa, det unsre Fräbige nu ebenso feinsüßlich sein un uns von dem Amte als Hundezose entbinden wird? Jot prophezeie Ihnen, wir werden Ihnen nach wie vor alle Thräne und Pitties, die Cäsars und Minkas zur Morjenandaacht beiseiten müssen, damit se sich bei de Abwidlung ihrer Jeschäfte keenen Schaden tun. Was nützt uns de Maukforb-freiheit for de Hunde, wenn man de Menschen oft noch schlimmer wie de Hunde behandelt!“

Und eine Stimme aus dem Berliner Publikum sagt: „Es ist ganz schön, daß mit der Maukforb-freiheit beim Hunde der Anfang gemacht wird, aber lieber wäre es uns doch, wenn das dicke Ende, unsere eigene Befreiung vom Maukforbzwang, diesmal zuerst gekommen wäre. Das Amt der auf den Frost gesetzten Hundefänger wird nun wohl der Schutzmann übernehmen, der jeden beißenden Kötter in seinem dickleibigen Notizbuch aufschreibt, um die Massenansammlung polizeilicher Strafmandate zu vermehren. Wie die unbotmäßigen Hunde sich dann zu legitimieren haben, ist einstweilen noch Polizeigeheimnis. Aber schließlich wird man sich schnell an die Geschichte gewöhnen und sich freuen, daß wieder mal eine halb mittelalterliche Verfügung unter den grünen Tisch gestogen ist. Vor bissen Menschen, besonders wenn sie Uniform und Amtschärfer tragen, muß man sich weit mehr in acht nehmen als vor bissen Hunden.“

Ist Herr v. Jagow also glücklich über den Hundekopf gekommen, so kommt er vielleicht auch noch über den Hundeschwanz und läßt in der Prinz-Albrecht-Strasse, im Parlament

der Landräte, alles konfiszieren, was mit Maukforben für Menschen auch nur entfernte Ähnlichkeit hat.

Die Blüte der Obstbäume hat in den Ostertagen nun auch in den näher gelegenen Berliner Vororten eingesetzt. Pfirsiche und Aprikosen haben ihre Knospen zu öffnen begonnen. Der zarte, weiße Blütenkranz mit dem leichtrofigen Untergrund leuchtet silbrig aus dem kalten Geäst. Das Schimmern der Blüten hat auch bereits allerlei Käfervolk lebendig gemacht. Braunhaarige Hummeln summen, gelbgemiederte Bienen fliegen, sogar ein paar erste Falter haben sich hervorgewagt. Auch die Süßkirschen beginnen an besonders geschützten Stellen vorsichtig die ersten Blütenblätter herauszustrecken. Ihnen dürften rasch die anderen Obstarten folgen und überall die Hausgärten unserer noch nicht großstädtisch bebauten Vorortstraßen in schimmernden Frühlingskranz kleiden.

Waisenkinder in Familienpflege.

Die Waisenverwaltung der Stadt Berlin gibt die allermeisten der ihr anvertrauten Kinder in Familienpflege. Von 7757 Kindern, die am 1. April 1910 unter der Obhut unserer Waisenverwaltung standen, waren 1506 in Anstalten untergebracht, nämlich 701 in den eigenen Anstalten der Stadt und 805 in den von ihr mitbenutzten Privatinstalten. Die übrigen 6251 Kinder befanden sich in Familien, davon 1975 in Berlin und 4276 außerhalb Berlins.

Es ist oft und heftig darüber gestritten worden, ob Anstaltspflege oder Familienpflege besser sei. In der Berliner Waisenverwaltung hat die Familie den Sieg behalten, nicht weil sie wirklich besser wäre, sondern weil sie es billiger macht. Die Gefahr, daß die Waisenkinder ungeeigneten Erziehern in die Hände geraten, ist bei der Familienpflege noch größer als bei der Anstaltspflege. Und noch schwerer als in Anstalten ist in Familien eine regelmäßige Kontrolle, durch die die Waisenverwaltung die von ihr in Familienpflege gegebenen Kinder vor Mißgriffen und Ausschreitungen zu schützen suchen muß.

Zur Kontrolle der über 4000 auswärtigen Pflegestellen, die sich auf mehr als 500 verschiedene Orte verteilen, sind ein Erziehungsinspektor und zwei Erziehungsinspektorinnen angestellt. Obwohl sie fast das ganze Jahr hindurch auf Reisen sind, können sie im allgemeinen jede Pflegefamilie nur einmal in jedem Jahr revidieren. Da ist es oft nur einem glücklichen Zufall zu danken, wenn Angehörigkeiten zur Kenntnis der revidierenden Personen gelangen. Ueber das Ergebnis ihrer Revisionsbesuche stellen der Erziehungsinspektor und die beiden Erziehungsinspektorinnen für die alljährlichen Verwaltungsberichte der Waisendeputation kleine Referate zusammen, die zur Veröffentlichung bestimmt sind. Viel steht ja gewöhnlich nicht drin, aber selbst ihre spärlichen Angaben lassen erkennen, daß in der Waisenpflege „manches faul ist“.

In dem neuesten Jahresbericht, der das Verwaltungsjahr 1909/10 behandelt und vor einiger Zeit durch den Magistrat veröffentlicht worden ist, finden wir die Mitteilung, daß wieder eine ganze Anzahl von Pflegestellen aufgehoben werden mußten. Sie genügen selbst den bescheidenen Anforderungen nicht, die die Berliner Waisenverwaltung bei der Dürftigkeit der von ihr gewährten Bezahlung stellen darf. Der Erziehungsinspektor Bartold meldet, daß er in 21 Fällen einen Wechsel der Pflege beantragen mußte. Als Gründe gibt er an: zu kleine und unsaubere Wohnungen, zu weite Schulwege, Krankheit und ungehöriges Verhalten der Pflegeeltern. Auch deshalb mußten Pflegestellen gewechselt werden, weil zu viel eigene Kinder in der Familie waren, so daß den Waisenkindern nicht die nötige Sorgfalt zuteil wurde. Die Erziehungsinspektorin v. Trebra sagt in ihrem Bericht, die Pflegestellen seien fast durchweg mit „gut“ zu bezeichnen und fügt hinzu: „Nur wenige Stellen wurden aufgehoben.“ Was sie unter wenig versteht, erfährt man nicht, da sie keine bestimmten Zahlen nennt. Die Erziehungsinspektorin Arlt dagegen gibt wieder eine bestimmte Zahl an. Sie meldet, daß 13 Pflegestellen aufgehoben wurden. Bei 5 Pflegestellen waren die häuslichen Verhältnisse mit der Zeit ungünstig geworden, bei 6 reichte die Erziehung nicht aus, 2 Pflegestellen genügten im allgemeinen nicht den Anforderungen der Waisenverwaltung.

Besondere Beachtung verdient noch eine Bemerkung des Erziehungsinspektors Bartold. Er sagt: „Aus einer Kolonie in der Neumark mußten sämtliche Zöglinge entfernt werden, weil sie trotz wiederholten Verbotes immer wieder zur Beaufsichtigung des Viehes herangezogen wurden, und auch der Waisenvater nicht mit der nötigen Strenge dagegen austrat. Zu diesem Mittel wird auch weiterhin gegriffen werden, bevor nicht das Viehhüten durch unsere Kinder gänzlich unterbleibt. Gewiß sollen unsere Kinder zur Hilfe im Haushalt, auch zu ländlichen Arbeiten herangezogen werden, aber nur, solange bei der Beschäftigung nicht die Gefahr der Ausnutzung besteht. Wenn hier und da selbst wohlhabende Bauern glauben, in der Berliner Waise einen billigen Hütejungen erlangen zu können, so muß diesem Ansinnen von den Waisenvätern mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.“

Das klingt sehr forsch, ist aber nicht neu. Schon in einem früheren Bericht lasen wir vor jetzt anderthalb Jahrzehnten fast wörtlich dasselbe über die Verwendung von Waisenkindern als Hütejungen, und mit derselben Entschiedenheit wurde erklärt, daß so etwas nicht geduldet werden dürfe. Aus dem Jahre 1894/95 berichtete der damalige Erziehungsinspektor Boesche: „Die Arbeiternot auf dem Lande ist so chronisch geworden, daß selbst wohlhabende Bauern glauben, in einer Berliner Waise einen billigen Hütejungen erlangen zu können. Fürsorge gegen das Uebel ist durch Kollegialbeschlüsse bereits getroffen.“ Auch in den folgenden Jahren kam von Zeit zu Zeit immer wieder die Klage über die Verwendung zum Viehhüten, trotz allen Beschlüssen und Verboten. Die wohlhabenden Bauern waren eben mit jenem Erziehungsinspektor der Meinung, daß „die Arbeiternot auf dem Lande zu chronisch geworden“ sei. Daher begriffen sie nicht, warum die Waisenverwaltung ihnen die Ausnutzung der Waisenkinder verbot.

Leider fehlt der Waisenverwaltung die Macht, solche und ähnliche Mißbräuche gänzlich zu verhüten. Sie fehlt ihr und wird ihr fehlen, solange sie ihre Kinder für ein Billiges

in Familienpflege gibt. Aber die Familienpflege bleibt trotzdem die „bessere“ — sagt die Waisenverwaltung!

Schwedische Einladung an die Stadt Berlin. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Berlin werden voraussichtlich von der Stadt Stockholm eine Einladung zum Besuch der schwedischen Hauptstadt erhalten. In der Stockholmer Bürgervertretung ist nämlich vom Ausschuss zur Vorbereitung städtischer Angelegenheiten der Vorschlag eingebracht worden, den Berliner Magistrat und die Stadtverordneten einzuladen und entsprechende Maßregeln anlässlich des Besuchs zu ergreifen. Mit diesem Vorschlag wird sich die Stockholmer Bürgervertretung demnächst zu befassen haben, und es liegt Grund zu der Annahme vor, daß Oberbürgermeister Kirchner und zehn Vertreter des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung der Einladung nachkommen. Die von einem Stockholmer Freibureau verbreitete Meldung, wonach Schwedischerseits bereits ein Beschluß gefaßt wäre, ist jedoch unzutreffend.

Die Müllberge an der Müllerstraße werden jetzt entfernt. Ein Unternehmer, der dafür vom Magistrat Berlin eine halbe Million Mark erhält, schafft das Müll, das sich dort im Laufe vieler Jahre zu hohen Bergen angesammelt hat, nach der Tegeler Heide, wo das Müll zum Ausfüllen von Vertiefungen und zur Verbesserung der Grasnarbe mit ausgezeichneterm Erfolg benützt wird. Die Arbeiten sind übrigens hochinteressant und für die meisten Berliner ganz neu. Der Unternehmer benützt nämlich nicht, wie bei der Befestigung der Müllberge am Stralauer Anger, Menschenkräfte, sondern einen Trockenbagger. Dieser leistet viel mehr als zahlreiche Menschenhände es vermögen. In wenigen Minuten ist ein Waggon von drei Kubikmeter Inhalt gefüllt. Greifen, Drehen und das Füllen der Waggons geht mit einer solchen Präzision und Schnelligkeit vor sich, daß man immer wieder staunen muß, ob der geleisteten Arbeit. Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß der Unternehmer bei seinem Angebot von einer halben Million Mark alle Konkurrenten, die zum Teil mehr als 2 Millionen Mark verlangten, ganz enorm unterbieten konnte. Falls die Arbeit in dem bisherigen Tempo weiter gefördert wird, sind die Berge in Kürze verschwunden und kann dort mit der Bautätigkeit, der Kanalisation und der Anlage der Straßen begonnen werden.

Zu der Beerdigung des Stadtverordneten H. Borgmann sind von der Berliner Stadtverordnetenversammlung offiziell abgeordnet die Stadtverordneten Bruns, Bitterhoff, Dr. Isaac, Ad. Hoffmann, Walde, Manasse, Modler, Liteme, Tollsdorf, Dr. Weyl und Jubel. Stadtverordneten-Vorsteher Michael, der zurzeit unpäßlich ist, aber die Geschäfte der Versammlung leitet, wird sich eventuell der Abordnung anschließen. Der Magistrat Berlin wird voraussichtlich durch den Geh. Rat Stadtrat Marggraf, seinem Ehrenbürger, sowie durch den Stadtschulrat Dr. Michaelis vertreten sein, denen sich wahrscheinlich die Bürgermeister anschließen dürften.

Ertrunken sind zwei Kinder einer Schifferfamilie, die sich auf einem Schifferkahn bei Rappitz am Weißen See befanden. Der Kahn war mit Kies beladen und auf der Fahrt nach Berlin. Starke Wellen schlugen über das Schiff, das, bevor Rettung möglich war, unterging. Der Steuermann Wittig konnte sich mit seiner Frau und zwei älteren Kindern sowie einem Waidmann nur mit Mühe retten. Die beiden anderen Kinder im Alter von sechs und zwei Jahren sind in der Kajüte ertrunken.

Gasexplosion auf Bahnhof Grunewald.

Eine gefährliche Gasexplosion fand am gestrigen Mittag gegen 1 Uhr in der Nähe des Bahnhof Grunewald gelegenen städtischen Gasanstalt statt. Ueber den Vorfall, bei dem ein Monteur verletzt wurde, erhalten wir folgende Mitteilungen: Auf dem städtischen Terrain des Bahnhof Grunewald ist seit einigen Jahren eine Gasanstalt errichtet, die neben der Herstellung von Fettgas, das zur Beleuchtung der Eisenbahnzüge benötigt wird, auch zu Versuchszwecken benützt wird. In letzter Zeit war man damit beschäftigt, außer dem Fettgas eine besondere Mischung zur Beleuchtung der nach Potsdam verkehrenden Stadt- und Vorortzüge herzustellen. Man hatte zu diesem Zweck vor einiger Zeit ein Leitungsrohr nach der Pankower Gasanstalt verlegt und von dort das nötige Fettgas bezogen. Am gestrigen Mittwochmittag sollte nun das Rohr einen Anschluß erhalten und der Monteur Albert Birle war beauftragt worden, an das Mundstück des Rohres ein Ventil anzubringen. Der Mechaniker führte diese Arbeit auch aus. Trotzdem entwich aus dem Rohr das leicht explosive Fettgas. Das Ventil des Rohres befand sich in dem Retortenhaus, in welchem durch Verbrennung von Steinkohle in Retorten Leuchtgas gewonnen wird. Der ziemlich große Raum, der vollkommen feuerfest erbaut ist und dessen Dach aus Weisblech besteht, füllte sich langsam mit Gas an. Als nun ein Heizer die Ofentüre öffnete, um den Ofen neu zu beschicken, schob aus der Feuerbuge infolge des festigen Luftzuges eine große Stachflamme hervor und entzündete das Fettgas. Im nächsten Augenblick erfolgte eine starke Detonation, durch welche die Scheiben des Gebäudes eingedrückt und das Dach angehoben wurde. Da sich die Gase zum größten Teil unter der Decke angesammelt hatten, blieb der Heizer unverletzt, während der Mechaniker Birle durch die meterhohe Flamme, die aus dem in Reparatur befindlichem Gasrohr herauschoss, Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitt. In wenigen Minuten nach der Entstehung des Brandes begann die Bahnhofsfirewehr ihre Tätigkeit, die sich in der Hauptsache darauf beschränkte, die Maschinen und das Dach, das durch die ungeheuren Flammen glühend geworden war, zu kühlen. Auf telephonischen Anruf rücht auch der Automobillöschzug der Kolonie Grunewald heran und nun begann der schwierigste Teil der Lösarbeiten, die Absperzung der Gasreservoirs, die jede Minute zu explodieren drohten. Außerhalb des Retortenhauses befinden sich etwa zehn bis zwölf längliche Kessel, die auf Eisenbahnschienen verladen werden und von denen jeder etwa 500 bis 800 Kubikmeter Fettgas enthält. Diese Kessel sind mit dem Retortenhaus durch verschraubbare Leitungen verbunden und durch sogenannte Rauchventile verschließbar. Diese Kessel wurden unter Wasser gesetzt und dann nahmen einige Feuerwehreinheiten das Abschrauben der Anschlußleitungen vor, das mit hoher Gefahr verknüpft war, da zu befürchten stand, daß sich Stachflammen in den Leitungen bildeten und den Inhalt der Kessel entzündeten. Nachdem jedoch die Abdichtung der Reservoirs durch Holzpfähle gelungen war, konnte die Hauptgefahr als beseitigt gelten. Immerhin dauerten die Lösarbeiten etwa drei Stunden. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend, doch konnte die Gasanstalt in den Abendstunden wieder ihren Betrieb aufnehmen. Eine Jahrfristigkeit des betreffenden Monteurs liegt nicht vor.

Ein Straßenbahnunfall, bei welchem ein Knabe verletzt wurde, ereignete sich am gestrigen Mittwochnachmittag gegen 6 Uhr am Brenzlauer Tor, Ecke Lothringer Straße. Dort wollte der 4jährige Knabe Franz Sauer, Meyerbeerstr. 7 bei den Eltern wohnhaft, die Gleise überschreiten, wurde jedoch von einem Spielmannswagen gestoßen und geriet unter den Vorderpetron eines herannahenden Motorwagens der Linie Q-B. Das Kind erlitt eine blutende Stirnwunde und wurde bei einem in der Nähe wohnenden Arzt verbunden. Der Knabe wurde nach der elterlichen Wohnung geschafft.

Kindesmord. Als Holzgefängene wurde die 19 Jahre alte unberechnete Elise Wenzel, die bei ihren Eltern in der Schornsteinstraße 19 wohnt, unter dem Verdacht des Kindesmordes in die Charité eingeliefert. Das junge Mädchen, das sich in gelegentlichen Umständen befand, wachte seinen Zustand seinen Anverwandten zu verborgen. In der vorgestrigen Nacht gab es einem Knaben das Leben, ohne irgendwelche Hilfe herbeizurufen. Das Kind ließ es in einem mit Wasser gefüllten Eimer fallen, in dem es ertrank. Durch die Wehklage der jungen Mutter wurden ihre Eltern auf die Vorgänge aufmerksam und hielten eine Debatte. Diese leitete der Wöchnerin nachträglich Hilfe, erkrankte aber dem Polizeirevier 58 Angeige, weil sie den Angaben der Wenzel, das Kind sei tot zur Welt gekommen, keinen Glauben schenkte. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß das Kind lebend zur Welt gekommen und auch lebensfähig gewesen ist. Die Kindesleiche wurde in das Schauhaus gebracht und gegen die unnatürliche Mutter das Untersuchungsverfahren wegen Kindesmordes eingeleitet.

Zwei Kinder totgefahren. Der vierjährige Sohn Fritz des Grünfrankhändlers Karl Grünmann wurde gestern nachmittags vor dem elterlichen Wohnhause, Lübecker Straße 42, von einem Kistenwagen überfahren und tödlich verletzt. — Beim Spielen vor dem Hause Stadtkirchstraße 31 ist gestern vormittags der dreijährige Sohn Erich des Kohlenhändlers Reinhold Kleiber von einem Fährerwagen überfahren worden. Das Kind starb gleichfalls an den erlittenen Verletzungen.

Schwerer Bootsfall auf dem Tegeler See. Ein verhängnisvoller Unfall, bei dem ein junger Mann den Tod fand, trug sich am Dienstagvormittag auf dem Tegeler See zu. Der 24jährige Techniker Fritz Hofmann aus der Wilhelmshavener Straße in Berlin hatte mit mehreren Freunden auf dem Gewässer eine Segelpartie unternommen. Bei der Insel Haffelwerder wollten die jungen Leute die Segel umlegen. Hierbei wurde H. von der Stange des einen Segels so heftig am Kopfe getroffen, daß er rückwärts über den Bootsrand in das Wasser stürzte und sofort versank. Obwohl die anderen Jünglinge dem Verunglückten unverzüglich nachsprangen und wiederholt nach ihm untertauchten, gelang es doch nicht, ihn zu retten. Die Leiche des Ertrunkenen konnte bisher noch nicht gelandet werden.

Ein zweiter Bootsfall ereignete sich auf dem Tegeler See am Nachmittag desselben Tages. Etwa 20 Meter von der Insel Haffelwerder entfernt kenterte infolge des böigen Windes ein Segelboot und die Insassen, zwei Herren und eine Dame, stürzten ins Wasser. Die drei vermaßen sich aber so lange an der Oberfläche zu halten, bis ein Dampfer der Spandauer Schiffsahrt-Gesellschaft von dem aus der Bootfall bemerkt worden war, Hilfe brachte. Die Verunglückten, von denen die Dame fast ohnmächtig war, wurden in einem Restaurant mit trockenen Kleidern und Erfrischungen versehen und konnten sich später nach ihren Wohnungen begeben.

Ein neuer Eispalast ist in der Nähe des Bahnhofes Friedrichstraße und der Weidenbaumbrücke entstanden: Der Admiralspalast. Das ehemalige Admiralsgartenbad ist beinahe vollständig abgerissen worden und hat einen mit allen Feinheiten der Neuzeit ausgestatteten Prachtbau Platz gemacht. Architekten und Künstler haben dem Bau ein künstlerisches Gepräge aufgedrückt; auch die innere Ausstattung ist äußerst elegant angeführt und so recht geschaffen zu einer neuen Stätte, wo sich echt weltstädtisches Leben abwickeln wird, natürlich für Leute, die es dazu haben. Eine gemauerte Eisbahn ist geschaffen worden, dem Eisport und der Eislaufkunst zu dienen, und andere Einrichtungen, wie Cafés, Tischspielstätten, Zugmaschinen werden andere Bedürfnisse befriedigen. Welche gewaltigen Geldmittel in diesem Bau gesteckt worden sind, erhellt aus der Tatsache, daß die Kosten für den Bau nicht weniger denn 12½ Millionen betragen.

Academische Arbeiterkurse. Groß-Berlin. Beginn des Sommersemesters in der ersten Maiwoche. Unterrichtslokale: für Charlottenburg und Moabit: Gemeindeschule 3 in Charlottenburg, Schloßstraße 2. Für Berlin: Gemeindeschule Gipsstr. 29a, Oberrealschule Niedertalstr. 12, 7. Realschule Mariannenstr. 47, Realschule am Hildorf, Kaiser-Friedrich-Straße 208. Im Osten ist noch ein Lokal am Schlesischen Bahnhof eröffnet, Langestr. 31 (Schule). Die Anmeldungen erfolgen für die Kurse in Charlottenburg am 28., 29., 30. April im Schulfokal Schloßstraße 2, abends von 8—9 Uhr. Für Berlin am 20., 21., 22., 23. April, abends von 8—10 Uhr, in der Kantine des Zentralarbeitsnachweises Wälderstraße 9, außerdem für Hildorf am Sonntag, den 23. April, morgens von 10—12 Uhr, im Schulfokal Kaiser-Friedrich-Straße 208 und am Montag, den 24. April, abends 8—10 Uhr. Programme sind in den öffentlichen Spielhallen, Gewerkschaftskafés, Arbeitsnachweisen usw. zu haben. Auskünfte werden erteilt auf der Geschäftsstelle Dorotheenstraße 60, täglich von 12.15—1.30.

Vorort-Nachrichten.

Hildorf.

Eine Wohnungsausstellung ist vom Donnerstag, den 18. Mai, bis Donnerstag, den 23. Mai (Himmelfahrt), in Miems Residenz in der Hagenheide etabliert. In großen Räumen soll die Schlichtheit des heutigen Wohnungsbaus als Preisfakere gezeigt und als Gegenstück das neue große Projekt der Hildorfer Bauengesellschaft „Ideal“ in gemeinderatlicher Weise vorgeführt werden. Es handelt

sich um einen großen Straßenzug, an dessen Rand nur noch in einer Höhe von drei Geschossen (Pavillon und zwei Etagen) gebaut wird, während das große Blockhaus mit Einfamilienhäusern und Gärten an der Wohn- oder Gartenstraße den Charakter eines kleinen Städtchens erhält. Nach der Rentabilitätsberechnung kostet Stube, Küche, Bad, Keller und Boden im Einfamilienhaus als Reihenhause mit Garten 25—27 M., die gleiche Wohnung mit zwei Stuben 30—32 M., mit drei Stuben 43—48 M. Der zweite Teil der Ausstellung gilt der Kultur der Wohnung im Innern. Einer Kommission zur Beschaffung von schönen, geschmackvollen und billigen Wohnungseinrichtungen ist es nach langer Vorbereitung gelungen, mit leistungsfähigen Firmen ein Arrangement zu treffen zur Beschaffung gediegener und billiger Hausmöbel. Die Kommission übernimmt in uneigennütziger Weise den Vertrieb und gibt den Ausstellungsbesuchern in einem kostenfreien „Führer“ einen ständigen Ratgeber bei der Anschaffung von Möbeln sowohl als auch bei der Ausstattung von Kleingeräten, Gardinen, Teppichen, Wandtapeten usw. Durch Vorführung vollständig eingerichteter Zimmer in gutem und schlechtem Beispiel soll das Verständnis für Wohnungskultur in der Bevölkerung geweckt werden. In der Ausstellung arbeiten hervorragende Künstler und Fachleute mit, und namhafte Redner haben Vorträge übernommen. Die Eintrittspreise sind auf 10 Pf. festgelegt.

Charlottenburg.

Ein Automobilunfall ereignete sich vorgestern nachmittags in der Schloßstraße. Als der 31jährige Arbeiter Albert Raubaut aus der Gardedu Corpsstr. 18 auf einem Zweirade die genannte Straße entlang fuhr, geriet er offenbar infolge eigener Unvorsichtigkeit gegen eine in gleicher Richtung fahrende Automobilstraße. Bei dem Zusammenstoß wurde R. umgestoßen und erlitt eine schwere Kopfverletzung und innere Verletzungen. In bestmöglicher Eile wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus Westend überführt.

Wilmerdorf.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich vorgestern, Osterdienstag, gegen 6 Uhr früh in der Johann-Georgstraße im Halensee-Bezirk. Dort sprang aus einem Dachfenster des Hauses Johann-Georgstr. 19 in selbstmörderischer Absicht das Dienstmädchen Margarete Gähler auf die Straße hinab, wo es mit zerstückelten Gliedmaßen liegen blieb. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur den sofort eingetretenen Tod feststellen.

Steglich.

Eine folgenschwere Gasknall, wobei drei Personen erheblich verletzt wurden, ereignete sich gestern in dem Hause Schloßstr. 117 in der Gorkochhandlung von Dorff. Im Laufe des Tages hatte sich im Verkaufsraum viel Gas angesammelt und als ein Bruder des Geschäftsinhabers die Leitung ablenken wollte, entstand in dem Augenblick, als er das Streichholz anzündete, eine heftige Explosion. Unter lauter Detonation wurde fast der ganze Raum zertrümmert. Die Raubwand wurde eingedrückt und die Scheukammer zerstört. Bei dem Unfall kamen drei Personen zu Schaden. D. wurde an beiden Armen und Händen schwer verbrannt und der Sohn des Inhabers, der gegen die Wand geschleudert worden war, erlitt am Kopfe schwere Wunden. Er trug auch einen heftigen Nervenschmerz davon. Ferner wurde der Arbeiter Silberberg, der gerade an dem Geschäft vorbeikam, durch die einströmenden Fensterstücke getroffen und nicht unerheblich verwundet. Er erlitt unter anderem Brustadererregungen am Unterschenkel. Das Ausströmen des Gases war dadurch herbeigeführt worden, daß ein Gasbehälter ordnungsgemäß schloß.

Röpenitz.

Jugendliche Brandstifter treiben zumeist in Röpenitz und Umgebung ihr Unwesen. In den letzten Wochen sind wiederholt in der näheren und weiteren Umgebung von Röpenitz, namentlich in der Stadtfors, kleinere Brände entstanden, die zweifellos auf Brandstiftung zurückzuführen sind. Am Dienstag machten Forstbeamte die Entdeckung, daß in der Nähe des sogenannten Amisfeldes nicht weniger als an neun Stellen Brandherde gelegt waren, von denen das Feuer sich ziemlich schnell zu verbreiten drohte. Durch rasches Eingreifen wurde ein größerer Waldbrand verhindert. Am Dienstagabend wurde dann der Versuch gemacht, die dem städtischen Forsthaus gegenüberliegende Scheune des Wessingers Thiele in Brand zu stecken. Glücklicherweise wurde das Feuer bald nach Ausbruch bemerkt und konnte leicht gelöscht werden. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen als Täter jugendliche Personen in Betracht kommen.

Treptow.

Ein eigenartiger Unglücksfall trug sich im Straßenbahndepot in der Eisenstraße zu. Der Wagenwäscher Ferdinand Strocher, Eubrystraße 13 wohnhaft, hatte beim Reinigen einen Straßenbahnwagen bestiegen. Als er auf dem Dach des Wagens hantierte, verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. St. zog sich einen komplizierten Bruch des linken Armes zu, und ferner lagte er über innere Schmerzen. Er mußte nach dem Krankenhaus übergeführt werden.

Leubitz.

Von seinem eigenen Fußwerk gestößt wurde der 31 Jahre alte Aderbürger Knoppan von hier. Zum Umbau seiner Scheune wollte

er noch einige Balken herbeiholen. Hierzu benutzte er seinen Aderwagen, von dem er das Bodenbrett abgenommen hatte. Beim Fahren auf dem Pflaster sprang der lange Nagel heraus und der Hinterrahmen löste sich ab; das Pferd wurde durch das Klappern sehr und raste davon. Als der Vorderrahmen gegen einen Bordstein schleuderte, fiel Knoppan so unglücklich rittlings vom Wagen, daß die Scheibe des rechten Vorderrades seinen Kopf faßte, gegen eine Eisenstange drückte und in der rasenden Fahrt fast zermalmete. Auf der Chaussee nach Halbe wurde das unruhige Tier zum Halten gebracht. Als man den sichtlich verblühten Körper vom Wagen nahm, war der Tod bereits eingetreten.

Potsdam.

Das Gastspiel der falschen Hofdams in Potsdam macht Schule. Am Osterdienstag verübte ein Herr aus Frankfurt a. M. namens Sittig, hinter dessen Persönlichkeit sich ein mit 2½ Jahren Gefängnis verurteilter Gauner verbirgt, eine Fälscheri beim Juwelier Henrichs u. Sohn in der Nauener Straße 52. Er wollte eine Broche mit einem großen Solitär kaufen und beschaffte sich die Pretiosen. Der gewünschte große Brillant war aber in der verlangten Fassung nicht vorrätig. Der Fremde, der sich Dr. Schweder nannte, versprach später wiederkommen und bestellte das Schmuckstück. Kaum hatte der Pseudo-Doktor das Geschäft verlassen, da bemerkte der Inhaber das Fehlen eines Brillanttrages im Werte von 345 M. Er eilte sofort dem Kunden nach, stellte ihn in der Charlottenstraße, nahm ihm den Ring ab und veranlaßte seine Verhaftung. Auf der Kriminalpolizei erklärte S., aus Frankfurt a. M. zum Besuch von Verwandten gekommen zu sein und aus Rot den Ring gestohlen zu haben. Die letzte Gefängnisstrafe längerer Dauer hat sich S. in Wiesbaden geholt. Auf der Polizeidirektion unternahm S. einen Fluchtversuch. Er sprang während der Vernehmung im Bureau aus dem Fenster auf den Hof, wurde dort aber von Beamten ergriffen und zurückgebracht.

Aus Furcht vor Strafe hat gestern der 17 Jahre alte Schriftsetzerlehrling Otto Groch, bei den Eltern Dennstr. 18a wohnhaft, einen Selbstmordversuch unternommen. Er jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe und wurde per Wagen ins städtische Krankenhaus eingeliefert. Sein Zustand ist bedenklich. Die Tat verübte der Lehrling auf dem Vorstadtberg Feld gegenüber der Artilleriekaserne.

Eingegangene Druckschriften.

Das **Blatt der Hamburger Jugendchriftenkritik**, 33 S. Freie Lehrervereinigung für Kunstpflege, Berlin NW 21.
Didaktische Studien im Deutschunterricht. Eine Festschrift von Papi Matties. 40 S. Druck G. Vohr u. Co., Leipzig.

Marktpreise von Berlin am 18. April 1911, nach Ermittlung des Reichsanwalts Polizeipräsidenten, Reichshauspreise (Reichshaus).
100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Roden 30,00—32,00, Speisebohnen, weiße 30,00—32,00, Linzen 30,00—32,00, Kartoffeln 5,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70, Schweinefleisch 1,30—1,50, Kalbfleisch 1,50—2,40, Hammelfleisch 1,40—2,30, Butter 2,30—3,00, 60 Stück Eier 3,00—4,40, 1 Kilogramm Haseln 1,10—2,40, Nüsse 1,60—3,00, Jambur 1,40—4,00, Dichte 1,30 bis 2,50, Banane 0,80—2,00, Äpfel 1,40—3,40, Preis 0,80—1,50, 60 Stück Kirsche 2,50—28,00.

Witterungsüberblick vom 19. April 1911.

Station	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Station	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter		
Schwetzingen	761	SW	2	mollig	12	Caparanda	759	NRW	6	mollig	3
Hamburg	758	DSO	2	mollig	13	Petersburg	762	NRW	1	bedeckt	5
Berlin	761	DSO	3	mollig	16	Stettin	740	SSW	8	bedeckt	8
Frankfurt	759	SSW	2	heiter	12	Übersee	745	SSO	5	mollig	8
Randow	761	S	1	heiter	11	Paris	757	SSW	4	bedeckt	11
Wien	764	DSO	1	mollig	11						

Wetterprognose für Donnerstag, den 20. April 1911.
Warm und vorwiegend heiter bei lebhaften südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 18. 4.	am 17. 4.	Wasserstand	am 18. 4.	am 17. 4.
Remel, Mühl	396	—	Saale, Großh.	105	—
Bregal, Jüterburg	7	—	Qabel, Spandau	116	—
Wegelin, Tharn	178	—	Kathenow	154	—
Ober, Rathor	157	+21	Spree, Sternberg	100	—
„ Krosen	187	—	„ Beetzow	160	—
„ Frankfurt	204	—	„ Ribben	—	—
Wärthe, Schrum	112	—	„ Ribben	86	—
„ Landsberg	148	—	„ Rhein, Mühlentand	354	—
Nege, Sorbom	60	—	„ Rahn	178	—
„ Lettmers	55	—	„ Rahn	179	—
„ Dresden	—	—	„ Rahn, Heilbrunn	85	—
„ Darda	215	—	„ Rahn, Wertheim	150	—
„ Magdeburg	180	0	„ Rahn, Tauer	74	0

+) + bedeutet Fall. — Null, — ?) Unter Null.

Einladung zum Frei-Konzert!

Dadurch erbiten wir von Ihnen die Erlaubnis, in Ihrer Wohnung ein Konzert veranstalten zu dürfen, wie Sie es wahrscheinlich noch nicht gehört haben.

Die Veranstaltung erfolgt **völlig kostenlos** für Sie und hat den Zweck, Sie zu einem Abonnement auf diese Konzerte zu veranlassen, falls das Probekonzert, das Sie während der Dauer von **5 Tagen** **völlig unentgeltlich** haben sollen, Ihnen und Ihren Angehörigen Freude bereitet hat. Unser Angebot wird Sie gewiß interessieren, und deshalb bitten wir Sie, uns einige Minuten Geduld zu schenken:

Sie wollen Ihnen — **zunächst kostenlos** auf **5 Tage** — einen Spezial-Luxus-Sprechapparat mit echter **Walze-Schalldose** und **20** ausgewählte Stücke auf **10** doppelseitig bespielten, **20** cm großen Künstler-Walze-Platten zuwenden. Diesen Apparat und diese Platten können Sie während der Dauer von **5 Tagen** spielen lassen und probieren, so oft und so viel Sie wollen.

Sie sind sicher, daß Sie von den Leistungen des Apparates, dessen hervorragende Ausstattung jeden Wohnraum ziert, entzückt sein werden, da die **Walze-Schalldose**, die Seele des Apparates, das Vollendteste ist, was auf diesem Gebiete existiert.

Unabhängig davon sind die von uns gelieferten **Künstler-Walze-Platten**, die nicht nur um ein Drittel größer als die allgemein bekannten **Reinhold-Platten**, sondern auch im Gegensatz zu diesen nahezu unzerstörbar sind und ferner ohne **Wachselwechsel**, mit einem niemals auszuwechsellenden **polierten Edelstein** geliebt werden.

Was diese Neuerung bedeutet, kann nur derjenige beurteilen, der schon einmal einen Sprechapparat besitzen hat, der den letzten Wechselwechsel kennt und der weiß, wie rasch sich jeder, auch die neueste **Reinhold-Platte**, um Anfang an abnutzt, um schließlich ganzlich zerstört zu werden.

Die Vorteile unserer **Walze-Platten** sind aber nicht nur hinsichtlich der Haltbarkeit, sondern auch hinsichtlich ihres Inhaltes so wertvoll, daß niemand, der diese Platten gehört hat, den Wunsch haben wird, andere Platten zu besitzen. Da gibt es die neuesten **Opern, Operetten, Märsche, Walzer** und andere Tänze, Ouvertüren und Polkas, alle nur möglichste Instrumentalfoll, wie Flügelhorn, Violine, Klarinette, Klavier, etc., ernste und lustige Orchesterstücke, Solisten und Duette, humoristische Vorträge und Couplets, und zwar auf allen Gebieten das denkbar Beste.

Denn das große **Walze-Repertoire** umfaßt mehr als **25000** Nummern, letzter Originalaufnahmen, von den größten Künstlern gesungen und gespielt.

Haben Sie sich nun während der Dauer von **5 Tagen** von allem, was mir vorstehend gelangt haben, persönlich überzeugt, so steht es Ihnen frei, unsere Sendung **kauflich** zu erwerben.

In diesem Falle haben Sie Ihr Apparat und Platten nur einen Betrag von **1.—** Mtl. monatlich an uns zu zahlen. Der herrliche, mit einem ganz neuen **Zweifelwerk** ausgestattete **Luxus-Apparat** kostet nur **48** Mtl., während wir die echte **Walze-Schalldose** mit **10** Mtl. und die Platten zu dem von der **Fabrik** vorgeschriebenen Verkaufspreise von **2,30** Mtl. pro Doppelplatte (also für **2** Stücke) in Rechnung stellen.

Weitere Platten können Sie in einem ebenfalls nur ganz geringe **Romanzahlungen** erfordernden **Abonnement** in beliebigen Mengen nachbestellen.

Wenn man bedenkt, wie leicht und achlos man 10 Pfennig täglich für gleichgültige oder vergängliche Dinge ausgibt, wird niemand jögern, sich und den Seinen den von uns gebotenen unvergänglichen Genuss zu verschaffen.

Die zahllosen und täglich ohne Aufforderung zukommenden, zum Teil in Worten des höchsten Lobes gehaltenen Zuschriften sind der beste Beweis dafür, daß nicht nur die von uns gelieferten Probenstücke, sondern auch die Vergünstigungen, welche wir gemäßen, in den weitesten Kreisen Anerkennung finden.

Machen Sie also einen Versuch, der Sie nichts kostet, und werden Sie den eingedruckten Bestellschein, den Sie nur mit Ihrer Unterschrift zu versehen brauchen, in den nächsten Briefkasten.

Sie erhalten dann **knappstündlich** unsere Sendung, durch die Sie alles das beschaffen finden werden, was wir gelagt haben. Gestalt Ihnen der Apparat oder nicht, so können Sie die ganze Sendung **5 Tage** nach Empfang wieder an uns zurückgeben lassen.

Sie sind aber überzeugt, daß auch Sie und viele Tausende weiterer Kunden, dankbar sein werden, daß wir Sie auf unsere Vergünstigungen aufmerksam gemacht und Ihnen Gelegenheit geboten haben, von denselben Gebrauch zu machen.

BIAL & FREUND
Breslau II, Postfach 120/23

Einige Anerkennungen
Besten Dank für den **Walze-Apparat**. Derzeit spielt wunderbar und übertrifft das besten Klangschönheit alles Dagewesene. Ich bin stolz auf den betreffenden Apparat.

Die mir gelieferte **Walze-Sendung** übertrifft bei weitem meine Erwartung und kann ich Ihre Fabrik jedem aufs wärmste empfehlen.

Ich habe die beliebigen **Walze-Platten** geliebt und bin mit denselben sehr zufrieden. Erstaunt bin ich somit meine Familie über die **Wahl** anzuhören.

Gest. aus: **Bestellschein 120/23** im Rubert schneiden u. Bestellschein 120/23 im Rubert einschicken!

Dadurch ersuche ich die Firma **Bial & Freund** in **Breslau II**, mit den angebotenen **Luxus-Sprechapparat** mit **Zweifelwerk** und **echter Walze-Schalldose**, sowie **20** Stücke auf **doppelseitig** bespielten **Walze-Platten** ohne Anzahlung, ohne Nachnahme, ohne jede Emballageberechnung, insbesondere ohne jede **Reueverpflichtung** zur Probe zu übersenden. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb **5** Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franco zurückzusenden, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes monatlich **4** Mtl. vom Ablauf der Probezeit beginnend, bis der Wert des Apparates von **48** Mtl., der der **echten Walze-Schalldose** von **10.—** Mtl. und der der **10** Doppelplatten à **2,30** Mtl. beglichen ist. — **Erfüllungsort** **Breslau**.

Ort und Datum: **Breslau**, Summe und Betrag:



Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister
 6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
 Moderne Musterzimmer von den einfachsten bis zu den elegantesten stehen zur Ansicht
 zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

Stoffe

Fabrik-Reste u. Coupons sind eingeflochten.
 Neuheiten f. Zugänge. Musterk. 3, 4, 5, 6, 7.
 Tuchlager Koch & Seemann, G. m. b. H.
 Gertraudenstr. 20-21

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Möbel

liefert auf **Teilzahlung** bequem bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
 E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 20. April
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Ballare. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Ein Schritt vom Wege.
Deutsches Haus. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.
Neues Königl. Oper-Theater. 9 Uhr vom Schiller.
Kammerspiele. Die Königin.
Neues Schauspielhaus. Was dem der Hag.
Seßling. Glaube und Selbstaufopferung.
Kleinod. Der Leibarzt.
Berliner. Dummelstudenten.
Westen. Die lustigen Nibelungen.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Romische Oper. Lippens in der Unterwelt.
Lustspielhaus. Der Registrator auf Reisen.
Trianon. Theodor u. Cie.
Reißens. Bernhards Ehekontrakt.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller u. Schiller-Theater.)
Liebelel. Literatur.
Schiller. Charlottenburg. Im Klub.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Rosenkranz.
Soll und Haben. Der Troubadour. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luft. Papstentwurf.
Moderne. Der Feldherrnhügel. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Notte. Wollfänger.
Herrnfeld. Scheidungs-Souper. Die Bar-Schwester.
Neues Operetten. Der ledige Gatte.
Folies Caprice. Soll und Haben. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra — Wir leben noch!
Kahno. Zwei Bappen.
Volgt. Der Wollfänger.
Spezial. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Rosa. Verführt und entehrt.
Reichshallen. Stettiner Sönger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Waldow. Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lichtspiele.
Putz. Nacharbeit. Madama Kabeleine.
Urania. Landensstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Dr. Wehrli: Die drei großen Alpen-durchstiche: Gotthard — Simplon — Lötschberg.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Besichtigung des Jungferns. Reise über den Brenner nach Venedig.

Freie Volksbühne

Neues Schauspielhaus
Agnes Bernauer
 Herrnfeld-Theater
An des Reiches Pforten
 Residenz-Theater
Die 300 Tage.
 240/18 Der Vorstand. L. V.: G. Winkler.

Potsdamer Sport-Palast

Potsdamer Str. 72/72a
Größter Eispalast der Welt.
 Allabendlich:
 Glänzende sportliche Vorführungen und die Ausstattungsfest
„Eisfest an der Newa.“
 Eintritt bis 5 Uhr 50 Pf.
 Nach 5 Uhr M. 1., reservierter Platz M. 2.-.

„CLOU“

BERLINER KONZERTHAUS
 Mauernstr. 52. Zimmerstr. 90-91
Heute nachmittag:
Gr. Promenaden-Konzert.
 Außerdem abends:
 Kapelle des 2. Garderegiments. Max Graf
 bei freiem Eintritt.

Admiralspalast

am Bahnhof Friedrich- Straße.

Heute

Eröffnung

der

Eis-Arena

Geöffnet von 10 Uhr vormittags.

Abends:
Das große feenhaft ausgestattete Eisballott
„MONTREAL“
 Die Stadt auf Schlittschuhen.
 Reichhaltiges sportliches Programm. Erstklassige Restauration.

3 Orchester
 Abends:
Eindöshofer-Konzert.
 Nachmittags:
 Kapelle des 2. Garderegiments
 Alexandra von Rußland.
 Obermusikmtr. Peschko.

3 Orchester
 Vormittags:
 Kapelle
 Julius Goerner.

Schiller-Theater O. Theater.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Liebelel. Hierauf: Literatur.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Liebelel. Hierauf: Literatur.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im Klubessal.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im Klubessal.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
 Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Liebelel. Hierauf: Literatur.
Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
 Morgen: Dummelstudenten.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
 Dr. Wehrli: Die drei großen Alpen-durchstiche: Gotthard — Simplon — Lötschberg.
Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Fernands Ehekontrakt.
 Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. In deutscher Bearbeitung von Benno Jacobson.
 Morgen und folgende Tage:
 Fernands Ehekontrakt.
Berliner Volksoper
 Sello-Blancestraße 7/8. — 1/9 Uhr:
Der Troubadour.
Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
 Drama in 4 Akten v. Adam Sedwicz.
 Freitag: Aus erster Ehe. Schauspiel in 5 Akten von Ernst Ritterfeld nach einer Erzählung von D. Courts Rahler.

Apollo Theater
 Ab 8 Uhr:
 Nur noch kurze Zeit!
 Das gr. komische Programm.
 8 1/2 Uhr:
 Größter Lacherfolg:
Heinrich Prang
 in seiner besten
 Ein Gemütsmensch.

Neues Theater.
 Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
 Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nibelungen.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Die lustige Witwe.
Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Der Registrator auf Reisen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Donnerstag, den 20. April 8 Uhr:
Kajernenluft.
 Freitag: Kajernenluft.
 Sonnabend 8 Uhr: Wilhelm Tell.
 8 Uhr: Kajernenluft.

ROSE-THEATER
 Große Rosenstraße Str. 132.
 Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.
Mutterlegen.
 Schauspiel m. Ges. in 5 Akten v. Friedrich. Freitag: Mutterlegen.
 Sonnabend: Robert und Vertram.

WINTERGARTEN
April-Spielplan!
Der sprechende Hund
 und weitere „Don“
12 Attraktionen 12
 U. a.:
Roda Roda.
 Rauchen gestattet.

Herrnfeld Theater
Sensations-Erfolg
 der drei Nobilitäten
Das Scheidungs-Souper
 von Julius Daril.
Die Bar-Schwester
 von Anton und Donat Herrnfeld.
Ein Verlobungsgeschäft
 von Anton und Donat Herrnfeld mit den Auktoren in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

ROSE-THEATER
 Große Rosenstraße Str. 132.
 Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.
Mutterlegen.
 Schauspiel m. Ges. in 5 Akten v. Friedrich. Freitag: Mutterlegen.
 Sonnabend: Robert und Vertram.

Casino-Theater
 Lothringer Straße 37.
 Von Presse und Publikum anerkannt!
 Großartiger Lacherfolg!
„Zwei Wappen“
 von Blumenthal und Nabelburg.
 Donat: Tartakoffs Kosaken-Exerzieren.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: „Parvane“ (ein Weib und dem Volke).

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Ausstattungsdrama in 7 Akten v. H. Freund. Wullt u. G. Hollander. In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Volgt-Theater
 Gesundbrunnen, Babststraße 58.
 Freitag, den 21. April 1911:
Goldene Berge.
 Volkstümlich mit Gesang in drei Akten von H. Willen und J. Jacobsohn. Aufst. von R. Ziel.

ROSE-THEATER
 Große Rosenstraße Str. 132.
 Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.
Mutterlegen.
 Schauspiel m. Ges. in 5 Akten v. Friedrich. Freitag: Mutterlegen.
 Sonnabend: Robert und Vertram.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Lina Loos
 mit neuem Repertoir.
Patty Frank Truppe
 Weltmeister d. Akrobatik und das große April-Varieté-Programm.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Soll und Haben.
Ein lediger Ehemann.
 Freitag, den 21. April:
Premiere.

ROSE-THEATER
 Große Rosenstraße Str. 132.
 Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.
Mutterlegen.
 Schauspiel m. Ges. in 5 Akten v. Friedrich. Freitag: Mutterlegen.
 Sonnabend: Robert und Vertram.

Königstadt-Kasino.
 Goltzmarktstr. 72.
 Täglich: Franz Sobanski, Viktor Ritter, Lottis le Mass, Goscow, Waldow, Adolf Holländer als Gast, der berühmte Impresario The Wodawa u. m.
Der unbekannte Sohn.
 Volkstümlich in 1 Akt von Feiglingen.

Zirkus A. Schumann.
 Der Zirkus bleibt nur noch kurze Zeit!
Neueste Sensation.
Der kleinste Reitkünstler der Welt Mr. Baghongi.
Mr. Joe Hodgkin
 in seinen Glanzleistungen.
Wachen zu Pferde
 ger. s. bei Dora Schumann und Herrn Karl Heß.
Dir. Alb. Schumann
 mit seinen Original-Dressuren u. m.
 9 1/2 Uhr:
D. gr. Comp d. Schmuggler
 große Ausstattungs-Pantomime. Zwischen dem 3. u. 4. Akt kinematographische Vorführungen und zwar:
Li verpooler Steeplechase 1911.

Zirkus Busch.
 Donnerstag, den 20. April 1911, abends 8 Uhr:
Fortsetzung des Gastspiels Ferdinand Bonn
 mit seinem Ensemble
König Richard III.
 Das geehrte Publikum wird höflichst zur Vermeidung v. Störungen um pünktliches Erscheinen gebeten.
Wochentagspreise:
 Fremdenloge 6.—, Logen 5.—, I. Parquet 4.—, II. Parq. 3.—, Mittelbalkon 2.—, Seitenbalk. 2.—, I. Platz num. 2.—, I. Platz unnum. 1,75, II. Platz 1,50, Galerie 0,50. Vorverkauf bei A. Wertheim, Leipziger Str., Invalidendank, U. d. Linden 34 und an den Zirkuskassen.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr die vollständige Pantomime:
Armin.

Noacks Theater.
 Direktion: Robert Oll. Berlin N., Brunnenstraße 18.
Volksoper
Verführt und entehrt.
 Neb. Sittenbild a. d. Großstadtleben. Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. — 1 Pf. Vorzugskarten, überall zu hab., gültig.

Karl Haverland-Theater.
 Anfang Theater. Kommandanten- präz. 8 Uhr. Straße 77/79.
Das Aprilprogramm übertrifft alles Dagewesene.
 Neu! Die schwebende Wurst.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Lina Loos
 mit neuem Repertoir.
Patty Frank Truppe
 Weltmeister d. Akrobatik und das große April-Varieté-Programm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sönger.
 Britton als
Mieze im Roseurock

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Lina Loos
 mit neuem Repertoir.
Patty Frank Truppe
 Weltmeister d. Akrobatik und das große April-Varieté-Programm.

Königstadt-Kasino.
 Goltzmarktstr. 72.
 Täglich: Franz Sobanski, Viktor Ritter, Lottis le Mass, Goscow, Waldow, Adolf Holländer als Gast, der berühmte Impresario The Wodawa u. m.
Der unbekannte Sohn.
 Volkstümlich in 1 Akt von Feiglingen.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 20. April 1911:
 Ehrenabend für das Schauspiel-Personal:
Saß und Liebe.
 Drama in 3 Akten v. Max Gailbe. Kasseneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Passage-Panoptikum.
 Während d. Osterferien bis inkl. 22. April:
Volkstage.
 Jeder Erwachsene ein Kind frei!
 Jedes Kind erhält ein Geschenk.

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Thodore & Cie.
 Semt. nachm.: Hypolytes Abentouer.

Nibles Fest-Säle
 Dennewitzstraße 13.
 Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
 12045* O. NIBLE.

Mila-Säle
 Schönhauser Allee 130, Milastr. 9.
 Jeden Donnerstag und Sonntag:
Gr. Kavalier-Ball.
 Großes Orchester.
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
 Carl Eisner.

